

- 
- KONSTRUKTIVE POLITIK
 - KLIMAVERTRÄGLICHE MOBILITÄT
 - DATENWIRTSCHAFT
 - SOZIALVERTRÄGLICHE DIGITALISIERUNG
 - KÜNSTLICHE INTELLIGENZ
 - NEUE WELTORDNUNG
 - MULTILATERALISMUS
 - MIGRATION UND INTEGRATION
 - GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT
 - PARTIZIPATION UND DEMOKRATIE

Arena Analyse 2020

Wir wissen, was wir tun

Walter Osztovics
Andreas Kovar

Edition Kovar & Partners

Edition Kovar & Partners

Unternehmerische Entscheidungen können selten vollständig autonom gefällt oder umgesetzt werden. Anspruchsgruppen aus Politik und Gesellschaft fordern Einfluss und definieren damit Handlungsspielräume von Unternehmen und Projekten neu. Obwohl das Umfeld a priori meist nicht feindlich gesinnt ist, prallen immer wieder unterschiedliche Interessen aufeinander – mitunter zum Nachteil für die wirtschaftlichen Ziele, die Reputation und den Wert eines Unternehmens.

Erfolgreiches Public Affairs Management dient aber nicht nur der Abwehr dieser Gefahren und dem Risikomanagement. Ziel ist das Erkennen gesellschaftlicher Entwicklungen, um dieses Wissen als Grundlage für wettbewerbsfähigere Lösungen und für die Mitgestaltung politischer Entwicklungen zu nutzen.

In Mitteleuropa ist Public Affairs Management eine relativ neue Unternehmensfunktion. **Kovar & Partners** investiert daher in die Forschung und Entwicklung des europäischen Public Affairs Managements. Diesem Ziel dient auch die vorliegende Reihe an Berichten.

In der Serie **Edition Kovar & Partners** erscheinen Publikationen zu Themen an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Walter Osztovics, Andreas Kovar:

Wir wissen, was wir tun – Arena Analyse 2020

Erschienen in der Reihe Edition Kovar & Partners
Wien 2020

© Kovar & Partners GmbH
Alle Rechte vorbehalten

Printed in Austria
Satz und Layout: Kovar & Partners, Wien
Umschlag: cdc | brandcreation, Wien
Herstellung: Hofeneder & Partner, Breitenfurt

Walter Osztovics, Andreas Kovar

Arena Analyse 2020

Wir wissen, was wir tun

Inhalt

Untersuchungsdesign und Fragestellung	3
Einleitung: Wissen wir, was wir tun?	5
1. Klimawandel, Nachhaltigkeit und Ökologie	11
2. Die Epoche der Daten-Wirtschaft	23
3. Neue soziale Fragen – und neue Antworten	31
4. Die Zukunft der Demokratie	39
5. Leben in der Migrationsgesellschaft	48
6. Die Mächtigen von morgen	53
7. Für immer jung	61
8. So what? Schlussfolgerungen und Empfehlungen	67
Literatur	73
Teilnehmerinnen, Teilnehmer und Danksagung	75
Autoren	78

Untersuchungsdesign und Fragestellung

Die Arena Analyse wird von Kovar & Partners seit 2006 jedes Jahr durchgeführt und hat das Ziel, sogenannte Emerging Issues zu identifizieren und zu analysieren. Für ein Public Affairs Beratungsunternehmen, das wie Kovar & Partners am Schnittpunkt von Politik und Wirtschaft arbeitet, ist es unerlässlich, Instrumente der Früherkennung von politischen Entwicklungen zur Hand zu haben – vor allem, weil die Komplexität der politischen Prozesse es notwendig macht, mit der Vertretung von Interessen möglichst früh zu beginnen.

Die Methodik, die dabei zur Anwendung kommt, baut auf der Issue Theorie auf. Issues – eine überzeugende deutsche Übersetzung für den Begriff gibt es nicht – sind Themen von allgemeiner Relevanz, die erstens aktuell und zweitens umstritten sind, ungeklärte Fragen von öffentlichem Interesse, die Einfluss auf den Handlungsspielraum von Personen und Organisationen haben. Die Theorie besagt, dass Issues, bevor sie eskalieren, eine Latenzphase durchlaufen, in der sie den jeweiligen Fachexperten bereits bekannt sind und in Fachkreisen auch bereits diskutiert werden, aber noch nicht die Schwelle zur Wahrnehmung durch eine größere Öffentlichkeit oder durch die Politik erreicht haben. In dieser Phase ist es daher möglich, durch Befragung einer ausreichend großen Anzahl von Experten frühzeitig zu erfahren, welche größeren Themen unter der Oberfläche schlummern.

Das Untersuchungsdesign besteht aus den folgenden Schritten:

1. Befragung von Expert*innen mit einer möglichst offenen Fragestellung, um das gesamte Feld der möglichen Issues einzubeziehen. Die Befragten kommen dabei bunt gestreut aus vielen fachlichen und gesellschaftlichen Bereichen – auch diese Streuung dient der Sicherstellung der Vielfalt.
2. Die Antworten der Expert*innen werden gesammelt und geclustert. Dabei sollen Muster offengelegt und die ursprüngliche Komplexität reduziert werden.
3. Daraufhin erfolgt die Schlusserwertung. Das Ergebnis ist jener Bericht, den Sie hier in Händen halten.

Die Arena Analyse 2020 wurde in Kooperation mit der Tageszeitung „Der Standard“ sowie der Wochenzeitung „Die Zeit“ (Österreich-Ausgabe) durchgeführt. Beide Zeitungen veröffentlichten ausführliche Essays, die sich in journalistischer Form den Ergebnissen der Arena Analyse widmen.

Eine Besonderheit unterscheidet die Arena Analyse 2020 von den Studien der Jahre 2011 bis 2019: Während in allen letzteren Fällen die Frage nach den Emerging Issues auf einen konkreten Themenbereich eingeschränkt wurde, richtete sich das Interesse in diesem Jahr ganz allgemein und umfassend auf die (nach Einschätzung der Mitglieder des Panels) wichtigsten

Themen der nahen Zukunft. Damit schließt die Arena Analyse 2020 an die Studie von 2010 an, bei der eine nahezu wortgleiche Fragestellung verwendet wurde.

Die übrigen Studien des abgelaufenen Jahrzehnts befassten sich mit den Bedingungen für besseres Regieren (2011), den Voraussetzungen für Resilienz angesichts drohender Krisen (2012), der Möglichkeit von Ergebnisverantwortung in der Politik (2013), der wachsenden Bedeutung von Werten (2014), der Generationengerechtigkeit (2015), der heraufdämmernden digitalen Arbeitswelt (2016), den Gefahren für die Demokratie durch Populismus (2017), dem Auseinanderdriften der Gesellschaft (2018) und den Voraussetzungen für konstruktive Politik (2019).

Für die Arena Analyse 2020 lauteten die Fragen im Wortlaut:

1. Welches sind aus Ihrer Sicht Themen, über die in den Medien derzeit noch kaum berichtet wird, die aber so wichtig oder so drängend sind, dass sie in den nächsten fünf Jahren zwangsläufig öffentlich diskutiert werden? Gibt es Ihrer Meinung nach Themen, die derzeit noch nicht auf der politischen Agenda stehen, welche aber aufgrund ihrer Wichtigkeit dort bereits behandelt werden sollten?
2. Was sind Ihrer Einschätzung nach die konkreten Hintergründe und erkennbaren Wechselwirkungen hinter diesen Themen?
3. Welche Maßnahmen sollten im Hinblick auf diese Entwicklungen schon jetzt gesetzt werden?

Bei allen kursiv gesetzten Passagen im vorliegenden Bericht handelt es sich um wörtliche Zitate aus den Beiträgen. Diese wurden zum größten Teil schriftlich im Wege einer Online-Konsultation auf der Plattform eComitee eingebracht. Zum Teil wurden auch Tiefeninterviews geführt. Die Beiträge auf eComitee konnten schon während der Erhebungsphase von allen zur Teilnahme Eingeladenen gelesen und kommentiert werden – eine Möglichkeit, von der auch tatsächlich viele Gebrauch machten. Wie immer wurde den Teilnehmer*innen an der Arena Analyse zugesichert, dass ihre Beiträge nicht namentlich wiedergegeben werden. Um dieses an die Chatham House Rules angelehnte Prinzip der Vertraulichkeit (die Namen der Teilnehmer*innen werden bekanntgegeben, nicht aber, von wem welche Aussage stammt) durchgehend einzuhalten, waren auch bei der Online-Debatte die Namen der Teilnehmenden für die anderen nicht sichtbar, lediglich deren Beiträge. Im folgenden Bericht wird ausschließlich anonym aus den schriftlichen oder im Wege von Interviews gelieferten Beiträgen zitiert.

Einleitung: Wissen wir, was wir tun?

Vor fast genau 10 Jahren, im Jänner 2010, erschien ein Buch mit dem Titel „Was uns morgen blüht“. Es handelte sich um den Versuch, bevorstehende Veränderungen mit einem Zeithorizont von etwa fünf Jahren und einem möglichst vollständigen Rundumblick darzustellen. Dafür konnte das Buch auf die Arena Analysen von vier vorangegangenen Jahren zurückblicken.

Zwei Gründe gibt es, den Bericht von damals jetzt wieder hervorzuholen: Erstens wurde die Arena Analyse 2020 in gewisser Weise als logische Fortsetzung zehn Jahre danach konzipiert – nämlich mit der gleichen Fragestellung und der gleichen Perspektive. Zweitens aber stellt sich natürlich die Frage, was aus den damals beobachteten Entwicklungen geworden ist. Welche der Issues sind eskaliert? Gab es umgekehrt damals Sorgen, über die mittlerweile die Zeit hinweggegangen ist?

Dabei handelt es sich nicht um die Überprüfung von Vorhersagen, denn die Arena Analyse will ausdrücklich keine Prognosen erstellen. Vielmehr bemüht sich die Arena Analyse um das Identifizieren von Themen, die gerade an Bedeutung zu gewinnen scheinen. Ob sie dann tatsächlich in jenem Ausmaß eskalieren, wie es sich zum Zeitpunkt der Erstellung der Analyse abzeichnet, kann naturgemäß niemand vorhersagen. Die Darstellung der möglichen Szenarien, die sich aus dem Weiterdenken der beobachteten Phänomene ergeben, ähnelt mitunter sehr wohl einer Zukunftsdeutung. Das liegt allerdings nicht an der Methodik, sondern zum einen an gelegentlichen leichtfertigen Formulierungen (wie zum Beispiel „die Expert*innen sagen voraus...“, wenn eigentlich gemeint ist „die Expert*innen beobachten eine Tendenz in diese Richtung“). Zum anderen aber stellt die Arena Analyse an sich selbst den Anspruch, aus den Beobachtungen Konsequenzen abzuleiten. Wer sich abzeichnende Entwicklungen analysiert, muss sich naturgemäß die Frage gefallen lassen, was denn Politik, Wirtschaft und Gesellschaft tun können, um ebendiese Entwicklung zu unterstützen oder sie durch Gegensteuern abzubremsen – je nachdem.

Dabei führt der Blick oft über den Fünf-Jahres-Horizont hinaus, auf den die Fragestellung zielt, schließlich erfordern Phänomene wie der Klimawandel oder die digitale Transformation aller Lebensbereiche Gegenstrategien, die eher in Jahrzehnten als in Jahren gedacht werden müssen. Beim Betrachten längerer Zeiträume muss aber immer berücksichtigt werden, dass sich die Dynamik von Entwicklungen immer schwerer einschätzen lässt, je weiter sie in die Zukunft gedacht werden.

Die Sorgen von 2010

Zum Beispiel zeigt der Rückblick auf die Sorgen von 2010, dass viele Expert*innen damals mit einer lang dauernden Wirtschaftskrise rechneten, als Folge des Zusammenbruchs der Finanzmärkte im Jahr 2008. Man befürchtete ein Auseinanderdriften der Gesellschaft, die Entstehung neuer

Armut. Tatsächlich stabilisierte sich das Bruttonettoprodukt der EU-Länder schnell wieder auf einem (zugegeben niedrigen) Niveau rund um die 2%-Marke, echte Rezessionsjahre waren nur 2009 und in geringerem Maße 2012. Allerdings wurde bald danach die Niedrigzins-Ära eingeleitet, seit 2012 liegt der Leitzins der EZB stets unter 1% und zudem durchgehend unter der Inflationsrate. Davon sind aber nicht so sehr die einkommensschwachen Gruppen betroffen, vielmehr schultert die Last dieser Politik in erster Linie jener Mittelstand, der über Sparguthaben verfügt, ohne wirklich vermögend zu sein – kleinere und mittlere Sparer, denen die ertragreicheren Anlageformen nur eingeschränkt zur Verfügung stehen, ganz zu schweigen von der Anschaffung von Immobilien. Der Gini-Koeffizient für die Einkommen in den EU-Staaten verschlechterte sich nur geringfügig von 30,5 auf 30,9 (in einer Skalierung auf 100).

Sieht man von den jeweils aktuellen Anlässen ab, dann zeigt sich im Vergleich von 2010 und 2020 ein hohes Maß an Kontinuität. Der Klimawandel galt schon zu Beginn des letzten Jahrzehnts als eines der Themen, die an Bedeutung gewinnen würden. Relativ neu war damals noch der Gedanke, dass es dabei nicht nur um das Minimieren von Treibhausgas-Emissionen geht, sondern auch um Resilienz: Klimapolitik muss auch bedeuten, Europa so umzugestalten, dass es für ein Leben bei höheren Temperaturen und schrofferen Wetterextremen gerüstet ist: Häuser und Wohnungen müssen anders gebaut werden. Schutz vor Hochwasser, Muren und Lawinen erhält höhere Bedeutung. Land- und Forstwirtschaft müssen auf hitzeresistente Nutzpflanzen umstellen. Diese Szenarien spielten damals bereits eine Rolle, blieben aber mehr oder weniger abstrakt. Zwar war 2010 das Jahr, in dem auf der Klimakonferenz von Doha erstmals offiziell das Ziel formuliert wurde, dass die durchschnittliche globale Erwärmung langfristig auf maximal 2° Celsius begrenzt werden solle. Konkrete Strategien wurden davon aber kaum abgeleitet, im Zentrum der Diskussion stand lediglich die Umstellung auf erneuerbare Energien.

Ebenfalls ein Dauerbrenner der gesellschaftlichen Debatte der 2010er-Jahre blieb die Frage, wie demokratische Politik fair und wirkungsvoll gestaltet werden kann. Wie können demokratische Staaten ein hohes Maß an Mitwirkung der Bürger*innen ermöglichen und gleichzeitig rasches Entscheiden sicherstellen? Wie kann für eine hohe Qualität von Entscheidungen gesorgt werden? Wie lässt sich Akzeptanz für unpopuläre Entscheidungen gewinnen? Der Aufstieg des Rechtspopulismus ließ sich 2010 ebenfalls bereits vorausahnen, zum Beispiel schrieb ein Teilnehmer der Arena Analyse 2010: *„Die FPÖ ist kein rein österreichisches Phänomen. Parteien wie Forza Italia, der Front National in Frankreich oder die holländische Partij voor de Vrijheid sind lediglich die Avantgarde einer bevorstehenden Entwicklung“*.

Zur Frage des guten Regierens gehört auch das Problem der internationalen Zusammenarbeit. Die großen globalen Probleme – Klima, Armut und

Ressourcenverteilung, der Umgang mit (immer öfter digitalen) Weltkonzernen – erfordern Kooperation über Staatsgrenzen hinweg. Ob das klappt, war 2010 ebenso unklar wie heute. Unbestreitbaren Fortschritten in der Klimapolitik stehen Handelskriege und Isolationismustendenzen nach dem Muster von „America First“ entgegen. Tatsächlich werden wohl internationale Maßnahmen 2020 genau wie 2010 stets entlang der Interessen der großen Machtblöcke getroffen: Ob die Staatengemeinschaft bei regionalen Krisen eingreift oder einem Failed State zu Hilfe eilt, hängt davon ab, ob das Land militärstrategisch bedeutend ist (Russland in Syrien) oder ob es dort Öl zu holen gibt (USA im Irak). Auch die Entwicklungszusammenarbeit der EU-Staaten muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass dabei oft Exportinteressen im Vordergrund stehen, so wie auch Chinas großzügige Auslandsinvestitionen meist dem Ausbau von Handelswegen dienen.

Wir sind die Veränderung

Der größte Unterschied zwischen dem Bild der Welt von 2010 und dem von 2020 drückt sich im feinen Unterschied zwischen den Titeln der beiden Arena Analyse-Berichten aus. „Was uns morgen blüht“ (2010) betrachtet die Veränderung aus der Perspektive von jemandem, der sie erlebt und erduldet, der zwar darauf reagiert und damit umgeht, dies aber stets in der Position eines Betroffenen, den die veränderte Umwelt vor neue Aufgaben stellt. „Wir wissen, was wir tun“ (2020) soll dagegen ausdrücken, dass die Veränderungen, die in den nächsten Jahren bevorstehen, gerade eben durch unser Handeln hervorgerufen werden. Wir reagieren auf Probleme und stellen damit unsere Welt auf den Kopf, die Entwicklungen brechen nicht einfach über uns herein, sondern werden durch uns selbst bewirkt.

Das liegt nicht zuletzt daran, dass es sich bei den aktuellen Problemen durchwegs um alte Bekannte handelt. Klimawandel und Digitalisierung werden die großen Treiber des Wandels sein. Es handelt sich also um zwei Phänomene, von denen seit gut 30 Jahren behauptet wird, dass sie unsere Welt völlig umkrempeln werden. Jetzt aber tun sie es tatsächlich. Wie im Kapitel über den Klimawandel näher ausgeführt wird, werden wir in naher Zukunft unsere Mobilität völlig anders organisieren als heute, werden wir uns anders ernähren und eine nicht dramatisch, aber doch merkbar veränderte Pflanzenwelt um uns haben. Die apodiktisch klingende Formulierung „wir werden“ trifft unter der Annahme zu, dass die Pläne auch umgesetzt werden, die unter anderem im Green Deal der EU und in der österreichischen Klimastrategie gefasst wurden. Deshalb richtet sich der Blick hier auf das Jahr 2030, das Datum des ersten überprüfbaren Zwischenziels auf dem Weg zur Klimaneutralität von 2050. Sollte diese geplante Transformation nicht gelingen, werden die Veränderungen nicht minder gravierend sein, allerdings eher im negativen Sinn durch die Folgen beschleunigter Erderwärmung.

Auch die seit langem beobachtbaren Folgen der Digitalisierung sind so weit eskaliert, dass die Politik, aber auch jeder und jede Einzelne, darauf reagieren muss. Entweder stellen wir uns auf ein Leben ohne Privatsphäre ein und entwickeln alle möglichen privaten Vermeidungs-Taktiken, um der Speicherung aller unserer Lebensäußerungen zu entgehen. Oder es gelingt, durch eine Mischung aus politischem Druck und gezieltem Konsumentenverhalten die Opt-in-Ära für die Datenwirtschaft einzuläuten.

Die Politik kommt jedenfalls unter Zugzwang. Im Fall des Klimawandels sorgen politische Weichenstellungen und neue rechtliche Rahmenbedingungen dafür, dass Investitionsentscheidungen von Unternehmen in die richtige Richtung (nämlich im Interesse des Klimaschutzes) gefällt werden, zudem unterstützen solche Vorgaben die vorhandene Bereitschaft in der Bevölkerung, das eigene Verhalten zu ändern. Die Zähmung der Datenwirtschaft erfordert international durchsetzbare Datenschutzgesetze, Anti-Trust-Gesetze, Anti-Monopol-Gesetze. Deshalb gehört zu den Veränderungen, die das anbrechende Jahrzehnt kennzeichnen, auch ein neues Verhältnis zwischen Staat und Markt. Der Ruf nach einer stärker gestaltenden Rolle der Politik, also nach „mehr Staat“, ist bereits unüberhörbar. Diese stärkere Rolle wird von den Bürger*innen ausdrücklich eingefordert: Klima- wie auch Datenschutz-Aktivist*innen – von „Fridays for Future“ bis zu „none of your business“ – verlangen bei jeder Gelegenheit, dass „die Politik“ endlich handeln soll.

Es wäre allerdings falsch, darin einfach eine Rückkehr zu früheren Paradigmen zu sehen, also ein simplifiziertes Bild zu zeichnen, das lautet: „Erst hatten wir Staatswirtschaft und Sozialismus, dann kam der Neoliberalismus mit seinem Glauben an die Allmacht des Marktes, jetzt schlägt das Pendel wieder in die andere Richtung aus.“ Tatsächlich handelt es sich eher um eine Weiterentwicklung im dialektischen Sinn. Die Eingriffe der Politik und der Rechtssetzung, die jetzt gefordert werden, dienen der Ermöglichung von Märkten, die ohne entsprechende Regulierung nicht funktionieren – diese Rolle wird der Politik ja auch von den meisten konservativen Wirtschaftstheorien zugebilligt. Nicht staatliche Planung ist gefordert, schon gar nicht staatliche Güterzuteilung, sondern die Durchsetzung von neuen Spielregeln.

Zu den ureigensten Aufgaben der Politik gehört es auch, gesellschaftlichen Konsens zu wichtigen Anliegen herzustellen, oder zumindest ein hohes Maß an Akzeptanz. Diese Rolle wird ebenfalls wichtiger und zugleich schwieriger, weil die Transformationen, die wir im Hinblick auf Klimaschutz und Digitalisierung eingeleitet haben, neue Konflikte hervorrufen. Vorrang für den Klimaschutz und ein entschlossenes Vorgehen gegen globale Datenmonopole bringen nicht allen Betroffenen gleichermaßen Vorteile, sie werden auch bestehende Geschäftsmodelle unrentabel machen und so manche ungeliebte Anpassung erzwingen, daher muss mit Verteilungskämpfen ebenso gerechnet werden wie mit der Verteidigung von Gruppeninteressen.

Zeit für Optimismus

Eine Führungsrolle kommt der Politik nicht zuletzt deshalb zu, weil ein klarer Kurs und eine zügige Umsetzung von Plänen auch eine Meta-Botschaft aussenden, die lautet: Die Herausforderung ist groß, aber bewältigbar. Es gibt keinen Grund für Pessimismus, vielmehr allen Grund für aktive Zuversicht.

Die gesellschaftliche Stimmung im Angesicht der bevorstehenden Veränderungen ist nämlich eine wichtige Voraussetzung für deren erfolgreiche Bewältigung. Ob die Zukunft optimistisch oder pessimistisch gesehen wird, ist selbst ein Faktor für die künftige Entwicklung. Angst vor Veränderungen stellt ohnehin ein wichtiges Motiv in allen politischen Auseinandersetzungen dar. Wenn die Politik sich von der Sorge leiten lässt, dass sie die Menschen verschrecken könnte, dann bremst das wichtige Reformen, umgekehrt muss aber ebenso verhindert werden, dass die Bevölkerung überfordert wird oder eine Politik des Einkapselns und Absonderns an Attraktivität gewinnt.

Den Vorwurf des professionellen Pessimismus muss sich auch die Arena Analyse selbst gefallen lassen. Ein Posting in der Online-Diskussion lautete: *„Es sind großteils düstere Zukunftsfragen und Bilder, die hier platziert werden. Rumorende Bedrohungen sozusagen – von der Klimakrise über das Fortschreiten gesellschaftlicher Polarisierungen bis zu algorithmischen Vorherrschaften. Vielleicht ist ja eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre, die Vorherrschaft dystopischer Zukunftsbilder zu durchbrechen?“*

In der Tat: Ein überwiegend pessimistisches Klima könnte beispielsweise zur Zunahme eines bisher vorwiegend amerikanischen Phänomens namens „Survivalism“ führen. Survivalisten – in ihrer extremen Ausformung heißen sie „Prepper“, abgeleitet von „be prepared“ – kultivieren die Haltung „Ich will nicht dabei sein, wenn die Welt aus den Fugen gerät“. Sie ziehen sich in eine meist angstgetriebene Isolation zurück, entwickeln paranoide Vorstellungen einer feindlichen Umwelt, die nicht nur durch die in ihren Augen unabwendbare Klimakatastrophe bedroht ist, sondern auch durch das Eindringen von Angehörigen fremder Kulturen. Dass die EU zerbricht und davor noch der Euro kollabiert, gilt für sie sowieso als ausgemacht. In weniger feindseliger Ausprägung kann sich diese Einstellung auch im Bestreben nach Autarkie äußern, inklusive Selbstversorgung aus dem Garten und eigener Stromerzeugung.

Neben diesem stark individualistischen Pessimismus lässt sich auch ein gleichsam altruistischer Pessimismus beobachten, für den der neue Begriff „Enoughism“ geprägt wurde – abgeleitet vom englischen Wort „enough“ (genug). Dahinter steht eine mehr oder weniger radikale postmaterialistische Haltung – „Wir brauchen nicht noch mehr Wachstum, wir brauchen nicht noch mehr Wohlstand, Schluss mit diesem ständigen Fortschritt und der Technologie und dem Konsumieren.“ Dazu gibt es auch einen theoretischen

Überbau, der besagt, dass ab einem gewissen Punkt ein noch höheres Maß an Konsum und Wohlstand nicht mehr zu größerer Zufriedenheit führt. Diese Beobachtung ist immerhin empirisch ganz gut abgesichert, tatsächlich ergeben Umfragen immer wieder, dass diverse Glücks- und Zufriedenheitsfaktoren in reichen wie in armen Ländern nicht wesentlich voneinander abweichen. Ob sich jemand glücklich fühlt, hängt anscheinend nicht so sehr von der absoluten Höhe des Reichtums ab, sondern vom relativen Wohlstand im Verhältnis zum gesellschaftlichen Umfeld sowie von den persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten.

Die Erfindung des Begriffs Enoughism kann der britische Journalist John Naish für sich beanspruchen, der 2008 das Buch „Enough: Breaking Free from the World of More“ veröffentlichte. Naish hat vor allem das individuelle Glück seiner Leser*innen im Sinn und versteht seine Theorie als Weg zu einem erfüllteren Leben, und tatsächlich führt praktizierter Enoughism vermutlich durchaus zu einem ökologisch verantwortlichen Alltagsverhalten. Als allgemeines Konzept ist es jedoch deutlich zu statisch und zu kleinräumig gedacht und tut in Summe wohl mehr für das eigene Gewissen als für den Planeten.

Der Gegenentwurf, also der altruistisch-weitsichtige Optimismus, sollte zur Bewältigung der Herausforderungen durch Innovation und Kreativität führen, zur Schaffung eines „Smart Planet“ mit Hilfe von neuen Technologien und neuen Konzepten für Wirtschaft und Gesellschaft. Das ist der Auftrag für die Jahre 2020 und danach.

1. Klimawandel, Nachhaltigkeit und Ökologie

„Die Klima-Krise in ihrer ganzen Drastik ist 2019 im Bewusstsein noch des letzten Klimawandel-Leugners angekommen“, schreibt eine Teilnehmerin des Arena-Analyse-Panels und richtet damit die Aufmerksamkeit auf den entscheidenden Aspekt in der Diskussion um dieses seit langem schwelende Thema: Die Probleme, die der Klimawandel verursacht, sind in der öffentlichen Wahrnehmung so weit eskaliert, dass Politik, Wirtschaft und Gesellschaft reagieren müssen und es auch tatsächlich tun. Die Politik des Jahrzehnt 2020-2030 wird sehr stark vom Klimawandel bestimmt sein, sie wird von den Bürger*innen wie auch den Unternehmen Anpassungen verlangen und dadurch den Alltag jedes und jeder Einzelnen verändern.

Was die lang erwartete Eskalation letztlich bewirkt hat, lässt sich unschwer feststellen: Zum einen die realen Veränderungen beim Wetter – offensichtlich und für jeden unübersehbar: schneelose Winter, Hitzerekorde im Sommer, dramatische Waldbrände in Australien, davor bereits in Kalifornien und im Amazonasgebiet. Im Jahr 2018 erlebte Österreich die früheste und zugleich längste Vegetationsperiode seit Beginn solcher Aufzeichnungen. In jedem der zurückliegenden Jahre kam es mehrfach zu Murenabgängen nach heftigen Regenfällen, bei denen vermeintlich sicher gebaute Häuser weggerissen oder Brücken zerstört wurden. Wer Zeitungen liest, wird auch registriert haben, dass Australien – einer der weltweit größten Exporteure von Getreide – wiederholt von schweren Ernteeinbußen betroffen war. Dieselbe Hitze und Trockenheit, die zu den verheerenden Buschbränden führte, bewirkte auch, dass die australischen Farmer heute um bis zu zwei Drittel weniger Ertrag einbringen als in den guten Jahren vor 2009.

Wir sehen also den Klimawandel mit eigenen Augen. Der zweite Grund für die erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit: Immer deutlicher erleben wir auch die Auswirkungen der Gegenstrategien jener Wirtschaftszweige, die bereits vom Zertifikatehandel erfasst sind und daher ein unmittelbares Interesse an der Verringerung ihres CO₂-Fußabdrucks haben. Vor allem die Autoindustrie bewirbt massiv ihre batteriebetriebenen Fahrzeuge, um damit die Treibhausgas-Werte ihrer Gesamtflotte zu senken. Die schnelle Zunahme von Windenergieparks und Photovoltaik-Dächern bleibt ebenfalls nicht verborgen.

Drittens haben natürlich Bewegungen wie Fridays For Future sowie die große mediale Aufmerksamkeit für Greta Thunberg die Debatte ganz unmittelbar in die Politik getragen. Diese Aktivist*innen erheben rabiāt und unmissverständlich den Vorwurf gegen die gesamte ältere Generation, bei der Bewältigung „der größten gegenwärtigen Bedrohung für die Menschheit“ zu versagen.

Nun also reagiert die Politik, die EU mit ihrem Green Deal, Österreich mit einem darauf abgestimmten Nationalen Energie- und Klimaplan (NEKP). Wie immer bei komplexen politischen Vorgängen lässt sich trefflich darüber streiten, ob die Maßnahmen die richtigen sind und ob sie auch tatsächlich umgesetzt werden können. Die Ziele sind jedenfalls festgeschrieben und

1. Klimawandel, Nachhaltigkeit und Ökologie

werden schon nach zwei Legislaturperioden (bzw. nach zwei Amtsperioden der EU-Kommission) im Jahr 2030 konkret überprüft werden können: EU-weit, gemessen am Wert von 1990, um 40% weniger Emissionen von Treibhausgas (CO₂ ist nicht das einzige, wenngleich das wichtigste); Österreich will bis zu diesem Jahr die Energieeffizienz um 25 bis 30 % steigern, was heißt, dass für die gleichen Prozesse und Nutzungen um bis zu einem Drittel weniger Energie aufgewendet werden muss als heute. Zudem sollen 100% der Stromerzeugung auf erneuerbare Quellen umgestellt werden. Zusatz: „national bilanziell“ – also übers Jahr und auf den Inlandsverbrauch gerechnet; die Vorgabe bedeutet noch nicht, dass zu jedem gegebenen Zeitpunkt ausschließlich Öko-Strom durch die Leitungen fließt. An trüben, windstillen Wintertagen, wo Photovoltaik und Windräder kaum Energie liefern, aber dafür der Bedarf besonders hoch ist, werden wir auch 2030 auf Elektrizität aus Gas oder Kohle zurückgreifen müssen. Das wird aber durch Überproduktion zu anderen Jahreszeiten ausgeglichen.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen die EU-Staaten in den nächsten zehn Jahren die meisten Lebensbereiche „dekarbonisieren“, wie der etwas sperrige Fachausdruck lautet, und dafür stehen drei Strategien zur Verfügung, die in der Praxis alle drei zum Einsatz kommen: Erstens das Verbessern von bestehenden Prozessen, sodass ihr CO₂-Fußabdruck verkleinert wird. Zweitens das Reduzieren von klimaschädlichem Verhalten. Drittens das Ersetzen von Vorgängen, die Treibhausgase emittieren, durch andere Technologien. Die dreifache Vorgangsweise orientiert sich somit an einem Modell, das ursprünglich als Vorschlag für einen vernünftigen Umgang mit Tierversuchen erfunden wurde und als „Refine-Reduce-Replace-Modell“ bekannt ist.

Die erste dieser Möglichkeiten, nämlich das sanfte Verringern durch technisches Verbessern der altgewohnten Maschinen, ist mittlerweile so weit ausgereizt, dass sich die Teilnehmenden des Arena-Analyse-Panels nicht mehr viel davon versprechen. Ein Zitat von mehreren ähnlichen: *„Wir setzen alle Hoffnung darauf, dass wir im Dreiklang ‚Refine-Reduce-Replace‘ allein mit ‚Refine‘ durchkommen: Wenn wir nur ausreichend schnell grüne Technologien entwickeln, können wir so weitermachen wie bisher, nur eben sauberer. Zuwenig wird beachtet, dass wir grundlegend andere Verbrauchsmuster werden entwickeln müssen.“*

Ohnehin ist die Reduktion der Emissionen nur das erste Drittel der politischen Antwort auf den Klimawandel. Zusätzlich muss nämlich, um die Sünden der Vergangenheit wettzumachen, der Atmosphäre auch CO₂ entzogen werden. Carbon Dioxide Removal (CDR) ist ein fixer, wenn auch wenig diskutierter Bestandteil aller Klimastrategien. Im Bericht für 2019 des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) heißt es: *„Alle untersuchten Pfade, um die globale Erwärmung auf 1,5° C zu beschränken, sehen in unterschiedlichem Ausmaß CDR vor.“*

Dazu werden seit einigen Jahren diverse technische Methoden erprobt, von denen aber in naher Zukunft noch keine einsetzbar sein dürfte, weshalb

derzeit als einzige wirksame CDR-Maßnahme die Aufforstung von Wäldern oder die dauerhafte Begrünung von kahlen Flächen gilt. Bereitwillige Kandidaten für mehr Baumbestand sind paradoxerweise die Städte – das Anlegen von Alleen, Parks und Grüninseln liegt vor allem bei den größeren Metropolen im Trend.

Damit würde nämlich gleich auch eines der Probleme gelöst, die den dritten Teil der Klimafolgen-Politik umfassen, nämlich die Anpassung an die trotz allem stattfindende Erwärmung. Selbst im günstigsten aller Fälle, wenn die Welt das Problem völlig in den Griff kriegt, wird die globale Durchschnittstemperatur um 1,5 – 2 °C steigen. Es gibt etwas spekulative Berechnungen darüber, wie sich diese Globalzahl in den einzelnen Regionen Europas auswirken könnte. So würde das Klima in London in diesem (immer noch optimistischen) Szenario ungefähr dem des heutigen Barcelona entsprechen, in Wien wäre es annähernd so warm wie derzeit in Athen. Begrünte Straßen und Plätze bieten Schutz vor der künftigen Hitze der Städte und verschaffen zugleich ein wenig Kühlung.

Heißere Jahre erfordern auch Anpassungen im Wohnbau – Klimaanlage werden Standard werden, wogegen Glasfassaden vermutlich aus der Mode kommen. Landwirtschaft, Tourismus und öffentliche Verkehrsmittel müssen sich ebenfalls auf eine Umwelt einstellen, in der es öfter richtig heiß ist und zugleich extreme Wetterbedingungen bis hin zu heftigem Unwetter häufiger werden.

Klimafreundlicher Verkehr

Erste und wichtigste Aufgabe der kommenden Jahre wird aber trotz allem die Verringerung der Treibhausgas-Emissionen sein. Wie aus dem jüngsten Klimaschutzbericht des Umweltbundesamtes hervorgeht, dem Daten bis einschließlich 2017 zugrunde liegen, hat Österreich hier auch deutlichen Nachholbedarf, gemessen an den früheren selbst gesteckten Klimazielen. Auch im Hinblick auf die Emissionsziele von 2030 muss die Reduktion der wichtigsten Emittenten deutlich beschleunigt werden.

Die vier größten Klimasünder sind, in dieser Reihenfolge: Energie und Industrie (44,9% der gesamten Emissionen), Verkehr (28,8%), Landwirtschaft (10%) und Gebäude (10%). Den stärksten Anstieg seit 1990 verzeichnete der Sektor Verkehr mit einem Plus von 71,8%. In dieser Statistik sind erstens alle Treibhausgase erfasst, nicht nur CO₂, zudem umfasst das Bild sämtliche Emissionen, also auch jene, die unter den Emissionshandel fallen und daher für die Klimabilanz des Globus insgesamt nicht relevant sind. Rechnet man den Emissionshandel heraus, so ist längst der Verkehr mit 45,8% Nummer eins.

Auch ohne solche Zahlenspiele dürfte klar sein, dass im Bereich Verkehr die größten Änderungen bevorstehen, die überdies nahezu jede und jeden betreffen. Da die Reduktion schnell gehen muss, wird ein großer Teil des angepeilten Ziels durch Elektroautos erreicht werden müssen. Der Umtausch

von Autos mit Verbrennungsmotoren zu batteriebetriebenen Fahrzeugen inklusive diverser hybrider Mischformen wird auch von der Autoindustrie stark forciert. Daher ist mit einer Zunahme solcher Fahrzeuge in den nächsten Jahren zu rechnen.

Angesichts ihrer immer noch eingeschränkten Reichweite und der langen Ladezeiten empfehlen sie sich derzeit vor allem für den Pendlerverkehr im Umfeld von Städten. Pendler*innen legen typischerweise zweimal täglich 30-40 Kilometer zurück, zudem sind diese Fahrten gut planbar, die genannten Nachteile spielen für sie daher keine Rolle. Für die Städte wäre es relativ einfach, die Umstellung der täglichen Pendler*innen auf E-Mobilität zu unterstützen, etwa durch eine City-Maut für fossil betriebene Fahrzeuge, oder umgekehrt durch Bereitstellen von bevorzugtem Parkraum für E-Fahrzeuge.

Allerdings halten die meisten Expert*innen eine solche Lösung für zu kurz gedacht. Wenn lediglich Benzin- und Dieselfahrzeuge durch E-Autos ersetzt werden, verbessert sich zwar die Schadstoff-Bilanz, dafür bleiben sämtliche anderen durch den Individualverkehr verursachten Probleme ungelöst. Ein Teilnehmer der Arena Analyse schreibt: *„E-Autos benötigen genauso viel Platz und Infrastruktur wie andere Autos auch. Sie gefährden weiterhin andere Verkehrsteilnehmer, verursachen Stau, benötigen Ressourcen zur Herstellung wie auch für den Betrieb.“* Deshalb findet es ein anderer Teilnehmer *„besonders ärgerlich in der Debatte: Wenn e-Mobilität diskutiert wird, geht es meist nur um PKWs. Mobilität muss aber umfassend diskutiert werden.“* Schließlich hält ein Beitrag fest: *„Die Lösung kann hier nur lauten ‚replace‘ statt ‚refine‘, also Reduktion des Individualverkehrs und Ausbau des öffentlichen Verkehrs“.*

Die Angebote für Mobilitätslösungen abseits von Autos werden also in den nächsten Jahren zunehmen, weil sie von den Nutzer*innen zunehmend nachgefragt werden, und weil sich die Politik auf allen Ebenen (von der EU bis zu den Kommunen) zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs bekennt. Bei der Bezeichnung „öffentlicher Verkehr“ entstehen in der Regel Bilder von teuren und zeitaufwendigen Lösungen, wie dem Ausbau oder gar Neubau von Bahnstrecken, dem Graben von U-Bahntrassen oder dem Verlegen von Tramwayschienen. Tatsächlich gibt es aber auch bereits bedeutend weniger kostspielige Modelle, die sich sehr rasch umsetzen lassen und auch außerhalb der Städte funktionieren. Rufbusse und Sammeltaxis haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Sie stellen eine Art Mittelding zwischen einem öffentlichen und einem privaten Verkehrsmittel dar. In manchen Regionen fahren die Fahrzeuge fixe Routen und halten nur dann, wenn sie über eine App vorab bestellt werden. Manche ändern auf Bestellung auch ihre Strecke und holen die Fahrgäste ab.

Noch weiter geht ein Modell, das seit Jahren in ländlichen Regionen Österreichs und Deutschlands funktioniert, ohne große Schlagzeilen zu machen, nämlich die Bürgerbusse. Dabei handelt es sich um mittelgroße Fahrzeuge, die von ehrenamtlichen Lenkern im Liniendienst gefahren

werden, also eine Art Selbsthilfe von Gemeinden, um Mobilität für Menschen ohne Auto bereitzustellen.

Alle diese Konzepte verwenden bisher Diesel- oder Benzinfahrzeuge, senken aber den CO₂-Fußabdruck allein schon durch die Tatsache, dass die Fahrzeuge acht Personen statt nur einer transportieren. Sie lassen sich zudem mit geringem Aufwand auf strom- oder wasserstoffbetriebene Transportmittel umstellen.

Nicht so leicht elektrifizieren lassen sich LKW und Busse. Besser gesagt: Sie können sehr wohl mit E-Motoren fahren, aber die Batterien gibt es nicht in der dafür nötigen Größe. Vor allem in Deutschland wird deshalb die Idee eines Oberleitungs-Systems für LKW ventiliert. Solche Leitungen ließen sich mit relativ geringem Aufwand über der rechten Spur von Autobahnen installieren und würden es möglich machen, dass auch große Fahrzeuge den größten Teil ihrer zurückgelegten Strecke mit Strom fahren. Beim Verlassen der Autobahn schalten sie dann eben auf einen Hybrid-Verbrennungsmotor um. Der Thinktank Agora Energiewende schlägt in seinem Bericht „Energiewende 2030: The Big Picture“ den Bau von insgesamt 2500 Kilometer Oberleitungen bis 2030 vor.

Die Umstellung auf batteriebetriebenen Individualverkehr wird nicht nur von Verkehrsplanern skeptisch gesehen, sie ist im Hinblick auf Klima und Ressourcenschonung nur dann ein Fortschritt, wenn die Herstellung der Autos, der Batterien und des verwendeten Stroms klimaneutral bewerkstelligt werden können. „Die Frage nach der Klimaverträglichkeit verlagert sich beim Einsatz von Elektrofahrzeugen in die Vorkette, nämlich zu Aspekten der Fahrzeugproduktion und der Produktion der Traktionsbatterie, insbesondere auch auf die Produktion des eingesetzten Stroms“, schreibt das österreichische Umweltbundesamt in seinem Ende 2019 erstellten „Sachstandsbericht Mobilität“.

So hat sich herumgesprochen, dass die derzeit als Stand der Technik verwendeten Lithium-Ionen-Batterien ihrerseits Umweltprobleme (und soziale Probleme bei der Gewinnung der dafür benötigten seltenen Minerale) erzeugen. Zudem hängt die tatsächliche CO₂-Einsparung logischerweise davon ab, wie der vom Fahrzeug verwendete elektrische Strom erzeugt wurde. Als technisch bereits einsetzbare Alternative bietet sich Wasserstoff an, doch sind auch hier die Anforderungen des Gesamtsystems nicht gelöst. Zum Beispiel ist die klimaneutrale Herstellung von größeren Mengen an Wasserstoff durch Elektrolyse nur unter gewaltigen Effizienzverlusten möglich, was viele Expert*innen in einer Phase, wo überall im Energiesystem mehr Strom gebraucht wird, als falsche Weichenstellung sehen.

Dennoch attestiert das Umweltbundesamt in der zitierten Studie der E-Mobilität „das größte Potenzial, zahlreiche negative Auswirkungen des Straßenverkehrs zu reduzieren“. Unter E-Mobilität fallen dabei alle mit Elektromotoren betriebenen Fahrzeuge, unabhängig vom Energiespeicher, also dabei als jede Form der „neben batterieelektrischen Fahrzeugen auch

Fahrzeuge mit Wasserstoffspeicher und Brennstoffzelle oder leitungsgebundene Fahrzeuge“. Solche Fahrzeuge brauchen auch insgesamt weniger Energie für die gleiche Streckenleistung, weil E-Motoren effizienter arbeiten als Verbrennungsmotoren. Bei Letzteren gehen 55% der Energie als Abwärme verloren, bei Elektroaggregaten werden 95% der eingesetzten Energie in Bewegung umgesetzt. In Summe darf also erwartet werden, dass die kommenden Jahre durch politische Maßnahmen zur Reduktion und Verdrängung von Autoverkehr ebenso geprägt sein werden wie durch verstärkte Forschung nach neuen massentauglichen Antriebssystemen.

Grüne Städte

Die Erwartung, dass der Autoverkehr zurückgedrängt wird, ergibt sich aus der Notwendigkeit, urbane Zonen insgesamt grüner zu machen. Im Standortwettbewerb der Städte werden künftig sowohl die Emissionen als auch die innerstädtischen Grünflächen an Bedeutung gewinnen. Melbourne in Australien verabschiedete vor einem Jahr – lange bevor die Buschbrände das Thema so tragisch aktuell machten – einen Plan, dass 40% der Stadtfläche bis 2040 begrünt werden sollen. Mailand will bis 2030 fast 3 Millionen Bäume im Stadtgebiet neu pflanzen. Pläne ähnlicher Dimensionen gibt es auch in Athen, in Seoul und in Manchester, wo das Programm sehr publikumswirksam „ein Baum für jeden Einwohner“ genannt wurde. Die Stadt möchte sich ausdrücklich den Beinamen „City of Trees“ erwerben.

Gleichzeitig wird der Flächenbedarf für neue Wohnungen aber nicht geringer. Überdies bringt die Begrünung nur dann den gewünschten Effekt, wenn sie gleichmäßig die ganze Stadt durchzieht und nicht in isolierte Parks ausgelagert wird. Daher kann die Lösung nur darin bestehen, Bäume und Sträucher dort zu pflanzen, wo früher Autos fahren oder parkten. *„Die natürliche Kühlung der Stadt muss intensiv ausgebaut werden. Innerstädtische Grünräume sind zu vermehren“*, heißt es in der Arena Analyse.

New York hat im Juni 2019 seinen eigenen Green New Deal beschlossen, der unter anderem den Autoverkehr mit genau solchen Mitteln reduzieren soll. „Reclaiming city streets“ lautet das Schlagwort. Wenn solcherart die Städte immer mehr an Lebensqualität gewinnen und zudem den Vorteil bieten, dass man dort öffentliche Verkehrsmittel vor der Tür hat, also auch ohne Apps und Sammeltaxis auf das eigene Auto verzichten kann, dann wächst natürlich die Verlockung, gleich ganz in die Stadt zu ziehen.

Eine unbeabsichtigte Folgewirkung der bevorstehenden Revolution in der Mobilität könnte also darin bestehen, dass sich der Trend zur Urbanisierung weiter verstärkt und beschleunigt. Ob das eine gute oder eine schlechte Nachricht ist, bleibt unter den Expert*innen umstritten. In jedem Fall verschärft der Trend das Problem, dass Wohnen in der Stadt immer teurer wird – darauf geht das Kapitel „Die soziale Frage“ näher ein. Die harten Fakten belegen, dass gut gemanagte Städte einen geringeren Energie- und Treibhausgas-Faktor pro Einwohner*in ausweisen als verstreute kleine

Gemeinden auf dem flachen Land. Auch die Pro-Kopf-Kosten für Infrastruktur sind geringer. Umgekehrt wäre eine rasche Verödung des ländlichen Raums ein hoher Preis für die Transformation zu einer klimaneutralen Lebensweise. Das Dilemma wartet noch auf kreative Lösungsansätze.

Klimafreundliche Landwirtschaft

Der ländliche Raum kommt noch aus einem anderen Grund unter Druck: Die Landwirtschaft steht vor massiven Veränderungen – jedenfalls dann, wenn sie ihren fairen Beitrag zur Dekarbonisierung leisten soll. Je nach Statistik stehen Ackerbau und Viehzucht auf Platz 3 oder 4 des Rankings der Emissions-Verursacher, mehr oder weniger gleichauf mit den Gebäuden. Die Emissionen werden rund zur Hälfte durch Stickstoffdüngung verursacht, zur anderen Hälfte durch die Tierzucht, also durch Gülle, Mist und das Methan aus den Verdauungsprozessen der Wiederkäuermägen. Bis 2030 muss diese Klimabelastung annähernd halbiert werden.

Für Österreich sollte das noch mit vergleichsweise glimpflichen Maßnahmen möglich sein, meint zumindest die Initiative „Klimafreundliche Landwirtschaft“, die im August 2019 von Organisationen wie Greenpeace, Bio Austria, Sonnentor, Fridays For Future und einigen anderen gegründet wurden. Die Umstellung auf Bio steht dabei naturgemäß im Vordergrund, was den Düngemittelbedarf deutlich verringern würde, außerdem das Konzept der „flächengebundenen Tierhaltung“, wo also die Anzahl der Rinder, Schafe oder Schweine eines Betriebs in einem ausgewogenen Verhältnis zur vorhandenen Fläche für die Futtergewinnung und das Ausbringen der Gülle stehen soll. Das klingt nicht zufällig nach einer freundlich verpackten Kampfansage an die Massentierhaltung, die in Österreich allerdings in ihren extremen Ausprägungen ohnehin kaum vertreten ist.

Auf EU-Ebene darf allerdings gespannt erwartet werden, mit welche Auflagen, Abgaben oder sonstigen Maßnahmen die Emissionen von Betrieben abgesenkt werden sollen wie etwa der Anlage der van-Bakel-Gruppe in Vredepeel im Osten Hollands mit 2250 Milchkühen. In der Rindermastanlage Ferdinandshof im Nordosten Deutschlands, unweit der polnischen Grenze gelegen, stehen nicht weniger als 18.000 Tiere. Einer der größten Schweineställe Europas befindet sich in Bad Kleinen nahe der Stadt Schwerin, ebenfalls in Norddeutschland, mit mehr als 34.000 Schweinen. Diese Betriebe verursachen schon jetzt große Umweltprobleme. Die anfallende Gülle wird keineswegs als Sondermüll entsorgt, wie man angesichts der Mengen annehmen könnte, sondern einfach auf die Felder verteilt und sickert ins Grundwasser. Was den ökologischen Fußabdruck solcher Betriebe zusätzlich verschlechtert, ist ihr Verbrauch an Tierfutter, der durch importiertes Soja sowie Kraftfutter gedeckt wird und damit den Düngemittelbedarf erhöht.

1. Klimawandel, Nachhaltigkeit und Ökologie

Klar ist, dass jede theoretisch denkbare Lösung dieser unbefriedigenden Situation Geld kostet und damit die Preise für Fleisch verteuert. Im Refine-Ansatz würde nach einer technischen Lösung gesucht, bei der zum Beispiel das Methan aus den Rinderställen abgesaugt und deponiert wird und zudem ein Entsorgungssystem für die Gülle implementiert wird. Die Reduce-Lösung bestünde schlicht darin, den Viehbestand so lange zu verringern, bis die Emissionswerte unter einen bestimmten Grenzwert gesunken sind.

Viele Tierschützer*innen befürworten aber ohnehin schon länger die radikale Replace-Methode, nämlich den Verzicht auf Fleisch aus Massenproduktion überhaupt. Genauer gesagt handelt es sich nicht um Verzicht, sondern um Ersatz durch Fleisch-Imitationen aus pflanzlichen Rohstoffen – vegane Würste, Burger und Schnitzel werden immer häufiger in den Kühlregalen der Supermärkte oder auf den Tellern der Imbissrestaurants liegen.

Für viele klingt das nach einer Horrorvision, doch darf nicht übersehen werden, dass im Gefolge des vor einigen Jahren losgebrochenen Vegan-Hypes sehr viel an Entwicklungsarbeit geleistet wurde. Vor allem im Fast-Food-Sektor gibt es fleischlose Burger oder Chicken Nuggets, die in Blindtests kaum noch von echtem Fleisch unterschieden werden können. Die Nachfrage boomt. Interessanterweise wächst der Markt für vegane Fleisch-Imitationen schneller als der für unverfälschtes Gemüse. Offenkundig gibt es wesentlich mehr Menschen, die Fleischgeschmack wünschen und sich trotzdem klima- oder tierfreundlich ernähren wollen, als Vegetarier*innen im ursprünglichen Sinn des Begriffs.

Mittlerweile notieren manche spezialisierten Anbieter wie Beyond Meat oder Impossible Foods (beide USA) an der Börse und sind wegen ihres rasanten Wachstums bei Anleger*innen gefragt. Auch große Lebensmittelkonzerne wie Danone und Nestlé sind auf den Trend aufgesprungen, McDonalds und Burger King haben vegane Burger ins Programm genommen.

Die klimapolitische Bedeutung der Vegan-Mode darf natürlich nicht überschätzt werden, der Anteil fleischloser Produkte an der Ernährung der europäischen Bevölkerung liegt immer noch im einstelligen Prozentbereich. Doch könnte dieser ohnehin bestehende Trend durch den erzwungenen Wandel der Landwirtschaft hin zu klimafreundlicher Produktionsweise beschleunigt werden. Wahrscheinlich wird sich das vegane Fleischimitat zunächst auf jenes Marktsegment konzentrieren, wo man den Unterschied ohnehin nicht merkt – Burgerpatties, Würste, Chicken Nuggets, Tiefkühl-Lasagne, Raviolifüllungen. Nicht zu vergessen das Futter für die besten Freunde des Menschen, denn rund 20-25% der gesamten Fleischproduktion werden für die Ernährung von Hunden, Katzen und anderen Haustieren aufgewendet.

Wohlgemerkt: Extensivierung der Landwirtschaft, Bio-Ackerbau, vegane Ersatzprodukte aus Hülsenfrüchten und Nüssen – das sind Lösungsansätze, die für den europäischen und allenfalls nordamerikanischen Maßstab gedacht sind und dabei einen Zeithorizont von nicht mehr als 10 Jahren

umfassen. Ob es möglich sein wird, damit langfristig den Ernährungsbedarf einer wachsenden Weltbevölkerung zu decken, bleibt unklar.

Doch es gibt bereits Technologien, die einen großen Schritt weitergehen. Der Ersatz von tierischen durch pflanzliche Produkte sowie der Verzicht auf Stickstoffdünger sind nur ein zaghafter Anfang. Die nächste Stufe besteht in der Synthetisierung von tierischem wie auch pflanzlichem Gewebe durch Zellvermehrung im Labor.

Das Unternehmen Solar Foods in Finnland hat zum Beispiel ein Verfahren entwickelt, bei dem Mikroben in einer flüssigen Nährlösung in einem Gärtank zu Protein heranwachsen. Die Nährlösung enthält im Wesentlichen nur Wasser, gasförmigen Wasserstoff und Kohlendioxid (jeweils in kleinen Bläschen) und wird mit Solarenergie betrieben. Es handelt sich um einen Vorgang analog zur Photosynthese in natürlich vorkommenden Pflanzen. Die ursprünglichen Zellen wachsen zu einem zunächst geschmacksfreien Pulver heran, das im Wesentlichen aus Protein und Fett besteht und in dieser Form als Zusatzstoff für viele industriell hergestellte Lebensmittel dienen könnte.

Das ist aber nicht das Ziel, denn dieses Produkt soll zum Rohstoff für weitere mikrobiologische Prozesse werden, bei denen am Ende Milch, Eier oder Fleisch herauskommen.

Solar Foods ist ein Pionier im Feld des „Lab grown food“, aber bei weitem nicht der Einzige. Mehr als 30 Unternehmen weltweit haben sich bereits auf diese Art der Aufzucht von Lebensmitteln spezialisiert, hauptsächlich mit dem Ziel, synthetisches Fleisch herzustellen. Diese Startups tragen Namen wie Memphis Meats, Aleph Farms, Higher Steaks, Mosa Meat and Meatable. Memphis Meats zum Beispiel verwendet einzelne winzige Stammzellen von Rindern, Schweinen, Hühnern, Lämmern und züchtet daraus auf biotechnologischem Weg Muskelgewebe – Fleisch ohne Tiere.

Die ersten Laborzucht-Burger machten schon vor rund fünf Jahren Schlagzeilen, wurden aber nicht ernst genommen, weil ihre Herstellung 30.000 bis 40.000 Dollar pro Kilogramm gekostet hatte. Inzwischen behaupten mehrere dieser Firmen, dass sie die Produktionskosten bereits auf 10 Dollar pro Kilogramm gesenkt haben und dass sie 2022 in Serienproduktion gehen könnten, falls sie die entsprechenden Zulassungen erhalten.

Wichtig ist vor allem: Bei diesen Prozessen entstehen keine Ersatzprodukte oder chemische Surrogate, sondern echtes Fleisch, echtes Öl, echtes Mehl. Sie bestehen aus der gleichen Art von Zellen wie die aus Pflanzen oder toten Tieren gewonnenen Produkte. Nur werden sie eben im Labor aus Zellkulturen synthetisiert und brauchen dafür lediglich ein wenig Nährlösung und viel Sonnenlicht. In größerem Maßstab eingesetzt, würden diese Technologien es möglich machen, Nahrungsmittel in beliebig großen Mengen bei denkbar geringer Inanspruchnahme von Boden und Wasser zu geringen Kosten herzustellen und damit nicht nur die Fleischtierzucht, sondern auch große Teile des intensiven Ackerbaus zu ersetzen.

Es könnte also sein, dass der Landwirtschaft nicht einfach nur große Veränderungen bevorstehen, sondern die größte Umwälzung seit der Neolithischen Revolution.

Klimafreundliches Wohnen

In der Emissionsstatistik wirkt der Sektor Gebäude auf den ersten Blick wie ein Musterknabe, denn er steht zwar gleichauf mit der Landwirtschaft an dritter oder vierter Stelle, doch weist er gewaltige Fortschritte in der Vergangenheit aus. Seit 1990 sind die klimarelevanten Emissionen um 35,1% gesunken. Grund dafür war vor allem die bessere Wärmedämmung, im städtischen Bereich kam die Umstellung auf Fernwärme hinzu. Seit 2016 steigen die Emissionen wieder, weil die Zahl der Wohnungen insgesamt zunimmt, außerdem wird die durchschnittliche Nutzfläche pro Wohnung größer und damit auch der Energiebedarf.

Die Dekarbonisierung des Sektors Wohnen muss also in jeder Klimastrategie eine zentrale Rolle einnehmen. In der Langfriststrategie der Europäischen Kommission von 2018 wird die Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden ausdrücklich angeführt, zudem wünscht sich die Kommission „Gebäude mit Null-Emissionen“. Dieses Ziel stellt eine ungleich größere Herausforderung dar als die Wärmedämmungs-Offensive der Vergangenheit, denn jetzt geht es darum, Gas-, Öl- und sonstige fossile Heizungen zu ersetzen.

So ein Wandel braucht seine Zeit, Heizanlagen wirft man nicht über Nacht einfach hinaus. Einigen Expert*innen geht die Sache zu langsam: *„Warum schaffen wir nicht Abwrackprämien für den Austausch von fossilen Heizungen? Oder eine allgemeine Verpflichtung zur energetischen Sanierung im Fall von Eigentumsübertragung, also beim Verkauf oder bei der Vererbung?“* Ein weniger radikaler Vorschlag, der aber ebenfalls Zuckerbrot und Peitsche zur Beschleunigten Dekarbonisierung von Wohngebäuden einsetzen will, lautet: *„Die Grundsteuer könnte ebenso ökologisch abgestuft werden wie zum Beispiel die Normverbrauchsabgabe bei Autos. Je geringer die CO₂-Belastung eines Gebäudes, desto niedriger die Grundsteuer. So würden sich Sanierungen für die Eigentümer*innen rechnen.“*

Der Großteil des österreichischen Altbestands an Gebäuden muss jedenfalls saniert oder noch weiter energetisch optimiert werden. Für Neubauten müssen noch höhere Standards hinsichtlich ihrer Emissions-Neutralität verlangt werden, was vor allem den Wohnbau weiter verteuern wird. Ein Programm zur Erleichterung solcher Sanierungen wird im Regierungsprogramm vorsichtig angekündigt, bleibt aber wohl aus gutem Grund vage, denn darin schlummert eine ganze Reihe von potenziellen Konflikten. Mieterschützer fürchten, dass hohe Investitionen zum Klimaschutz die Mieten oder sonstige Kosten für die Mieter*innen verteuern. Wohnungsbesitzer*innen wollen umgekehrt davon profitieren, wenn sie schon den

Substanzwert ihrer Gebäude erhöhen und zudem die Betriebskosten für die Bewohner*innen dank geringerem Energieverbrauch senken.

Übrigens sieht auch der bereits erwähnte Green Deal von New York City die verpflichtende Reduktion der CO₂-Belastung durch Gebäude vor. Wie die Besitzer*innen der Wolkenkratzer dazu gebracht werden sollen, ihre Türme zu renovieren, ist dort ebenfalls im Detail noch nicht klar. Dezidiert heißt es aber im entsprechenden Grundsatzpapier, dass Glasfassaden bei neuen Gebäuden nicht mehr genehmigt werden sollen.

Verbieten, verteuern oder anreizen?

„Das Steuersystem ist ein wirksamer Hebel, um die Dekarbonisierung voranzutreiben“, heißt es wörtlich im Regierungsprogramm 2020 der österreichischen Bundesregierung, und weiter: „Die Herstellung von Kostenvorteilen bei den CO₂-Emissionen ist dafür erforderlich.“

Damit ist ein Problem angesprochen, das die politische Diskussion in den nächsten Jahren sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene stark beschäftigen wird, nämlich die Frage nach den Möglichkeiten der Umsetzung der angekündigten Maßnahmen. Wie will die österreichische Bundesregierung oder aber die EU-Kommission dafür sorgen, dass die angekündigten Ziele von 2030 auch erreicht werden?

Paradoxerweise ist der Werkzeugkoffer der staatlichen Einflussnahme auf das Verhalten der Bürger*innen nicht allzu groß. Lehrbuchgemäß stehen dafür genau fünf Möglichkeiten zur Verfügung: gesetzlicher Zwang durch Verbote und Gebote; sanfter Zwang durch das Schaffen von Rahmenbedingungen, die ein bestimmtes Verhalten bevorzugen; unterschiedliche Steuern, die erwünschtes Verhalten belohnen und unerwünschtes bestrafen; öffentliche Ausgaben; gutes Zureden durch Informationskampagnen¹.

In den nächsten Jahren wird wohl das gesamte Arsenal ausgeschöpft werden, wobei die Ideen für Förderungen schon jetzt am freudigsten sprießen (vom öffentlichen Verkehr bis zur Wohnungssanierung), aber wohl schnell an budgetäre Grenzen stoßen werden.

Die Europäische Zentralbank EZB hofft, durch die demonstrative Unterstützung von grünen Investitionen das Interesse der Finanzwirtschaft und der Anleger an der klimafreundlichen Transformation der Wirtschaft wecken zu können. Präsidentin Christine Lagarde kündigte an, dass die EZB beim Ankauf von Unternehmensbonds auch Kriterien des Klimawandels berücksichtigen wird – das wäre also ein Schritt in Richtung einer „grünen“ Geldpolitik, die zwar von der Deutschen Bundesbank heftig abgelehnt wird, aber schlicht ein Gebot der Zeit darstellt und daher allenfalls mit Verzögerung erwartet werden darf.

Eine wichtige Aufgabe der Politik wird es sein, Konflikte zu managen. Solche werden aber nicht so sehr mit beharrenden Kräften entstehen, die den Klimawandel leugnen oder die Gegenmaßnahmen für überstürzt halten,

¹ *Legislation, regulation, taxation, spending, communication*

1. Klimawandel, Nachhaltigkeit und Ökologie

sondern vielmehr zwischen den Befürworter*innen unterschiedlicher Wege zum selben Ziel. Paradoxe Weise sind nämlich die unterschiedlichen klimapolitischen Ansätze ebenso heftig umstritten wie die jeweiligen zielführenden Technologien. Manche Expert*innen gehen davon aus, dass erst mit dem Einsatz von Wasserstoff als Energieträger in der Industrie, im Haushalt und im Verkehr ein langfristig klimaneutrales Wirtschaftssystem errichtet werden kann. Andere verteufeln den Wasserstoff als Irrweg oder als Versuch der Ölkonzerne, sich ein neues nicht-fossiles Geschäftsfeld zu sichern. Manche Expert*innen halten flüssiges Erdgas für eine gute Brückentechnologie zum Antrieb von Schiffen oder LKW, andere sehen darin ein Placebo und eine unnötige Verzögerung der eigentlich nötigen Transformation.

Ganz zu schweigen davon, dass Windparks immer öfter mit Protesten von Anrainer*innen konfrontiert sind und dass die Nutzung der Windenergie unter anderem auch deshalb an Grenzen stößt, weil Umweltschützer*innen gegen die nötigen Leitungen zum Abtransport des erzeugten Stroms mobil machen.

Ein Beitrag zur Arena Analyse hält fest: *„Es gibt kaum Lösungen für die Klimaschutzproblematik, die nicht aus Umwelt- oder Naturschutzgründen aktiv bekämpft werden: sei es die thermische Isolierung von Gebäuden, die Wasserkraft, die Windkraft, die Nutzung von Bioenergie, Elektromobilität, Photovoltaik auf Freiflächen, Überlandleitungen, Wasserstoff, usw.“*

In vielen Fällen müssen politische Entscheidungen im wahrsten Sinn des Wortes getroffen werden, es muss also gesellschaftlicher (mehrheitlicher) Konsens darüber erzielt werden, welche Nachteile für ein übergeordnetes Ziel in Kauf genommen werden dürfen. Manche Fragen werden sich erst mit dem weiteren Fortschreiten der technologischen Entwicklung sinnvoll klären lassen – was für die Politik wiederum bedeutet, dass sie in ihren Antworten flexibel bleiben muss.

2. Die Epoche der Daten-Wirtschaft

Am 1. Jänner 2020 trat im US-Bundesstaat Kalifornien der California Consumer Privacy Act (CCPA) in Kraft, das bisher strengste Datenschutzgesetz aller US-Staaten. Es gibt den Benutzer*innen von Internetwebseiten umfassende Rechte hinsichtlich der Verwendung ihrer Daten, zum Beispiel müssen Webseiten von größeren Firmen einen gut sichtbaren Menü-Button aufweisen, auf dem „Do Not Sell My Personal Information“ steht. Ein einfacher Klick genügt, um ohne jeden Aufwand den Betreibern die Verwendung der User-Daten zu untersagen. Das Gesetz betrifft Unternehmen mit mehr als 25 Millionen Dollar Jahresumsatz, aber auch solche, die mehr als 50% ihres Umsatzes mit Userdaten machen. Wo Daten zu Geld gemacht werden, spielt der Geschäftsumfang für das Gesetz keine Rolle.

Interessant ist, dass der CCPA in den US-Medien als „GDPR light“ gebrandmarkt wurde – GDPR steht für General Data Protection Regulation, also die Datenschutzgrundverordnung der EU (die übliche deutsche Abkürzung lautet DSGVO), und das Attribut „light“ bezieht sich auf die Tatsache, dass der CCPA bei aller inhaltlichen Strenge keine so hohen Strafen vorsieht wie das europäische Vorbild, sondern zum Beispiel bei Erstverstößen zunächst eine 30-Tage-Frist einräumt, wo ein Missstand beseitigt werden kann, später drohen dann pro Verstoß maximal 7500 Dollar Strafe.

Abseits aller Einwände im Detail zeigen sowohl der CCPA als auch die DSGVO zweierlei: Erstens nimmt der Bedarf nach Regulierung des Sammelns von Daten und des Handels mit Daten stark zu. Zweitens widerlegen beide Gesetzeswerke den Mythos, dass die globalen Datengiganten (Amazon, Facebook, Google, Alibaba, Microsoft, etc.) sich jeder Regulierung entziehen, weil sie dank ihrer Größe und ihrer weltweiten Präsenz einfach aus Staaten abwandern können, in denen ihnen die Spielregeln nicht passen. Tatsächlich war in den USA nicht einmal ein einheitliches Vorgehen des Gesamtstaates nötig, schon ein einzelner Bundesstaat – wenngleich ein großer, reicher und als Weltzentrum der IT-Branche privilegierter – war mit entschlossenem Vorgehen erfolgreich.

Erst recht trifft das natürlich auf die EU zu, die in diesem Fall die Macht des großen Marktes, den sie repräsentiert, gut zu nutzen wusste. *„Mit der DSGVO hat Europa bewiesen, dass es in der Lage ist, in der Datenwirtschaft die Regeln zu bestimmen“*, hält auch ein Beitrag zur Arena Analyse fest. Mehrere Expert*innen sind überzeugt: *„Es wird in den kommenden Jahren immer wichtiger werden, Regeln für die Datenwirtschaft und die neu entstehenden Technologien zu definieren. Die kommenden Trends betreffen smarte Umgebungen sowie erweiterte Realitäten und verstärkte Vernetzung zwischen Mensch und Maschine. Damit verbunden sind selbstverständlich alle Thematiken des Datensammelns und -verwertens.“*

Das Ende der Privatsphäre

Das Sammeln und Verwerten von Daten wird in Zukunft zu einem immer bedeutenderen Wirtschaftszweig werden. Begleiterscheinung und zugleich Voraussetzung dieser Entwicklung ist der Totalverlust der Privatsphäre. Es gibt schon heute kaum noch Lebensbereiche, auf die das Merkmal der Privatheit im engeren Sinn uneingeschränkt zutrifft, nämlich dass außer uns selbst niemand Zutritt hat und niemand erfährt, was dort vor sich geht – und zwar schlicht deshalb, weil jeder Mensch das Recht haben sollte, für manche Dinge selbstbestimmt festzulegen, dass sie niemanden etwas angehen.

Ganz im Gegensatz zu diesem Ideal von gestern leben wir heute in einer Welt, wo nahezu jede Tätigkeit Datenspuren hinterlässt. Wenn wir uns morgens durch die Weckerfunktion des Smartphones aus dem Schlaf reißen lassen, dann sind damit unsere Schlafgewohnheiten bereits registriert. Da uns das Telefon den ganzen Tag über begleitet, wissen die entsprechenden darauf gespeicherten Apps auch, wo wir uns hinbewegen, wie lange wir uns an unterschiedlichen Orten aufhalten, wie viele Schritte wir im Laufe eines Tages zurücklegen, und selbstverständlich auch, mit wem wir kommunizieren, sei es mündlich oder über die diversen Textsysteme. Die meisten öffentlichen Verkehrsmittel sind mit Sicherheitskameras ausgestattet, auch viele Läden in den Geschäftsstraßen haben Kameras installiert, sodass zumindest in den Städten ein immer größerer Teil der öffentlichen Wege unter Dauerbeobachtung und Daueraufzeichnung steht. Bankfoyers werden natürlich ebenfalls gefilmt, aber dort würde unsere Anwesenheit sowieso spätestens nach dem Einstecken der Bankomatkarte aktenkundig. So wie es auch in die ewigen Datenarchive eingeht, wenn wir irgendwo mit Kreditkarte zahlen. Dank der diversen Kunden-Rabattkarten der Supermarktketten unterstützen die meisten Konsument*innen diese Form der Datensammlung auch noch freiwillig.

Nicht einmal der Rückzug in die persönliche Umgebung lässt uns der Überwachung entkommen, denn erstens weiß auch dort das Handy, wo wir sind, zweitens aber verrät uns im Auto der GPS-Navigator, während daheim in der Wohnung die vielen vernetzten Elektrogeräte über ihre Verwendung Aufzeichnungen führen. Das Internet der Dinge ist zugleich das Internet der Dauerüberwachung.

Der Begriff „Überwachung“ führt dabei auf die falsche Spur. Denn natürlich spionieren die datensammelnden Unternehmen im Normalfall keine Einzelpersonen aus. Niemand interessiert sich konkret dafür, wie oft der sprichwörtliche Herr Max Mustermann am Tag duscht oder wann er zuletzt zehn Deka Kalbspariser gekauft hat. Der wahre Wert der Daten liegt in ihrer großen Zahl. Schon bei einem durchschnittlichen Internet-User, der ein paarmal in der Woche die Webseiten von Zeitungen besucht, der ab und zu Wikipedia konsultiert und zum Geburtstag seiner Frau bei Zalando einkauft, reichen die Online-Klicks, um ein einigermaßen detailliertes Profil der Vorlieben und Interessen zu erstellen, wie es für Marketing und Werbung

gebraucht wird. Erst recht lassen sich aus der Aggregation von Millionen solcher Daten wertvolle Analysen für die Planung von Produkten und Dienstleistungen herausfiltern.

„Die bisherige Digitalisierung aller Lebensreiche war nur der Beginn“, hält ein Arena-Analyse-Beitrag fest, „inzwischen sollten wir von einem nächsten großen Schritt sprechen – nämlich dem Dataismus. Die Digitalisierung aller Lebensbereiche, die weltweite Vernetzung und der rasante Anstieg an Rechenleistung und Speicherkapazität macht das bisher Udenkbare möglich: Die Sammlung und Auswertung von Daten in riesigen Volumina und deren Nutzung für Interpretationen, ja für Vorhersagen bis hin zu eigenständigen Entscheidungen durch Künstliche Intelligenz. Was wir bisher nur vom Wetterbericht kannten, wird plötzlich für viele Lebensbereiche möglich. Amazon ist gar kein Paketlieferdienst, sondern ein Vorhersageinstrument dafür, was ich als nächstes kaufen werden. Netflix ist keine Videoplattform, sondern ein Vorhersagemodell dafür, was ich als nächstes sehen will.“

Anbruch der Opt-in-Ära

Für die Zukunft sind in dieser Situation zwei Entwicklungen zu erwarten: Erstens wird das Durchleuchten der Privatsphäre zur Erstellung von Big-Data-Analysen weiter zunehmen. Zweitens aber wird der Druck von Seiten der User*innen, der Bürger*innen und Konsument*innen zu mehr Transparenz und besserer Kontrolle dieser Datensammlungen größer werden. So lauten die Schlüsse, die eine Reihe von Expert*innen aus den etwas widersprüchlichen Entwicklungen in der Datenwirtschaft ziehen: *„Wir werden noch mehr Privatsphäre hergeben, weil wir im Gegenzug dafür Komfort und neue Chancen erhalten. Würde jemand auf den Navigator im Auto verzichten und das Handy entsprechend konfigurieren, nur um nicht über GPS geortet werden zu können? Würde jemand auf den Komfort verzichten wollen, dass ein Online-Shop die Adresse, die eigene Konfektionsgröße und diverse Vorlieben bereits vorab gespeichert hat, bevor man noch den Namen vollständig eingegeben hat?“*

Die Rückkehr zu einer Welt, in der wir Datenspeicherung konsequent verweigern, hätte auch für die Effizienz von Märkten und von Logistiksystemen nachteilige Effekte. Sie wird daher nicht in großem Stil stattfinden, auch wenn der Unmut der Konsument*innen angesichts der ungefragten und unkontrollierten Datensammlung wächst. Das Problem – und das Potenzial für bevorstehende Änderungen – liegt dabei in den Adjektiven „ungefragt“ und „unkontrolliert“. Menschen werden auch in Zukunft bereit sein, das Registrieren von Daten zuzulassen, wenn es ausreichend transparent erfolgt und sie die Gewissheit haben, im Bedarfsfall die Kontrolle über die Verwendung der Daten zu behalten.

Einige Expert*innen sprechen deshalb bereits von der anbrechenden *„Opt-in Ära der Datenwirtschaft“*. Deren Kennzeichen sollte darin bestehen, dass die Kunden*innen – also die eigentlichen Eigentümer*innen der

2. Die Epoche der Daten-Wirtschaft

gesammelten Daten – jederzeit wissen und erfahren können, welche Daten über sie gesammelt werden und wie man sie verwendet, und sie sollten jederzeit das Recht haben, die weitere Verwendung zu unterbinden und die Löschung vorhandener Daten zu erwirken. Genau das sieht die DSGVO auch bereits vor. In der Praxis hat sich allerdings die Durchsetzung solcher rigoroser Informations- und Zugriffsrechte als mühsam herausgestellt, abgesehen von engagierten Cyber-Rebell*innen macht sich kaum jemand die Mühe, die Betreiber von Webseiten zur Löschung vorhandener Suchprofile zu verdonnern.

Trotzdem sollten sich die datensammelnden Unternehmen nicht allzu sicher fühlen. Einen ersten Vorgeschmack darauf, in welche Richtung sich die Welt der Datenwirtschaft verändern könnte, liefert ein Blick auf das Schicksal, das Facebook im Jahr 2018 widerfuhr. In diesem Jahr wurde zunächst der Datenmissbrauchsskandal rund um Cambridge Analytica bekannt. Facebook-User*innen mussten erfahren, dass diese Plattform für gezielte Falschinformationen mit dem Ziel der Beeinflussung von Wahlen missbraucht worden war – und dass diese Falschinformationen ihr Ziel deshalb so gut erreichten, weil eine präzise Analyse der Userdaten den Fälschern verriet, wie man Lügen verpacken muss, damit selbst kritische Websurfer*innen darauf hereinfallen.

Angewidert wandten sich viele von Facebook ab, denn die Betreiber der Plattform hatten nicht nur nichts gegen den Missbrauch unternommen, sondern vertraten auch noch die Ansicht, dass sie als reich technisches Medium nicht für die geposteten Inhalte verantwortlich seien. Der Unmut über Facebook wurde noch dadurch verstärkt, dass 2018 auch die DSGVO in Kraft trat und daher ohnehin das Thema Datenschutz im öffentlichen Aufmerksamkeits-Ranking sehr hoch oben stand.

Das Ergebnis: Facebook verlor eine Million User*innen, im Sommer 2018 brach der Aktienkurs um fast 20 Prozent ein. Es war nur ein vorübergehender Schwächeanfall, der Social-Media-Gigant erholte sich bekanntlich schnell wieder. Doch das Beispiel zeigte, wodurch Datenkraken verwundbar sind. Tatsächlich präsentierten Google, Facebook, Microsoft und Twitter sehr schnell ihr eigenes Programm zum Schutz der Daten ihrer User*innen, allerdings zum Teil mit dem lästigen Effekt, dass Internet-Benutzer*innen mit Warnhinweisen und langen „Bestätigen Sie Ihre Zustimmung“-Emails geflutet werden.

Die Nervosität der Reaktion zeigt, wie sehr die Unternehmen fürchten müssen, durch einen konsequenten Kund*innenboykott oder aber durch noch strengere Gesetze die Grundlage für ihre Geschäftsmodelle zu verlieren. *„Unverkennbar hat sich die Sensibilität dafür gestärkt, dass die Kontrolle einseitig bei den Datensammlern liegt“*, heißt es in einem Arena-Analyse-Beitrag, *„die Industrie muss rasch einen Weg finden, um das Vertrauen der Kunden nicht zu verlieren, denn die Unternehmen sind mehr denn je auf Kundendaten angewiesen.“*

Ein anderer Beitrag geht sogar so weit, die staatliche Kontrolle über vorhandene Datensammlungen in die Diskussion zu werfen: *„Allenfalls müssen wir auch Verstaatlichungen ins Auge fassen, wenn quasi-natürliche Monopole bestehen. Möglicherweise ist es nicht sinnvoll oder gar nicht möglich, neben Google noch Dutzende andere Suchmaschinen wirtschaftlich zu betreiben, vielleicht stiftet eine einzige weltweite Daten-Drehscheibe ohnehin den größten Nutzen. Aber dann darf sie nicht in privater Hand sein.“*

Gefahr und Nutzen Künstlicher Intelligenz

Die Kontrolle über die Verwendung von Daten gewinnt umso mehr an Bedeutung, als die Auswertung immer mehr an Systeme der Künstlichen Intelligenz – meist abgekürzt AI, für Artificial Intelligence – übertragen werden. Der Begriff ist wohl etwas unglücklich gewählt und hat zweifellos dazu beigetragen, dass die Disziplin ein düsteres Flair umweht, eine dystopische Vision von hyperklugen Maschinen, die den Menschen beherrschen, weil sie ihm in jeder Hinsicht überlegen sind. Wer nach einer klaren Definition sucht, landet schnell bei der Einsicht, dass es sich in Wahrheit um einen schillernden Begriff handelt, dessen unterschiedliche Bedeutungen aber eins gemein haben: Es geht immer um Maschinen, die etwas können, was ihnen niemand beigebracht hat. Im Unterschied zu Computerprogrammen, die das tun, was ihnen ein Algorithmus vorgibt, sollen AI-Systeme selbständig lernen, sollen ihre eigenen Programme aufgrund von Beobachtungen ihrer Umwelt verbessern und auch nicht vorhersehbare Entscheidungen treffen.

Solche Systeme befinden sich massiv auf dem Vormarsch. Sie sind vor allem unerlässlich, um aus einem Big-Data-Konglomerat von Billionen verstreuter Informationen Sinn zu gewinnen. Weil sie das zumindest in Ansätzen können, versetzen AI-Systeme zum Beispiel Plattformen wie Facebook in die Lage, schon nach ein paar Klicks fast alles über uns zu wissen. Sie sind der Grund, weshalb Alexa und Siri sich so gut in uns hineinfühlen und weshalb Netflix besser als andere TV-Anbieter versteht, was die Streaming-Kund*innen wollen.

Ein bevorzugter Anwendungs- und Forschungsbereich ist derzeit die Medizin (wie im Kapitel „Für immer jung“ näher ausgeführt wird). Künstliche Intelligenz hilft, Daten aus Untersuchungen schneller zu einer Diagnose über die richtige Krankheit zusammenzufügen, dabei greifen die Maschinen auch auf Big-Data-Aggregate zu, sie können also typische Krankheitsbilder mit Millionen ähnlicher Fälle vergleichen.

Bisher hört sich das recht positiv an. Aber wenn der AI-Computer um so viel besser weiß, wie es um die Patientin steht, dann ist es doch nur logisch, dass er auch die Entscheidung über die richtige Behandlung trifft. Oder aber feststellt, dass die Kosten für eine Therapie zu hoch sind im Verhältnis zur zusätzlichen Lebensdauer, die damit gewonnen wird. Unmenschliche Entscheidungen werden so Zug um Zug an Computer delegiert. Wobei in

2. Die Epoche der Daten-Wirtschaft

einem dramatischen Fall wie dem Beschriebenen vielleicht noch Menschen korrigierend eingreifen würden, nicht aber bei der diskriminierenden Alltagsroutine der Profiling- und Versicherungsrisiko-Programme.

Wie AI auf diese Weise die Grundfesten der Gesellschaft unterhöhlen kann, führt die die US-Mathematikerin Cathy O'Neil in ihrem Buch „Angriff der Algorithmen“ (der hübsche englische Titel lautet „Weapons of Math Destruction“) drastisch vor Augen. Damit diese sich selbst überlassenen Rechenprogramme die geforderten scheinbar eigenständigen Urteile fällen können, durchforsten sie große Datenmengen und machen sich ein Bild von einer Person. Davon leiten sie Prognosen über deren künftiges Verhalten und allfällige Risiken ab.

Manchmal kommen dabei absurde Scheinkorrelationen heraus, wie im Beispiel des Xerox-Konzerns, der mit AI herausfinden wollte, welche Job-Bewerber*innen voraussichtlich lang im Unternehmen bleiben würden und welches umgekehrt die Merkmale typischer Jobhopper sind. Der Computer fand heraus, dass Menschen mit langem Anfahrtsweg häufiger ihre Arbeitsstelle wechseln. Tatsächlich lag das aber daran, dass weit weg wohnende Menschen rein statistisch jene mit den schlechter bezahlten und weniger sicheren Jobs sind. Menschen, die mangels Alternativen längere Arbeitswege auf sich nehmen müssen, kriegen häufiger Jobs, in denen sie nach ein paar Jahren wieder gekündigt werden. Diese bereits bestehende Benachteiligung wurde ihnen vom Algorithmus noch extra zum Vorwurf gemacht und führte zur sachlich durch nichts gerechtfertigten Verringerung von Jobchancen. Zur Ehre des Xerox-Konzerns muss unbedingt angefügt werden, dass der dortigen Human-Relations-Abteilung dieses unsinnige Ergebnis auffiel und der Algorithmus entsprechend korrigiert wurde.

Bei der täglichen Vielzahl an automatisierten Grausamkeiten ist das längst nicht mehr der Fall, schreibt O'Neill. Menschen werden nach nicht weiter hinterfragbaren Kriterien in Gruppen eingeteilt, und wer einmal in einer solchen Schublade steckt, kommt nicht mehr so leicht heraus, denn der nächste AI-Algorithmus stößt beim Durchforsten der Datenberge wieder auf die bereits vorliegende Klassifizierung und nimmt sie als Grundlage.

Aber wenn die Künstliche Intelligenz wirklich so intelligent ist, dann sollte sie doch auch imstande sein, Gut und Böse zu unterscheiden und zu erkennen, was sie mit ihren Entscheidungen anrichtet. Vielleicht müsste man das den Maschinen nur einmal erklären, meint sinngemäß die unter anderem auch in Wien lehrende Wirtschaftsinformatikerin Sarah Spiekermann. In ihrem Buch „Digitale Ethik“ legt sie eine Reihe von konkreten Vorschlägen vor, wie die Menschen den Algorithmen Werte (Freundschaft, Zufriedenheit, Solidarität, etc.) beibringen können. Spiekermann erstellt derzeit mit dem Institute of Electrical and Electronics Engineers in New York einen Ethikstandard für Technikentwicklung.

Ganz ähnlich der Vorschlag eines Arena-Analyse-Experten: *„Hundert-schaften von Programmierern entwickeln immer neue Algorithmen ohne jede gesellschaftliche und ethische Verantwortung, da braucht es [...] eine*

Erweiterung der Ausbildung sowie Zulassungskriterien und Zulassungsbehörden nach Art der Zulassung von Arzneimitteln.“

Cathy O’Neill fordert so etwas wie einen „hippokratischen Eid“ für die Programmierer*innen von Algorithmen und die Entwickler*innen von AI-Systemen: Trotz des irreführenden Namens führt nämlich auch die Künstliche Intelligenz nur das aus, was Menschen von ihr wollen. Deshalb sollten die Hersteller verpflichtet werden, dass AI niemals Menschen Nachteile zufügen darf.

Denn das tun sie zumindest in den USA bereits in zunehmendem Maße. „Das systematische Datensammeln und die automatisierten Entscheidungsprozesse zerstören das soziale Netz“, fürchtet daher die US-Politologin Virginia Eubanks in ihrem 2018 erschienen Buch „Automating Inequality“. Sie beschreibt Fälle von US-Städten, in denen die Vergabe von Sozialwohnungen an ein AI-System übertragen wurde, was zu einer dramatischen Zunahme der Obdachlosigkeit führte. Oder von Eltern, denen ein Sozialfürsorge-Computer das Sorgerecht für ihr Kind wegen „medizinischer Vernachlässigung“ entziehen wollte: Sie konnten sich ein wichtiges Medikament für ihr Kind nicht leisten, weil ihnen zuvor ein anderer Computer die Beihilfe dafür verweigert hatte.

Eubanks legt in ihrem Buch den Fokus auf die Benachteiligung ärmerer Bevölkerungsgruppen durch das Vordringen von AI. Doch das wahre Problem liegt darin, dass Entscheidungen über den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht mehr von den Menschen selbst getroffen werden, sondern von Maschinen. Die Adressaten wissen nicht, woher diese Entscheidungen kamen und warum sie gerade so und nicht anders gefällt wurden.

Es wird noch schlimmer: AI ermöglicht die automatisierte Gesichtserkennung und damit das „preventive profiling“. Schon das herkömmliche analytische Profiling, das durch diverse TV-Krimiserien populär gemacht wurde, ist eine höchst fragwürdige Angelegenheit, beruht es doch seinem Wesen nach auf einer computergestützten systematischen Sammlung von Vorurteilen². Künftig könnte ein AI-System Gesichter mit sonstigen Daten vergleichen und daraus ableiten, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass der/die Träger*in eines solchen Gesichts nach der Einreise Ärger machen wird.

Die Diskussion, wieviel AI unserer Gesellschaft guttut und wie viel Kontrolle diese Technologie braucht, hat eben erst begonnen. Sie wird nicht wirklich erleichtert durch die unzureichenden Informationen, die in der Öffentlichkeit über „diese Schlüsseltechnologie der kommenden Jahre“ vorhanden ist, schreibt ein Arena-Analyse-Experte: „Der Einsatz von AI

² Da kommt dann durch rein statistische Vergleiche heraus, dass bestimmte Verbrechen typischerweise von (zum Beispiel) älteren weißen Männern mit niedriger Bildung und übertrieben starker Mutterbindung begangen werden, weshalb alle, die diesem Profil entsprechen, erst einmal als Verdächtige in Frage kommen...

2. Die Epoche der Daten-Wirtschaft

redefiniert Wirtschaft, Märkte und Gesellschaft. Die kollektive Verunsicherung, die den Prozess der digitalen Transformation schon generell begleitet, wird durch die neue technologische Qualität von AI auf eine weitere Stufe gehoben. Das Resultat sind simplifizierende und polarisierende Mensch-Maschine-Erzählungen, die den aktuellen AI-Diskurs dominieren und den Blick auf die entscheidenden Themen verschleiern, die heute auf der AI-Agenda stehen müssten.“

Deshalb wird die Kontrolle der Datenwirtschaft und die Ermächtigung der Menschen, Herr*innen über ihre Daten zu bleiben, nur der nächste Schritt in der Entwicklung zu einer digitalen Gesellschaft sein, erwartet eine Arena-Analyse-Expertin: *„Es ist nicht nur eine digitale Transformation, die gerade stattfindet. Es wird auch eine kulturelle Transformation sein. Die zu erkennen, vor allem zu verstehen, wird aus meiner Sicht eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre sein. Weil wir mit Erfahrungshintergrund und Blick aus der analogen Welt, die digitale Welt nicht mehr lange verstehen und somit gestalten können.“*

3. Neue soziale Fragen – und neue Antworten

Sowohl Klimakrise als auch Digitalisierung bringen neue soziale Probleme mit sich. Zwar ist der Erhalt eines ausreichend hohen Maßes an gesellschaftlicher Kohäsion ohnehin eine Daueraufgabe in allen Industrieländern, doch könnten die beiden großen Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts *„uns in der Kombination große soziale Verwerfungen bescheren“*, wie es eine Expertin der Arena Analyse ausdrückt. In einem anderen Beitrag heißt es, dass die *„großen Herausforderungen dieser Zeit am Ende des Tages gerade über ihre Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt eng miteinander verknüpft sind: Klimakrise / Daten- bzw. Überwachungskapitalismus / Demokratiemüdigkeit.“*

Die Verlierer des Klimawandels

Ein fatales Merkmal der Klimakrise ist es, dass sowohl die Folgen einer unkontrolliert weitergehenden Erderwärmung als auch die möglichen Gegenmaßnahmen die sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen am härtesten treffen. Ein Beitrag zur Arena Analyse spricht deshalb von einem *„Nexus von Umwelt- und Sozialpolitik: Umwelt-Themen sind von sozialen Themen künftig nicht mehr zu trennen. Menschen sind von Umweltproblemen verschieden betroffen. So sind z.B. Vulnerabilität durch den Klimawandel, der Zugang zu natürlichen Ressourcen und zu Mobilität abhängig von Faktoren wie Einkommen, Alter, Ethnizität, Lebensform, Geschlecht, Wohnort im globalen Norden oder Süden“*.

Wenn Europa und die internationale Staatengemeinschaft nichts tun und daher die Negativszenarien eintreten, die vom Weltklimarat IPCC erwartet werden, dann werden die Folgen erstens in ärmeren Regionen und zweitens in allen Ländern bei der ärmeren Bevölkerung zuerst schlagend. Heute schon heiße Länder werden zu Wüsten, konkret zum Beispiel das Landesinnere Spaniens oder der südliche Teil des Peloponnes. Flache Küstenregionen werden durch das Ansteigen des Meeresspiegels überflutet – das Übersiedeln in klimatisch freundlichere Regionen wird dann dem begüterten Teil der Bevölkerung wohl deutlich leichter fallen als den weniger Wohlhabenden.

Auch in Österreich leiden dann vor allem jene Menschen, die sich keine Wohnung mit Klimaanlage leisten können oder die aus den Alpentälern emigrieren müssen, weil diese durch Muren unbewohnbar wurden. Ohnehin würde es in vielen alpinen Regionen ohne Wintersport kaum noch Möglichkeiten zum wirtschaftlichen Überleben geben, denn im oberen Extrem-Szenario bleiben die Alpen weitgehend das ganze Jahr schneefrei. Dazu kommt, dass sich Nahrungsmittel verteuern, wenn heute fruchtbare Gebiete austrocknen, selbst das Trinkwasser könnte in manchen Gegenden kostbar werden.

3. Neue soziale Fragen – und neue Antworten

Leider sind aber auch im Falle eines konsequenten und erfolgreichen Kampfes gegen den Klimawandel die Lasten nicht ganz fair verteilt. Schon in den kommenden Jahren dürfte die individuelle Mobilität (sprich: das Autofahren) teurer werden. Ganz gleich, wie die geplante Bepreisung von CO₂ im Detail aussehen wird, sie wird in jedem Fall den motorisierten Individualverkehr mit Verbrennungsmotoren am stärksten treffen, denn dieser ist ja auch der Hauptverursacher der klimaschädlichen Emissionen. Die intensivsten Auto-Benutzer*innen sind Pendler*innen, also Menschen, die in einem Umkreis von (in der Regel) maximal 50 Kilometern rund um eine größere Stadt wohnen und täglich ins urbane Zentrum sowie anschließend wieder nach Hause fahren müssen. Eine solche Lebenssituation – draußen wohnen, drinnen arbeiten – hat sich für die meisten dieser Menschen deshalb ergeben, weil es außerhalb der Stadt keine für sie passenden Arbeitsplätze gibt und andererseits das Wohnen in der Stadt für sie zu teuer wäre. Als Faustregel lässt sich auch festhalten: Je weiter weg vom Arbeitsplatz jemand wohnt, je länger also seine oder ihre tägliche An- und Abreise dauert, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass er oder sie nicht zu den Spitzenverdiener*innen gehört, sondern diese lange Fahrt mangels attraktiver Alternativen auf sich nimmt. Hohen CO₂-Ausstoß entsprechend zu bepreisen, führt also zur asymmetrischen Belastung einer Bevölkerungsgruppe, die diese Last nicht ohne zusätzliche Umverteilungsmaßnahmen schultern kann.

Ein zweiter großer Schwerpunkt wird darin bestehen, Gebäude – vor allem Wohnhäuser – klimaneutral zu machen. Im Vordergrund steht dabei das Anliegen, fossile Energieträger nach und nach völlig zu ersetzen. Heizen mit Öl und Erdgas gehört bald der Vergangenheit an. Zwar muss das Wort „bald“ hier sehr großzügig ausgelegt werden, denn die durchschnittliche Lebensdauer einer Heizanlage beträgt rund 40 Jahre, so lange wird es also dauern, bis alle alten Brenner ausgetauscht sind. Es sei denn, man will man Hausbesitzer*innen und Mieter*innen durch Vorschriften oder Förderungen dazu bringen, noch funktionstüchtige Thermen vorzeitig wegzuworfen. Der Einbau von Wärmepumpen und Photovoltaik-Paneelen kostet Geld, auch der Anschluss ans Fernwärmenetz oder die Umstellung auf eine Heizung mit sogenanntem „Grünem Gas“, also mit Methan, das aus Bio-Abfällen oder durch Elektrolyse aus Windstrom hergestellt wurde, sind nicht gratis zu haben. Wieder gilt: Kaufkräftige Mitbürger*innen schaffen den Umstieg leichter als Mieter*innen, die jeden Cent umdrehen müssen.

Ohne entsprechende Gegenmaßnahmen wird das Wohnen durch den Kampf gegen den Klimawandel also teurer – entweder, weil ein Altbau aufwändig saniert werden muss, oder weil Neubauten durch höhere klima- und ressourcenschonende Qualitätsstandards von vornherein mehr kosten.

Drittens muss auch befürchtet werden, dass die Lebensmittelpreise steigen, wenn die Landwirtschaft auf nachhaltigere Produktion umstellt. Derzeit herrscht im Lebensmittelhandel die paradoxe und höchst unbefriedigende Situation: Wirklich billig ist alles, was aus industrieller

Massenproduktion kommt und – in der Regel in fernen Ländern – unter Missachtung sämtlicher ökologischer Grundprinzipien der Mutter Erde entrissen wurde. Regional, biologisch und verantwortungsvoll produziertes Essen kommt teuer. Dieses Bild ist gewiss etwas überzeichnet, aber es leuchtet ein, dass in der Landwirtschaft, wie in allen anderen Bereichen auch, das Erfüllen der Klimaziele mit dem Prinzip „so billig wie möglich“ kollidieren wird.

Viertens wird ein konsequenter Umbau unseres Wirtschaftssystems auf Klimafreundlichkeit manche Jobs kosten. Zwar könnten per Saldo sogar mehr Arbeitsplätze in den grünen Industrien entstehen, aber genau wie bei der Digitalisierung findet der Wandel nicht symmetrisch statt. Bedroht sind zum Beispiel Arbeitsplätze in der Auto-Zulieferindustrie: Elektro-Autos brauchen keine Verbrennungsmotoren und daher auch keine Einspritzpumpen, keine Vergaser, keine Getriebe, keine Auspuff-Katalysatoren, etc. Klarerweise werden auch im Kohlebergbau und in Erdölraffinerien weniger Mitarbeiter*innen gebraucht werden, ebenso aber könnten Teile des Tourismus negativ betroffen sein.

Zusätzliche Jobs werden vor allem einmal bei den Herstellern von Komponenten für Wind- und Sonnenenergie-Anlagen entstehen, darüber hinaus in der Forstwirtschaft (Wälder müssen gepflegt und zum Teil mit weniger wärmeempfindlichen Bäumen neu ausgepflanzt werden). Ein neues Berufsbild, das derzeit in seinen Anfängen beobachtet werden kann, ist das der „Klimaberater*innen“ (in der Praxis heißen sie meist anders), die Unternehmen bei der Transformation zu klimaneutralen Prozessen und Wirkungsketten unterstützen. Der kleine Überblick zeigt bereits, dass auch bei der Entstehung einer klimaneutralen Arbeitswelt die Lasten und Nutzen ungleich verteilt sind.

Für die meisten dieser Verwerfungen lassen sich politische Lösungen finden, sie müssen aber bei allen umweltpolitischen Maßnahmen von Anfang an mitgedacht werden. Die Klimapolitik erfordert eine „neue Umverteilung“, mahnt ein Arena-Analyse-Experte ein: *„Klimaschutzmaßnahmen bzw. die dadurch eingeleiteten Transformationsprozesse haben soziale Auswirkungen (z.B. Schaffung oder Verlagerung von Arbeitsplätzen, öffentliches Verkehrssystem) und müssen gruppenspezifisch verschieden gestaltet werden um Akzeptanz zu finden.“*

Soziale Probleme der digitalen Art

Soziale Probleme, die durch die Digitalisierung verursacht werden, beschäftigen die Politik seit langem. Vor allem zu den möglichen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt (Stichwort „Computer und Roboter killen Jobs“) wurden zahlreiche Studien erstellt, darüber hinaus ging es um Fragen des barrierefreien Zugangs zum Internet sowie um die Herausforderungen an Bildung und Weiterbildung. Der österreichische Bundesrat hat dazu 2018 ein umfassendes Grünbuch mit dem Titel „Digitale

3. Neue soziale Fragen – und neue Antworten

Zukunft sozial gerecht gestalten“ erstellt, das unter anderem auf einer groß angelegten Online-Konsultation beruhte.

Inzwischen hat sich aber – wie im letzten Kapitel ausgeführt – die Digitalisierung zur Datenwirtschaft weiterentwickelt. Es gibt einen ganzen Wirtschaftszweig, für den Daten den Rohstoff bilden, das wichtigste Produktionsmittel. Dadurch ist eine neue Form der Ausbeutung entstanden, die weit über die Probleme hinausgeht, die durch die Plattform-Ökonomie ohnehin schon verursacht wird. Seit Jahren wird ja schon beklagt, dass Online-Dienste am Ende der Wertschöpfungskette eine große Zahl von sehr schlecht bezahlten und prekären Jobs geschaffen haben: Pakete, die mit einem Klick bestellt wurden, müssen von irgendwem zur Haustür gebracht werden. Das Online geordnete Abendessen muss – meist von einem Fahrradboten – ausgetragen werden. Online-Medien beschäftigen schlecht bezahlte Content-Verfasser*innen. Ganz zu schweigen von den „Klickarbeiter*innen“, für deren Arbeiten es meist nicht einmal eine Beschreibung gibt und die mit ein paar Euro vergütet werden, darunter etwa das Verfassen von Mini-Texten für Webshops oder das Suchen nach Fehlern in Apps.

Diese Arbeiten sind nicht nur ihrem Wesen nach prekär, oft werden auch noch die Mindeststandards, die selbst für solche freien Tätigkeiten zu gelten hätten, von den Anbietern unterlaufen, indem diese Offshore-Standorte als offiziellen Firmensitz angeben – der Betriebsort ist ja für ausschließlich online operierende Unternehmen beliebig wählbar. Alle diese Formen der digitalen Ausbeutung sind, wie gesagt, seit längerem bekannt. Auch der Kampf dagegen hat bereits begonnen und auch erste Erfolge gezeitigt, er lässt sich realistisch gesehen nur auf EU-Ebene erfolgreich führen, da stets internationale Kooperation erforderlich ist, um im scheinbaren Niemandsland des World Wide Web die nötigen Fairnessregeln durchzusetzen.

Worüber aber noch kaum diskutiert wird, ist die Tatsache, dass sich große, weltweit agierende Unternehmen mehr oder weniger unentgeltlich die Verfügungsgewalt über den wichtigsten Rohstoff des 21. Jahrhunderts gesichert haben, nämlich Daten. Ein Experte der Arena Analyse sieht in der entstandenen Situation eine Analogie zur Lage des frühen Industriekapitalismus um die Mitte des 19. Jahrhunderts: *„Damals stellten die marxistischen und sonstigen Kritiker des Kapitalismus fest: Der Profit landet nicht bei jenen, die eigentlich die Leistung erbringen, seien es die Ingenieure oder die Arbeiter in den Fabriken oder die Verkäufer der Endprodukte. Der Profit landet bei jenen, die sich das Eigentum an den Produktionsmitteln sichern konnten.“*

Auch im neuen Datenkapitalismus *„sind die wahren Profiteure jene, die sich den Zugriff auf das Produktionsmittel ‚Daten‘ sichern konnten. Die Fahrradboten, die das Essen ausliefern, verdienen kläglich wenig, die Restaurants, wo das ausgelieferte Essen gekocht wird, haben bestenfalls etwas Mehrumsatz, aber deutlich geringere Erträge – der Profit bleibt bei*

jenen, die überhaupt nichts zur Wertschöpfung beigetragen haben, sondern einfach nur eine Online-Plattform betreiben, auf der jemand ein Menü anklickt.“

Wie schon im Kapitel über die Digitalisierung ausgeführt, werden daher Menschen in Zukunft immer weniger bereit sein, die Informationen über ihr Online-Verhalten ohne Gegenleistung einfach zur Verfügung zu stellen. Ein Experte erwartet, dass *„es spätestens mit der übernächsten Novelle der Datenschutzverordnung völlig unmöglich werden wird, Userdaten zu erheben, ohne das den Usern zu vergüten. Ein Button, wo steht: ‚Erlauben Sie Cookies und wir schreiben ihnen 45 Cent gut‘ – das wäre der erste Schritt zur Anerkennung, wem die Daten wirklich gehören.“*

Leistbares Wohnen

Ein altes Problem, das sich vor allem in Folge des Klimawandels in den nächsten zehn Jahren verschärfen wird, sind, wie bereits erwähnt, die steigenden Wohnkosten. Schon seit Jahren klettern die Mieten wie auch die Preise für Wohnungen und Wohnhäuser deutlich schneller als die allgemeine Inflationsrate. Darin zeigte sich eine Spätfolge der Finanzkrise von 2008/2009, die bewirkte, dass riesige Summen an Spar- und Anlegergeldern vom Finanz- in den Immobiliensektor gingen. Wie immer bei solchen Bewegungen verstärkte sich der Trend aus sich selbst heraus, da die erhöhte Nachfrage nach (Anlage-)Wohnungen oder auch nach Immobilienfonds dort die Renditen wachsen ließ und das sogenannte „Betongold“ nur noch attraktiver machte. Die Anleger*innen trieben sich gegenseitig die Preise in die Höhe und schufen eine künstlich erhöhte Nachfrage nach Wohnungen, in denen die Käufer*innen gar nicht zu wohnen beabsichtigten.

Nach dem Lehrbuch sollte so eine Situation früher oder später zur Bildung einer „Blase“ führen und in einen plötzlich Kurssturz münden. In diesem Fall blieb Blasenbildung vor allem deshalb aus, weil die Nachfrage nach Wohnraum in städtischen Gebieten ebenfalls seit Jahren steigt, in den meisten Städten sogar schneller, als der Markt Wohnungen bereitstellen kann. Für die meisten europäischen Staaten gilt daher: Die Urbanisierung bildet eine langfristige strukturelle Ursache für die steigenden Wohnkosten, wie auch ein Beitrag zur Arena Analyse festhält: *„Urbane Räume erleben stetigen Zuzug. Das macht Wohnraum zum umkämpften Gut. Diese Situation wird sich in den nächsten Jahren kaum entspannen.“*

Es gibt eine Reihe von Gründen, warum Menschen wieder verstärkt in die größeren Städte ziehen. Schon immer waren Städte die wichtigeren Arbeitgeber, auch das kulturelle Angebot und die Freizeitmöglichkeiten (sieht man von Sportarten wie Wandern, Skilauf oder Radfahren ab) sind größer. In den letzten 20 Jahren wurden die Städte Mitteleuropas zudem systematisch immer lebenswerter und grüner. Mittlerweile lässt sich die paradoxe Situation beobachten, dass es in großen Städten autofreie Bereiche, große Parks und Radwege gibt, während in den Dörfern und

3. Neue soziale Fragen – und neue Antworten

Kleinstädten auf dem Land der Autoverkehr dominiert und es daher gefährlich ist, Wege mit dem Rad zu erledigen oder Kinder allein zum Einkaufen zu schicken.

Mit dem fortschreitenden Kampf gegen den Klimawandel werden sich beide Phänomene verstärken: Die Städte werden noch grüner werden, weil Baumpflanzungen und begrünte Fassaden zur Kühlung im heißen Sommer und zur Verbesserung der örtlichen CO₂-Bilanz nötig sind. Und wenn der Individualverkehr teurer und mühsamer wird, werden noch mehr Leute in die Stadt ziehen, wo es sich auch ohne Auto gut leben lässt.

Die großen und mittelgroßen Städte werden also gerade wegen des Klimawandels noch stärker wachsen, daher wird der Druck auf die Wohnungsmärkte dort weiter anhalten und Wohnungen tendenziell teuer machen. Dass Wohnbauten künftig klimaneutral sein müssen und daher sowohl Neubau als auch Sanierung zusätzlich Geld kosten, kommt noch erschwerend hinzu.

„Uns droht strukturelle Wohnungsnot“, hält ein Arena-Analyse-Experte fest, „auch halbwegs gut verdienender Mittelstand kann sich nur mehr kleine Wohnungen oder Wohnungen weit draußen am Stadtrand leisten. In den inneren Bezirken mehren sich dafür die Zweit- und Drittwohnungen von reichen Anlegern, die zum großen Teil leer stehen.“

Ähnlich heißt es in einem anderen Beitrag: *„Wohnen in innerstädtischen Räumen ist für die Mehrheit der Menschen nicht (mehr) finanzierbar. Das Wohnen an den Rändern steigert die Mobilitätsnotwendigkeit. Motorisierter Individualverkehr belastet den Raum und die Luft.“*

Gegenmaßnahmen können zum einen im Ausbau der ohnehin bestehenden Förderprogramme sowie im sozialen Wohnbau bestehen. Einige Expert*innen schlagen auch politische Maßnahmen zur effizienteren Nutzung des vorhandenen Wohnraums vor. Leerstehende Wohnungen werden als Missstand gesehen, ebenso deren touristische Nutzung – in beiden Fällen wären aber als Gegenmaßnahme relativ rigorose gesetzliche Eingriffe in das Verfügungsrecht der Eigentümer*innen über ihre Wohnungen nötig. Gefordert wäre aber auch *„eine neue Logik“*, die einen flexiblen, bedarfsgerechten Wechsel der Wohnung je nach Lebensphase erleichtert: *„Die Vorstellung vom Wohnraum im lebenslangen Eigentum erschwert neue alternative Wohnmodelle, die altersphasenadäquat benützt werden.“*

Soziales Unternehmertum

Corporate Social Responsibility, nachhaltiges Wirtschaften, Green Economy – Schlagworte gibt es genug, die uns mitteilen wollen, dass Unternehmen nicht nur Profit im Sinn haben, sondern gesellschaftliches Wohlergehen im weitesten Sinn. Denn dass die perfekte Gesellschaft aus der Summe wechselseitiger Egoisten entsteht und daher am besten jeder konsequent seinen persönlichen Vorteil verfolgen und das „aufgeklärte

Selbstinteresse“ zur Maxime erheben soll – daran glaubte bekanntlich nicht einmal Adam Smith, auch wenn ihm das immer wieder unterstellt wird.

Die Idee, dass Unternehmen auch gesellschaftliche Verantwortung haben, wird seit einigen Jahren von den sogenannten „Social Enterprises“ oder „Sozialen Unternehmen“ auf die Spitze getrieben, indem diese das Wörtchen „auch“ aus ihrem Mission Statement streichen und die soziale Verantwortung gleich von vornherein als das eigentliche Ziel ihrer Tätigkeit definieren. Dem Sozialen Unternehmertum wird eine wachsende Rolle zukommen, wenn es darum geht, die Lücke zwischen der Marktwirtschaft auf der einen und der soziale Versorgung auf der anderen Seite zu schließen, meinen Expert*innen der Arena Analyse: *„Soziale Unternehmen haben das Potenzial, innovative Lösungen für große Herausforderungen zu schaffen. Sie greifen dem Staat und der Gesellschaft unter die Arme und bauen eine Brücke zwischen klassischen NGOs und der Privatwirtschaft.“*

Wohlgemerkt verstehen sich diese Unternehmen nicht als wohltätige Förderer, die anders erwirtschaftetes Geld umverteilen wollen. Sie operieren sehr wohl profitorientiert, nur wird dieser Profit etwas anders gemessen, nämlich als Nutzen für die Gesellschaft insgesamt, allenfalls auch für das Ökosystem. Echte kaufmännische Gewinne werden in der Regel zur Gänze reinvestiert.

Bekannte Beispiele für Unternehmen dieser Art in Österreich illustrieren den Ansatz zweifellos besser, als das allgemeine Charakterisierungen könnten:

- ▶ magdas HOTEL ist ein Beherbergungsbetrieb am Rande des Wiener Praters, wo überwiegend anerkannte Flüchtlinge beschäftigt werden. Das Unternehmen bietet diesen Menschen Arbeitsplätze, aus denen nach Möglichkeit ein Start in eine selbstbestimmtes Leben in Österreich werden soll. Zudem bemüht sich das Hotel (unter anderem mit Veranstaltungen) um mehr Verständnis für die realen Verhältnisse rund um Asyl und Integration.
- ▶ Habibi und Hawara: Die mittlerweile sehr bekannte Wiener Restaurantkette mit drei Standorten beschäftigt geflüchtete Menschen, vorwiegend aus den Krisengebieten des Mittleren Ostens, weshalb die Küche auch „orientalisch und wienerisch“ gehalten ist. Gegründet ursprünglich von Österreichern, wird das Unternehmen mittlerweile von ehemaligen Flüchtlingen geführt, zwei von ihnen sind im Jänner 2020 sogar zu Mitgesellschaftern aufgestiegen.
- ▶ Die Compuritas GmbH in Graz hat ein Konzept der Kreislaufwirtschaft in der Computerindustrie entwickelt. Gerade im Bereich der IT-Ausrüstung erzeugt das rasche Tempo des technischen Fortschritts große Mengen an Elektro-Schrott – im Schnitt werden Geräte alle drei bis vier Jahre ersetzt. Compuritas organisiert die sinnvolle Weiterverwendung der alten, meist voll funktionstüchtigen Geräte, etwa in Schulen und gemeinnützigen Organisationen.

3. Neue soziale Fragen – und neue Antworten

- ▶ More Than One Perspective (MOTP) ist ein Unternehmen mit Sitz in Wien, das Unternehmen und geflüchtete Menschen am Arbeitsmarkt zusammenführt. Der Ansatz geht über die reine Jobvermittlung weit hinaus, MOTP begleitet beide Seiten und will aktiv Potenziale von Integration aufzeigen.
- ▶ Das Start-up Wisr hat sich auf die Jobvermittlung von älteren Menschen spezialisiert. Der Service wird von Firmen stark nachgefragt, die Mitarbeiter*innen mit besonderen Erfahrungen (zum Beispiel mit ausrangierter Computersoftware) suchen, außerdem von Menschen, die schon in Pension geschickt wurden, aber gern weiter arbeiten möchten.

Zitat aus einem Beitrag: „Mein Aufruf ist dieses Potenzial zu nutzen. Soziale Unternehmen mit einer starken positiven Wirkung und einem klaren Business Model brauchen Unterstützung bei der Skalierung. Nach und nach wachsen spannende Lösungen, aber diese werden meist nur lokal, in kleinen Communities angewendet. Wir stehen vor einer Vielzahl von Herausforderungen. Soziale Unternehmen können uns dabei helfen, diese zu lösen.“

Dazu brauchen die Sozialen Unternehmen aber bessere Rahmenbedingungen, vor allem, wenn sie wachsen und ihre Geschäftsidee skalieren wollen. In der Regel gestaltet es sich schwierig, Kapital für das Wachstum aufzutreiben, falls dieses nicht wieder von einem sozial motivierten Wohltäter kommt: *„Klassische Investor*innen haben soziale Unternehmen nicht auf ihrem Investmentradar, da Gewinn zu 100% ins Unternehmen rückinvestiert wird.“* Eine Skalierung (wenn also weitere Standorte gegründet oder der Output an der jeweiligen Dienstleistung vervielfacht wird) *„steigert im ersten Schritt zwar die soziale Wirkung, aber nicht unbedingt die Einnahmen.“*

Um das Potenzial sozialer Unternehmen steigern zu können, sollte unter anderem die Teilnahme an öffentlichen Vergabeverfahren für solche Unternehmen einfacher gemacht werden, fordern Expert*innen der Arena Analyse, zudem könnte die Entwicklung geeigneter Kennzahlen für die soziale oder ökologische Wirkung die Sichtbarkeit solcher Unternehmen erhöhen und das Bewusstsein stärken, dass es sich her nicht um wohltätige Vereine handelt, sondern um Wirtschaftsbetriebe, die ihre laufende Tätigkeit über Betriebseinnahmen finanzieren und ihre gesellschaftliche Nützlichkeit mit einem belastbaren Businessmodell verbinden.

4. Die Zukunft der Demokratie

Ein typisches und oftmals ironisch kommentiertes Charakteristikum der öffentlichen Debatte um den Klimawandel lässt sich auf die Formel bringen: „Es muss unbedingt etwas geschehen, aber nichts, was mich betrifft“. Selbst die Fridays-for-Future-Bewegung konzentriert ihre Aktivitäten in erster Linie darauf, Maßnahmen zu fordern, noch dazu meist eher unspezifisch von „der Politik“³.

Umgekehrt liegt das zögerliche Vorgehen von Regierungen und Parlamenten, nicht nur in Österreich, vor allem daran, dass die meisten konkreten Maßnahmen zur Verringerung von CO₂ nicht unbedingt populär sind. Das gilt vor allem für den Verkehr. „Die Politik soll endlich handeln“ lässt sich leicht auf ein Plakat schreiben, aber wenn dieselben Menschen persönlich von Tempolimits, Fahrverboten, teurerem Benzin, City-Maut oder ähnlichem betroffen sind, werden sie vermutlich verärgert bis wütend reagieren – und nicht etwa freudig darüber applaudieren, dass ihre Forderung so rasch umgesetzt wurde.

In der Klimapolitik braucht es daher großes politisches Geschick, um ein ausreichendes Maß an Akzeptanz zu erzielen. Wobei der Begriff „Geschick“ in die Irre führt, denn es geht nicht um Fragen der Taktik oder der raffinierten Medienkommunikation, sondern um das tatsächliche Aushandeln von Lösungen. Das Einbeziehen der Betroffenen – das sind in diesem Fall sämtliche (interessierten) Bürger*innen – ist der eigentliche Schlüsselfaktor, um den Wandel des Blicks von „die Politik soll...“ zu „wir werden...“ zu vollziehen.

Partizipation wird also in der Politik der nächsten Jahre vermehrt eine Rolle spielen. Der Klimawandel verstärkt solcherart einen Trend, der sich schon seit einigen Jahren beobachten lässt: Die Art, wie politische Entscheidungen zustande kommen, durchläuft einen fundamentalen Wandel. Die Digitalisierung unterstützt diesen Wandel in zweifacher Hinsicht: Zum einen stellt die Datenwirtschaft mit ihren Gefahren für Demokratie und Persönlichkeitsrechte eine Herausforderung dar, der sich nur mit Druck von der Basis begegnen lässt. Zum anderen aber liefert die Digitalisierung genau jene Instrumente, die politische Partizipation in größerem Stil überhaupt möglich machen.

„Man könnte sagen, dass die Art, wie wir Politik machen, gerade neu erfunden wird“, hält ein Arena-Analyse-Experte fest, „immer mehr Menschen sind unzufrieden mit den bestehenden Prozessen der Entscheidungsfindung, das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der traditionellen Institutionen schwindet. Gleichzeitig wächst das Bewusstsein, dass Gefahren für die

³ Inzwischen arbeiten Vertreter*innen der Bewegung sehr wohl auch an konkreten Lösungen mit, etwa bei der Initiative „Klimafreundliche Landwirtschaft“

4. Die Zukunft der Demokratie

Demokratie insgesamt drohen, wenn es nicht gelingt, neue Prozesse zu entwickeln.“

Beim Kampf gegen den Klimawandel hat vor allem die Fridays-for-Future-Bewegung im Verein mit dem Vorbild Greta Thunberg zu einer Politisierung eines Teils der Jungwähler*innen geführt, schreibt ein Arena-Analyse-Experte, *„sie erleben sich jetzt als aktiver Bürger, die entschlossen sind, die Dinge selber in die Hand zu nehmen.“*

Somit kommen *„Push und Pull Faktoren für die Entstehung neuer Beteiligungsformen in der Politik“* (Zitat aus einem Beitrag) zusammen: Die Politik wird Instrumente der direkten Bürger*innenbeteiligung brauchen, damit die zur Erreichung der Klimaziele notwendigen kontroversiellen Maßnahmen ausreichend breit abgesichert sind. Und umgekehrt werden die Bürger*innen einfordern, bei diesen wichtigen Fragen mitreden und mitdiskutieren zu dürfen. Eine rein medial vermittelte öffentliche Debatte, bei der die Betroffenen nur als Zuschauer dabei sind, genügt nicht mehr. Noch weniger reicht jene lang gewohnte Vorgangsweise, für die der französische Politologe Pierre Rosanvallon den Begriff *„Genehmigungsdemokratie“* geprägt hat: Die Regierenden (gemeint sind hier Regierungen und Parlamente) entscheiden allein. Von den Bürger*innen erhalten sie erst am Ende der Legislaturperiode die Genehmigung für ihre Politik in Form einer Wiederwahl, oder aber eine nachträgliche Absage durch Wahlniederlage.

Die Formulierung, dass die Politik gerade *„neu erfunden“* wird, mag überzogen klingen, tatsächlich aber durchläuft vor allem Europa derzeit eine Phase des politischen Experimentierens im kleinen und größeren Maßstab. In kleinen Kommunen und großen Städten, in Regionalprovinzen und sogar auf nationalstaatlicher Ebene werden in wachsender Zahl Instrumente erprobt, die zweierlei leisten sollen: Erstens das Wissen und die Erfahrung von möglichst vielen Betroffenen für das Finden optimaler Lösungen zu heben. Zweitens durch offene Diskussion einen Interessensausgleich zu schaffen, der zuletzt Kompromisse möglich macht, die zumindest als fair empfunden werden.

Ein Arena-Analyse-Experte schreibt: *„Im Bereich der Umweltethik⁴ werden auf verschiedenen Ebenen Antworten für das Akzeptanzproblem gesucht. Ein Teil der Arbeiten zu diesem Thema beschäftigt sich mit der Hypothese ‚vermehrte Akzeptanz durch faire Verteilung‘ (von Ressourcen, Kosten, Lasten). Eine weiterer Ansatz lautet ‚Akzeptanz durch gerechte Entscheidungsprozesse‘. Besonders Arbeiten im Bereich Governance*

⁴ So nennt sich eine relativ junge Disziplin, die ethische Fragen für den richtigen (also verantwortungsvollen) Umgang mit der nichtmenschlichen Umwelt zu klären sucht. Die Probleme werden dabei philosophisch, gesellschaftspolitisch und rechtlich-normativ untersucht.

beschäftigen sich mit der Rolle partizipativer Prozesse in Hinblick auf gesellschaftliche Steuerung.“

Zwei Formen neuer Politik sind es vor allem, die in Zukunft das Repertoire bereichern werden und schön langsam dem Experimentierstadium entwachsen: Zum einen das „Mitreden“ im eigentlichen Sinn, also diverse Formen der Partizipation, die zu einem sehr frühen Stadium der Entscheidungsfindung einsetzen, wo daher Ideen, Kritik und Anregungen sehr umfassend eingebracht werden können. Und zum anderen das Prinzip der „Randomized Selection“, bei der Entscheidungen einem Gremium übertragen werden, das nicht gewählt, sondern durch repräsentative Zufalls-Auswahl erstellt wird.

Jeder darf Politik machen

Die Idee, die Basis, die „Menschen draußen“, mit ihrer Alltagserfahrung in die Politik einzubinden, ist so alt wie die moderne Demokratie selbst. In gewisser Weise waren schon die Massenparteien traditionellen Typs mit ihren Flächenorganisationen aus Ortsgruppen und Sektionen darauf ausgerichtet, den Willen der Mitglieder durch die Gremien nach oben zu tragen. Im Jahrzehnt nach der Jahrtausendwende tauchten dann neue Parteien auf, die in der Euphorie der ersten Phase der Digitalisierung als gänzlich von unten gesteuerte Bewegungen Politik machen wollten, etwa die Piratenpartei in Deutschland oder in ihren Anfängen die italienische Cinque-Stelle-Bewegung.

Diese Versuche erwiesen sich aber als untauglich und zu plump, vor allem, weil sie einen Fehler wiederholten, der auch den etablierten basisdemokratischen Instrumenten anhaftet, also dem Volksbegehren und der Volksabstimmung: Sie zwingen die Bürger*innen oder die Parteibasis zu Entscheidungen, wo diese lieber diskutieren wollen. Damit wird zwar der Bürger*innenwille in gewisser Weise in die Politik transportiert, dafür geht aber der größte Vorteil verloren, den die repräsentative Demokratie aufweist, dass nämlich Entscheidungen von Expert*innen inhaltlich vorbereitet werden. Denn bei all ihren sonstigen Nachteilen gewährleistet die „Genehmigungsdemokratie“ immerhin, dass Probleme in kleinen Zirkeln erörtert werden können, lange bevor sie Gegenstand einer öffentlichen Kontroverse werden. Dabei können sowohl die voraussichtlichen Folgen einer Maßnahme untersucht und alternative Ansätze verglichen werden, als auch Interessen von organisierten Gruppen eingebracht und abgetauscht werden. Die Regierenden wissen, dass sie für misslungene Reformen mit Stimmverlusten bestraft werden. Dieses System kann vor allem dort gute Ergebnisse bringen, wo es um sachlich-technokratische Fragen geht. Gesellschaftliche Prioritäten lassen sich durch Expert*innenpolitik nicht setzen.

Umgekehrt hat das Brexit-Referendum von 2016 gezeigt, was passiert, wenn das Volk über Fragen entscheiden soll, bei denen es die Folgen nicht

4. Die Zukunft der Demokratie

realistisch abschätzen kann, vor allem, wenn dann noch dazu keine Alternativen zur Wahl stehen, sondern eine reine Ja-Nein-Entscheidung verlangt wird. Zwar legen die Umfragen und die letzten britischen Unterhauswahlen den Schluss nahe, dass letztlich eine Mehrheit der Engländer*innen sowie der Bewohner*innen von Wales den Austritt ihres Landes aus der EU begrüßt (in Schottland ist das bekanntlich anders). Doch selbst die heftigsten Brexit-Befürworter*innen räumen ein, dass sich bei der Abstimmung 2016 niemand ernstlich vorstellen konnte, wie sich die Entscheidung tatsächlich auswirken wird. Wie die Verhandlungen in den Jahren 2018 und 2019 zeigten, hat ja selbst die Regierung von Theresa May die Möglichkeiten zur Gestaltung der Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien nach einem Austritt völlig falsch eingeschätzt.

Gute Partizipationsmethoden müssen also beides ermöglichen: Expertise und Sachwissen einbringen und so viele wie möglich mitreden lassen. Das gelingt – je nach Aufgabenstellung – sehr gut mit offenen Workshops, Bürger*innenkonventen und Online-Beteiligung. Die Forderung „so viele wie möglich“ steht keineswegs im Widerspruch zum Format des Bürger*innenkonvents oder der Bürger*innenversammlung, wo ja realistischerweise kaum mehr als 60 oder 70 Personen teilnehmen können. Gelungene Projekte dieses Typs setzen einfach mehrere Termine an unterschiedlichen Orten an und vervielfachen damit die Zahl der Teilnehmenden. Wenn vorwiegend Ideen gesammelt werden sollen oder es darum geht, die Stimmungen und Meinungen in der betroffenen Bevölkerung zu erheben, dann liefert eine Gruppe von 70 in der Regel bereits ausreichend viel Input und ein brauchbares Bild der Bedürfnisse und Bedenken.

Für eine wirklich große Zahl an Beteiligten stellen Online-Verfahren ein probates Mittel dar. Wenn Vorschläge online zur Diskussion gestellt werden, ist die Zahl der Teilnehmenden theoretisch unbegrenzt, das einzige Limit liegt in der Kapazität der Verantwortlichen (also der Stadtverwaltung, des Parlaments, der Regierung), die einlangenden Ideen auch zu verwerten. Online-Verfahren bieten zudem den Vorteil, dass die Teilnehmenden die gestellten Fragen oder die vorgelegten Papiere daheim in aller Ruhe studieren und gut überlegte Antworten geben können. Gute Partizipations-Tools sind immer auch Diskussions-Plattformen, sodass auch ein Online-Dialog (ähnlich wie bei einem Chat-Forum) zwischen den Teilnehmenden möglich ist. Ein Arena-Analyse-Experte: *„Der Bedarf an solchen Online-Beteiligungsformen nimmt stark zu, davon werden wir in den nächsten Jahren immer mehr erleben.“*

Als Beispiele dürfen die Millionenstädte Paris und Barcelona genannt werden, wo regelmäßig politische Frage online den Bürger*innen zur Beantwortung vorgelegt werden. Das Pariser Modell sieht sogar die Abstimmung über einen gar nicht so kleinen Teil des kommunalen Budgets auf Ebene der Arrondissements vor. Dabei werden im ersten Schritt Projektideen gesammelt (vom neuen Radweg bis zum Bau eines neuen

Begegnungszentrums) und eine erste Vorauswahl getroffen, dann werden diese Ideen so weit entwickelt, dass sich die Kosten abschätzen lassen. Und im dritten Schritt dürfen die Bürger*innen abstimmen, welche Teile des vorgegebenen Budgets für welches Projekt bereitgestellt werden sollen.

Eine Herausforderung für alle diese Formen von Bürger*innebeteiligung besteht darin, Nicht-Eliten einzubinden. Die Teilnahme an einem Workshop oder an einer Online-Konsultation erfordert in der Regel sowohl intellektuelle als auch zeitliche Ressourcen, kann sogar Geld kosten, zum Beispiel, wenn man dafür in die Hauptstadt reisen muss. Daher muss das Projektdesign von vornherein auf Menschen Rücksicht nehmen, die sich vermutlich nicht melden würden, wenn sie nicht gezielt und aktiv einbezogen werden – also etwa Arbeitslose oder Menschen mit sehr geringen Einkommen, Menschen mit Behinderungen (für die das Aufsuchen eines Veranstaltungsorts schwierig sein kann, oder für die vielleicht auch eine ganztägige Gruppenarbeit körperlich stark fordernd ist), alte Menschen, die mit Computer und Online-Posting nicht vertraut sind. Für die genannten Probleme gibt es probat und in der Regel sogar einfache Lösungen – sie müssen lediglich mitgedacht und vorab berücksichtigt werden.

Manche Partizipationsprojekte laufen über einen längeren Zeitraum und umfassen regelmäßig wiederkehrende Veranstaltungen – das trifft typischerweise auf Bürgerdialoge zu, die etwa ein städtisches Bauvorhaben in der Planungsphase begleiten sollen. In solchen Fällen, so warnt ein Arena-Analyse-Beitrag, *„muss darauf geachtet werden, dass es ausreichende Fluktuation bei den Teilnehmenden gibt. Wenn immer dieselben Personen zusammentreten, entstehen Gremien, und das wäre in diesem Fall schlecht“*.

Erfolgsmodell Bürgerrat

Offene Konsultationen oder Diskussionsforen von Bürger*innen können immer nur informelle Ideenbringer sein, niemals Entscheidungen treffen, weil sie dazu nicht legitimiert sind. Die Teilnehmer*innen wurden weder als Repräsentanten gewählt, noch sind sie im statistischen Sinn repräsentativ für die Gesamtbevölkerung.

Zweiteres ließe sich aber bewerkstelligen: Es ist ganz leicht möglich, mit Hilfe von vorher festgelegten Quoten durch Zufallsauswahl eine Sample von Personen zusammenzustellen, die ihre Stadt oder ihr Land nach demografischen Kriterien repräsentieren. Diese Methode wird auch tatsächlich immer öfter angewandt, um Bürgerräte zu installieren, die nach dem Vorbild der Citizens' Assembly von Irland als formal befugtes Beratergremium einer Regierung oder eines Parlaments fungieren sollen.

Bürgerräte mit zufällig ausgewählten repräsentativen Teilnehmenden wurden zum Beispiel im Oktober 2019 in Frankreich und Schottland installiert, und zwar jeweils auf nationaler (bzw. im Fall von Schottland auf teilstaatlicher) Ebene. Im Jänner 2020 wurde auch in Großbritannien eine Citizens' Assembly einberufen, bei der es wie in Frankreich um eine

4. Die Zukunft der Demokratie

Klimaschutzstrategie geht. In Schottland wird die Zukunft des Landes nach dem ihm aufgezwungenen Brexit erörtert. In Deutschland wollen die Bundesländer Saarland und Thüringen Bürgerräte als dauerhafte Instrumente der Politik einrichten.

Einen deutlichen Schritt weiter ging die Stadt Groningen in den Niederlanden. Dort wurde – einstweilen als Experiment – dem frei gewählten Gemeinderat ein zweites, gleich starkes Gremium von zufällig ausgewählten Bürgern und Bürgerinnen beigelegt. In der sogenannten Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien⁵ wurde der Bürgerrat sogar zu einer offiziellen zweiten Parlamentskammer gemacht – es gibt dort also einerseits gewählte und andererseits ausgeloste Abgeordnete.

Die auf den ersten Blick befremdlich wirkende Idee gewinnt an Plausibilität, wenn man sich den Begriff der Repräsentativität vor Augen hält. Bei Wahlen haben typischerweise nie alle Bevölkerungsgruppen die gleichen Chancen, tatsächlich in die Abgeordnetenversammlung oder gar in die Regierung zu gelangen. In einem funktionierenden Parteiensystem werden gewählte Politiker*innen zwar von Gruppen aufgestellt, die ihrerseits einen Teil der Bevölkerung vertreten, trotzdem kommen dabei vor allem Menschen zum Zug, die besonders aktiv sind, hohe Ressourcen für ihre politischen Ambitionen einsetzen oder die Politik sogar als Beruf gewählt haben – also durchwegs bereits einer Elite angehören. Dadurch besteht stets ein gewisses Spannungsverhältnis zum Ideal der Demokratie: Diese Staatsform versteht sich als System, in dem das Recht „vom Volk ausgeht“. Tatsächlich aber begünstigen die Auswahlmechanismen der politischen Institutionen die Angehörigen von Eliten. Durch ein zweites Gremium, das tatsächlich im demografischen Sinn repräsentativ für die Bevölkerung ist, wird dieser Mangel ausgeglichen.

Lehren der Verhaltensökonomie

Ein Beitrag der Arena Analyse mahnt einen Paradigmenwechsel auch in der Verwaltung ein: *„Ein wichtiges, unterbelichtetes Thema mit weiterem Potenzial wäre es, die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse der sogenannten ‚Verhaltensökonomischen Revolution‘ zu nutzen, um die Verwaltung zu modernisieren und die politischen Zielsetzungen bürgernäher und effizienter zu erreichen.“* Die Erkenntnisse der Verhaltensökonomie haben in den letzten zwanzig Jahren die Wirtschaftswissenschaften gründlich verändert. Vor allem wurde die Fiktion des „Homo oeconomicus“ aus den ökonomischen Erklärungsmodellen ebenso verdrängt wie auch aus der Politologie. Dass Menschen in der realen Welt irrational oder sogar zu ihrem eigenen Nachteil entscheiden, war zwar auch der klassischen Theorie nicht

⁵ Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist neben den Gemeinschaften der Flamen und der Wallonen der dritte offizielle Teilstaat Belgiens, der allerdings wegen seiner Kleinheit (knapp 78.000 Bewohner) in der Regel kaum für internationale Aufmerksamkeit sorgt.

verborgen geblieben, doch wurde das stets als Folge von mangelnder Information oder mangelnder Reflexion gesehen. Hätte die fragliche Person gewusst oder durchschaut, was ihre Entscheidung bewirkt, so wäre diese anders ausgefallen – so lautete lange Zeit ein Axiom, das in viele volkswirtschaftliche Formeln ebenso einfluss wie in politische Strategien.

Dank der Arbeiten der Verhaltensökonom*innen wurde inzwischen eine Fülle von Verhaltens- und Entscheidungsmustern zutage gefördert, die auch scheinbar irrationale Entscheidungen einer Erklärung zugänglich machen und neues Wissen über die Strategien zutage gefördert hat, mit denen Menschen im Alltag tatsächlich zu Entscheidungen kommen – zum Beispiel die Anwendung von aus der Erfahrung gewonnenen Faustregeln oder die Auflösung von Widersprüchen zwischen kurz- und langfristigen Interessen.

Eine übergreifende Systematik fehlt noch, doch immerhin wurden bereits dreimal Wirtschaftsnobelpreise an bedeutende Vertreter*innen der Verhaltensökonomie vergeben. Im Jahr 2002 ging der Preis an Daniel Kahnemann, der seine Theorie der mentalen Muster, die rasches Entscheiden ermöglichen, später auch im populärwissenschaftlichen Bestseller „Schnelles Denken, langsames Denken“ einem breiten Publikum nähergebracht hat. 2017 ging der Nobelpreis an Richard Thaler, einen der Begründer der Verhaltensökonomie, der vor allem mit dem von ihm geprägten Begriff „Nudging“ berühmt wurde⁶. Auch die Nobelpreisträgerin 2019, Esther Duflo, kann im weiteren Sinn dieser Schule zugerechnet werden.

Mittlerweile sind zentrale Begriffe aus den unterschiedlichen verhaltensökonomischen Ansätzen auch in den Alltagssprachgebrauch eingedrungen, allen voran das erwähnte „Nudging“, abgeleitet vom englischen Verb „to nudge“, das so viel wie „jemanden anstupsen, jemanden sanft drängen“ heißt. Umgelegt auf die Politik bedeutet Nudging, Anreize für ein gewünschtes Verhalten der Bürger*innen zu setzen, ohne deshalb Verbote oder Strafen in Form von höheren Steuern einsetzen zu müssen. Nudging wird vor allem von liberalen Theoretiker*innen gelobt, weil es dort, wo es gelingt, den Widerspruch zwischen Freiheit und Bevormundung überbrückt.

Ein gutes Beispiel für Nudging: In Dänemark wurden auf vielen Straßen rund um die angebrachten Mistkübel grüne Fußabdrücke auf den Boden gemalt. Tatsächlich ging damit das Aufkommen von Müll auf der Straße massiv zurück.

In vielen Städten – so auch in Wien – wurden gute Erfahrungen mit Fußgängerampeln gemacht, unter denen eine Digital-Display die Sekunden bis zur nächsten Grünphase anzeigt. Die Zahl der Fußgänger*innen, die ungeduldig bei Rot über die Straße liefen, nimmt mit solchen Geräten

⁶ Auch von Thaler gibt es Bücher, die für Nichtwissenschaftler gut lesbar sind, zum Beispiel „Nudge: Improving Decisions About Health, Wealth, and Happiness“ (2009) oder „Misbehaving: The Making of Behavioral Economics“ (2017).

4. Die Zukunft der Demokratie

deutlich ab. Es ließe sich leicht ausmalen, wie sich das Mobilitätsverhalten von Autofahrer*innen verändern würde, wenn sich an einem Display auf der Stoßstange ablesen ließe, wieviel CO₂ dieser Wagen im jeweiligen Monat bereits ausgestoßen hat...

Ein weiterer verhaltensökonomischer Fachbegriff, der inzwischen in der Alltagssprache Karriere macht, ist „Framing“. Damit wird das Phänomen beschrieben, dass eine Entscheidung wesentlich davon beeinflusst wird, in welchem „Rahmen“ ein Problem oder auch ein Produkt vorgestellt wird, in welchem Zusammenhang es steht und welche Deutung es erhält. Wenn jemand Kaugummi an Kinder und Jugendliche verkaufen will, sollte er das Produkt ins Regal mit den Naschsachen legen. Wenn Erwachsene die Zielgruppe sind, positioniert man es besser neben der Zahncreme und „frammet“ es so als Mittel zum Entfernen von Plaque. Menschen, die niemals zu Kaugummi greifen würden, solange sie ihn im Rahmen von Gummibärchen und Himbeerzuckerln wahrnehmen, nutzen ihn sehr wohl, wenn er für sie unter den Rahmen „Zahnhygiene“ fällt.

Ein sehr typisches Beispiel für Framing lässt sich in der österreichischen Innenpolitik aus dem Jahr 2015 finden, wo es allerdings noch gar nicht als „Framing“ bezeichnet wurde, weil der Begriff noch zu wenig vertraut war. In diesem Jahr kamen rund 95.000 Flüchtlinge nach Österreich. Das sind ungefähr so viele Menschen, wie ein größeres Fußballstadion Zuschauer fasst. Es ist aber auch ungefähr die Einwohnerzahl von Klagenfurt. Ob jemand eine Asylsituation wie 2015 als „sehr kritisch“ oder als „halb so wild“ einstuft, hängt ohne Zweifel davon ab, ob man ihm sagt: „Man müsste eine Stadt wie Klagenfurt bauen, um die alle unterzubringen“, oder ob man ihm sagt: „Die Zahl der Flüchtlinge würde in jedes größere Fußballstadion passen.“ Raffiniert daran ist, dass es sich jeweils um harte, überprüfbare Fakten handelt, es wird also nicht geschummelt, nichts wird schön- oder schlimmgerechnet, die Fakten werden lediglich in einen anderen Bezugsrahmen gestellt.

Die Macht des Framings ist in der Politik natürlich seit langem bekannt, relativ neu ist lediglich der Begriff, der es aber nun auch leichter möglich macht, rhetorische Strategien zu durchschauen und aufzudecken. In der öffentlichen Kommunikation, aber auch in der Kritik und im öffentlichen Diskurs werden die Erkenntnisse über Framing ohne Zweifel künftig eine wichtigere Rolle spielen.

Der Wert des Nudging-Konzepts für politische Maßnahmen wurde noch nicht einmal ansatzweise ausgeschöpft, wie ein Arena-Analyse-Beitrag mahnt: *„Die klassischen Instrumente der Politik wie Gebote, Verbote, Normen, Regulierungen oder Staatsausgaben mit der Gießkanne werden bis heute eher für einen fiktiven Einheitsmenschen konzipiert, der de facto mit der Wirklichkeit wenig zu tun hat. Die Folgen sind ein teurer Vollzug, ein Auswuchs an Bürokratie und frustrierte Bürgerinnen und Bürger, weil ihre Steuergelder nicht zielgerichtet eingesetzt werden.“*

Wenn stattdessen Nudging und auch andere aus der Verhaltensökonomie abgeleitete Verfahren eingesetzt werden, *„könnten etwa Gesetze und Verordnungen eingespart, oder politisch so gestaltet werden, dass sie für Bürgerinnen und Bürger anschlussfähig sind, also verstanden werden und auch die gewünschten Verhaltensreaktionen hervorrufen.“*

Die wissenschaftlichen Voraussetzungen für einen solchen Paradigmenwechsel wurden in Österreich vor kurzem geschaffen. „Insight Austria“ nennt sich ein neues Kompetenzzentrum für Verwaltungsökonomie, das am Institut für Höhere Studien (IHS) eingerichtet wurde. Es befasst sich vorwiegend mit der praktischen Umsetzung der neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse für Politik und Verwaltung, soll aber auch empirische Studien und Grundlagenforschung betreiben. Vielleicht kommen ja die Wirtschaftsnobelpreisträger*innen der nächsten Generation wieder aus Wien.

5. Leben in der Migrationsgesellschaft

Die Konjunkturzyklen der politischen Themensetzung sind typischerweise kurz. Langzeitphänomene und wirklich tiefgreifende Veränderungen tauchen daher immer wieder mit unterschiedlicher Dringlichkeit auf der öffentlichen Agenda auf und verschwinden wieder, obwohl die dahinter liegende Entwicklung weitergeht. Die Migration nach Europa wurde in den Jahren 2015 bis 2017 als großes Problem wahrgenommen, wurde dann 2017 und 2018 von Rechtsparteien ständig neu aktualisiert und verschwand schließlich von den Titelseiten der Tageszeitungen.

Tatsächlich ging in Österreich die Nettozuwanderung (also der Saldo aus Eingewanderten und Ausgewanderten) seit 2015 ganz massiv zurück, wie folgende Aufstellung zeigt:

2018 – 35.301, davon 8.014 aus Nicht-EU-Ländern
2017 – 44.630, davon 16.255 aus Nicht-EU-Ländern
2016 – 64.676, davon 35.371 aus Nicht-EU-Ländern
2015 – 113.000, davon 54.471 aus Nicht EU-Ländern

Für das Jahr 2019 zeigt die Tendenz weiter nach unten. Personen, die Asylanträge gestellt, aber noch keinen positiven Bescheid erhalten haben, sind in dieser Statistik nicht enthalten, lediglich die tatsächlich zugewanderten Personen. Gerade um die Asylwerber*innen auf der Warteliste drehte sich aber in den vergangenen Jahren ein großer Teil der politischen Diskussion. Auch hier ist die Lage vor allem deshalb ruhiger geworden, weil die Zahlen stark abnehmen: 2015 haben 88.000 Personen Asylanträge gestellt, 2019 waren es 13.000 Personen.

Die öffentliche Aufmerksamkeit wurde dabei vor allem auf die sogenannte „Balkanroute“ gelenkt, auf der Menschen aus Südosteuropa nach Österreich, bzw. in die EU einwandern wollten und wollen, die aus dem Kriegsgebiet in Syrien und Irak flüchten. Ebenso schlagzeilenträchtig ist die „Mittelmeerroute“, die von Menschen aus Afrika als Weg nach Europa gewählt wird.

In beiden Fällen liefert der Fluchtweg scheinbar auch die Erklärung für die jeweiligen Migrationsströme: Die einen fliehen vor Krieg und Verfolgung, die anderen wollen dem Elend ihrer Failed States in Nordafrika oder am Südrand der Sahara entkommen. Diese Fixierung auf konkrete Auslöser übersieht, dass Migration ein ständiges Phänomen der modernen Welt⁷ ist, das auch ohne Anlass ständig stattfindet. Das Gesamtausmaß hat in den letzten Jahrzehnten zugenommen, was aber in hohem Ausmaß lediglich der

⁷ Und natürlich schon seit Millionen von Jahren eine Konstante in der Menschheitsgeschichte darstellt – sonst hätte sich Homo sapiens nicht von Ostafrika über den gesamte Globus verbreitet.

Tatsache geschuldet ist, dass es sich heute leichter reisen lässt als im 19. Jahrhundert oder davor – das gilt auch für Auswanderer*innen aus sehr armen Regionen.

Angesichts der Bedeutung, die das Phänomen der Migration für die Gesellschaft der Industriestaaten hat, ist es erstaunlich, dass über die Ursachen und Motive sehr wenig geforscht wird⁸. Als sehr allgemeines, abstraktes Erklärungsmuster hat sich das sogenannte Push-Pull-Modell etabliert: Der Entschluss zum Weggehen wird dann getroffen, wenn einerseits Gründe vorliegen, warum das Leben in der Heimat nicht mehr erträglich erscheint (die Push-Faktoren) und andererseits Aussichten oder Hoffnungen, es anderswo besser zu treffen (Pull-Faktoren).

In der Praxis gibt nur selten ein einzelner Faktor den Ausschlag – sieht man von vernichtend katastrophalen Ereignissen ab, wie Naturkatastrophen, Kriegen oder der gezielten Verfolgung von klar definierten Bevölkerungsgruppen. In diesen Fällen, die oft, aber nicht immer, die internationale Aufmerksamkeit auf sich ziehen, flieht übrigens die Mehrheit der Menschen ins Nachbarland und macht sich nicht sofort auf den Weg in einen anderen Erdteil.

Für die Entscheidung zum Auswandern in ein fernes Industrieland müssen in der Regel Pull-Faktoren wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit und Armut auf der einen Seite sowie begründete Hoffnung auf der anderen Seite (weil man weiß, dass im Zielland Arbeitskräfte gebraucht werden, weil man dort bereit jemanden kennt, etc.) zusammentreffen. Migration ist immer das Ergebnis einer komplexen Kombination von Faktoren. Dass es so einfach geworden ist, mit Menschen in den Zielländern zu kommunizieren, hat interessanterweise (und bedauerlicherweise) nicht dazu geführt, dass in den Herkunftsländern realistischere Bilder über die Zustände im ersehnten neuen Land und die dortigen Chancen für Neuankömmlinge entstanden wären, immer noch stellen Wunschträume von einem Leben in Wohlstand einen wichtigen Pull-Faktor dar.

Eine amerikanische Studie aus dem Jahr 2018⁹ kommt zu dem Ergebnis, dass „die Stereotype über mittellose Analphabeten, die aus den entlegensten Winkeln ihrer Länder in die urbanen Zentren der Industriestaaten kommen, der Realität nicht standhalten“. Die nicht wirklich erfreuliche Begründung: Die Ärmsten, noch dazu, wenn sie in rückständigen Regionen leben, bringen in der Regel weder die finanziellen noch die intellektuellen Voraussetzungen mit, um den herrschenden Zuständen zu entfliehen: „Für die grenzüberschreitende Süd-Nord-Migration ist in der

⁸ *Lange Zeit wurde beispielsweise versucht, mit den Begriffen der ökonomischen Theorie die individuelle Entscheidung zur Migration zu formalisieren, es gibt außerdem entscheidungstheoretische Wandermodelle. Allesamt eignen sie sich nur bedingt zur Analyse von realen Migrationsströmen.*

⁹ *Francesco Castelli, Drivers of migration: why do people move?*

5. Leben in der Migrationsgesellschaft

Regel ein gewisses Niveau an Unternehmungsgeist, Bildung sowie sozialer und finanzieller Unterstützung nötig. Dieses Phänomen hat den positiven Aspekt, dass Einwanderer meist ein höheres Maß an Fähigkeiten mitbringen, als ihnen die Ankunftsländer zutrauen. Der negative Aspekt besteht darin, dass die lokale Entwicklung weiter erschwert wird, wenn es die jeweils Besten einer Region sind, die weggehen.“

Allerdings bedeutet Migration längst nicht mehr, alle Brücken hinter sich abubrechen und in eine unbekannte Ferne zu ziehen. Die Kontakte zur Familie im Herkunftsland bleiben meist nicht nur bestehen, sie bilden sogar oft den zentralen Anker für das gesamte Migrations-Abenteuer: Größere Familien schicken einen oder zwei junge Familienmitglieder (meist erwachsene Söhne) in ein Industrieland, damit diese dort Geld verdienen und damit die Familie unterstützen, die ihrerseits davor die Migration finanziert hat. Der Migrationsforscher Oded Stark (derzeit an der Universität von Warschau) hat als einer der ersten in diesem Sinn die Familie als den eigentlichen Akteur von Migrations-Strategien und -entscheidungen identifiziert und auch nachgewiesen, dass auf diese Weise ein ökonomischer Kreislauf entstehen kann, der dem einseitigen Brain Drain durch die Abwanderung der Talentiertesten entgegenwirkt. Stark wies beispielsweise auch nach, dass eine besonders restriktive Migrationspolitik Migrant*innen dazu anregt, tendenziell mehr zu sparen und weniger Geld auszugeben, was die positive Wirkung von Migration auf den Inlandskonsum abschwächt¹⁰.

Migration ist also nicht (nur) die Folge von Kriegen und Katastrophen, sondern ein ständiger Vorgang in menschlichen Gesellschaften, wie auch ein Beitrag zur Arena Analyse festhält: *„Jahrhunderte, vielleicht auch Jahrtausende lang konnten wir mehr oder weniger nichtsahnend so tun, als bestünde Migration aus Einzelereignissen, die vielleicht manchmal plötzlich auftreten oder kumulieren und dann hohe Aufmerksamkeit erreichen.“*

Europa und damit Österreich werden also auch in der Zukunft Zielländer für Migration bleiben, weil einerseits die Nachfrage nach Einkommenschancen durch Migrationswillige anhält und zweitens Zuwanderung auch in allen europäischen Ländern gebraucht wird. Die österreichische Pensionssicherungskommission hält Jahr für Jahr nüchtern fest, dass die langfristige Finanzierung der Pensionen problemlos gesichert sei – vorausgesetzt, es findet eine jährliche Nettozuwanderung von rund 55.000 Personen statt. Da liegt Österreich nur schon das dritte Jahr deutlich drunter. Im Hinblick auf die Sozialsysteme erweist sich also die stark restriktive Zuwanderungspolitik als einigermaßen riskant. Etwas pointiert könnte man schreiben: Österreich braucht mehr Zuwanderung ins Sozialsystem. Allerdings ist es auch ein Fehler, lediglich die Beiträge in die diversen sozialen Kassen als Grund für die Notwendigkeit von Zuwanderung zu sehen. Österreich ist auch aus vielen anderen Gründen daran interessiert, die Gesamtbevölkerung stabil zu halten. Am Beispiel aussterbender Dörfer

¹⁰ Oded Stark, Lukasz Byra; *Can a Deportation Policy Backfire?*; Bonn 2019

lässt sich ablesen, wie ein Land mit schrumpfender Bevölkerung aussehen würde: Rückgang des Sozialprodukts, Rückgang der Kaufkraft, Überalterung, sinkender Bedarf an Berufen für Kinderbetreuung – langsame Verarmung.

Somit findet jede künftige Migrationspolitik zwei vorgegebene Bedingungen vor: Erstens wird Zuwanderung in jedem Fall stattfinden, lediglich das Ausmaß, die Herkunft und die Voraussetzungen für die Aufnahme können politisch gestaltet werden. Zweitens aber wird eine kontinuierliche Zuwanderung aus demografischen und wirtschaftlichen Gründen gebraucht.

Daraus ergeben sich zwei Aufgaben: Erstens müssen die gesellschaftlichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit das nötige Ausmaß an Zuwanderung auch akzeptiert und verkraftet werden kann. Dazu trägt vor allem das Gelingen der zweiten Aufgabe bei, nämlich die Integration. Die braucht ausreichend viele und ausreichend finanzierte Angebote – von Sprachkursen bis zu Kursen in europäischer Geschichte, bei denen Werte vermittelt werden. Vor allem ist Zeit und Geduld nötig, weshalb Tempo und Ausmaß der Migration überschaubar bleiben müssen, wie ein Arena-Analyse-Experte erinnert: *„Die große Migrationswelle mit rund einer Million Menschen, die 2015 nach Europa gekommen sind, führte zu einer realen Überforderung, da in Europa darauf niemand vorbereitet gewesen war. Rein statistisch sollte es keinerlei Problem bedeuten, eine Million Menschen in eine halbe Milliarde von Menschen zu integrieren. Das war es aber dann doch, denn im Alltag sah man viele Mitbürger sowie die staatlichen und europaweiten Stellen unvorbereitet und überfordert. Es fehlt die reale Perspektive, mit der die meisten Flüchtlinge während ihrer Flucht gerechnet haben.“*

Am schlechtesten kommt in Österreich immer noch das Bildungssystem mit dem Zustrom an Kindern zurecht, die nicht gut Deutsch sprechen und in einem Alter stecken, wo sie auch ohne den Stress der Anpassung an eine fremde Kultur rebellisch und aufsässig wären. Dazu hält ein Experte fest: *„Die Bildungspolitik hat sich einfach darauf konzentriert, die Zuwanderer von den heimischen Kindern abzusondern. Da braucht es neue Strukturen und neue Zugänge. Internationale Beispiele, wie man mit Kindern unterschiedlicher Muttersprache und unterschiedlicher kultureller Prägung umgeht, gibt es wahrlich genug. Es mangelt mehr am Willen als an den Möglichkeiten.“*

Zahlreiche Studien fördern immer wieder das Problem zu Tage, dass selbst Zuwanderer*innen zweiter und dritter Generation mit schlechten Deutschkenntnissen in die Schulen kommen. In den größeren Städten, vor allem in Wien, wachsen Kinder heran, deren Großeltern vor Zeiten nach Österreich einwanderten, die selber aber hier geboren wurden, oft auch kamen sogar schon ihre Eltern in Österreich zur Welt. Trotzdem wachsen sie in einem Milieu auf, in dem die Sprache und Kultur des Landes, das sie damals verlassen wollten, stärker prägend wirkt als die Sprache und Lebensart der neuen Heimat – drastischer lässt sich das Versagen der Integration in den Jahren 1990 bis 2010 kaum illustrieren. Die Spätfolgen dieser misslungenen

5. Leben in der Migrationsgesellschaft

(besser: unterbliebenen) Integration belasten vor allem das Bildungssystem, in der Folge haben aber auch Wirtschaft und Arbeitsmarkt mit schlecht ausgebildeten und schlecht Deutsch sprechenden Arbeitskräften zu tun.

Unzureichende Anstrengungen zur Integration verschärfen ein Problem, das Migration ohnehin inhärent mit sich bringt: Eine Migrationsgesellschaft ist immer eine Zweiklassengesellschaft, denn es gibt immer eine Gruppe, die „noch nicht dazu gehört“. Von Migrant*innen wird erwartet, dass sie zunächst die schmutzigen Arbeiten machen, dass sie froh sein müssen, wenn sie mit ihrem Dokortitel einen Job als Taxifahrer kriegen, dass sie überhaupt hier sein dürfen.

Diese a priori bestehende (und hier bewusst überscharf dargestellt) Spaltung muss aktiv überwunden werden, wenn sie sich nicht zu einer dauerhaften Kluft verhärten soll. In diesem Zusammenhang erinnert eine Expertin daran, dass Migrant*innen in die demokratische Kultur des Ankunftslandes eingebunden werden sollen, um sie (die Kultur) erleben und positiv aufnehmen zu können. Paradoxe Weise ziehen aber Länder wie Österreich gerade hier eine langfristig nachteilige Trennlinie: *„Migranten sind von politischer Teilhabe in Gastländern ausgeschlossen, das wird zu Konflikten führen. Sie nehmen dann eben an den politischen Geschehnissen in ihren Heimatländern via Internet oder Fernsehen teil und importieren autoritäres nationalistisches Gedankengut. Hier droht eine Gefahr.“*

Eine dritte Herausforderung, die wiederum nur im EU-weiten, wenn nicht gar globalen Maßstab funktionieren kann: Die Migrationswilligen aus typischen Auswandererländern, etwa in Westafrika und in den Ländern unmittelbar südlich der Sahara, müssen realistische Angebote zur – allenfalls auch temporären – Einwanderung erhalten. *„Man sollte über Wege diskutieren, wie man die zirkuläre Migration fördern kann und welche Anreize für eine mögliche Rückkehr bestehen“*, fordert eine Expertin.

Migrant*innen, die einige Jahre in Europa verbringen, hier allenfalls einen Beruf erlernen oder ein Studium absolvieren, Ersparnisse ansammeln und dann in ihre Heimat zurückkehren, um dort ihr Wissen anzuwenden – dieser Typus stellt schon lange den heimlichen Wunschtraum der Entwicklungs- wie auch der Migrationspolitik dar. Ob das Bild realistisch ist, muss so lange dahingestellt bleiben, bis es nicht einmal ernsthaft versucht wurde.

6. Die Mächtigen von morgen

Wie sieht eigentlich die Weltordnung der anbrechenden Zwanzigerjahre aus? Diese Frage wird seit einigen Jahren intensiv diskutiert, schließlich hängen weitreichende außenpolitische Entscheidungen von der Frage ab, welche Form der internationalen Zusammenarbeit den Interessen des eigenen Landes in Zukunft am meisten entsprechen wird, um welche Abkommen man sich bemühen soll – oder noch simpler, mit wem man sich verbünden sollte und mit wem lieber nicht.

Die Rolle Chinas

Ein fixes Element in allen Szenarien bildet dabei der Aufstieg Chinas, der sich im Wesentlichen der wachsenden Wirtschaftskraft des Landes verdankt, sowie natürlich der Tatsache, dass dort eine gute Milliarde Menschen leben. China hat bisher keine Großmachtpolitik im traditionellen Sinn betrieben, wie die Welt das von den USA und Russland (bzw. der Sowjetunion) seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewohnt war. Allerdings zeigt sich, dass durch wirtschaftliches Engagement ebenso starke Abhängigkeiten geschaffen werden wie durch militärischen Druck.

„China nutzt die wirtschaftliche Expansion, um seinen politischen Einfluss auszudehnen“, fasst ein Beitrag zur Arena Analyse zusammen, *„Finanzierungshilfen, Direktinvestitionen und Handelsverträge ersetzen die Militärbündnisse und Truppenstützpunkte von früher.“* Ein beispielhafter Fall, der international mit großem Interesse verfolgt wurde, ist der Konflikt um den Hafen der Stadt Djibouti, der Hauptstadt des gleichnamigen Staats am Horn von Afrika. Der Hafen wird seit 2004 von einer Gesellschaft betrieben, die mehrheitlich im Besitz von Dubai Ports World steht. Der Vertrag zum Betrieb der Anlagen sollte ursprünglich bis 2034 laufen. Im Jahr 2018 wurde der Hafen jedoch verstaatlicht und die arabischen Partner hinausgeworfen, ganz offensichtlich unter dem Druck der China Merchants Ports Holding, die ihrerseits große Pläne für diesen strategisch günstig am Ausgang des Roten Meeres gelegenen Handelsknotenpunkt hegt. Dubai Ports World klagte vor einem internationalen Schiedsgericht und erhielt Recht, worauf jedoch Djiboutis Staatspräsident Ismail Omar Guelleh erklärte, das Urteil nicht anzuerkennen.

Die chinesischen Investoren wollen diesen Hafen massiv ausbauen, nicht nur, weil er die Route ihrer Handelsschiffe Richtung Europa durch den Suez Kanal über Port Said nach Piräus absichert. Djibouti ist überdies der Startpunkt für eine neue, ebenfalls chinesisch finanzierte Eisenbahnlinie ins Landesinnere von Äthiopien, 700 Kilometer bis Addis Abeba – eine Verbindung, die wiederum die Industrialisierung des verarmten Landes vorantreiben helfen soll.

„Finanziert“ heißt natürlich nicht „geschenkt“. Es handelt sich um Kredite, die zwar günstig verzinst und sehr langfristig sind, letztlich aber doch bedient

6. Die Mächtigen von morgen

werden müssen, widrigenfalls die entsprechende Infrastruktur in chinesisches Eigentum übergeht. Zwischenstand: Zum Jahresanfang 2020 ist Djibouti mit über 80% seines Bruttosozialprodukts bei chinesischen Banken verschuldet.

Ein Vorwurf gegen China lautet daher, dass die von Peking forcierte Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika sowie die Direktinvestitionen in Zentralasien und Europa nur dazu dienen, Einflussssphären zu schaffen und Länder in eine Schuld-Abhängigkeit zu treiben.

Ein zweiter wiederkehrender Vorwurf: Offizielle Vertreter*innen des Landes – darunter fallen auch die Manager*innen von Staatsbetrieben – sind ausgesprochen empfindlich bei Kritik an der chinesischen Politik. Vor allem bei Themen von nationalem Prestige wie Hongkong oder Taiwan oder bei der Menschenrechtssituation im Inland genügt schon eine unvorsichtige Formulierung, um eisige Reaktionen oder gar den Abbruch von Verhandlungen zu bewirken. Angebote zur Kooperation enthalten mitunter explizit eine Klausel, die eine Kritik an Menschen- und Bürgerrechten in China untersagt. Eine Arena-Analyse-Expertin: *„Wer mit China Geschäfte machen will, ist daher gut beraten, sich beim Thema Menschenrechte oder gar Meinungsfreiheit zurückzuhalten, wenn er seine Businessinteressen nicht aufs Spiel setzen will.“* Die Kombination aus Kapitalkraft und systematischer Überreaktion erweist sich als wirksames Instrument, um auch ohne offen demonstrierte Macht die Weltsicht Chinas unwidersprochen durchzusetzen.

Dennoch will niemand in Europa die Wirtschaftsbeziehungen zum bevölkerungsreichsten Land der Erde einschränken. Bei den Importen ist China bereits größter Handelspartner der EU, bei den Exporten zweitgrößter nach den USA. Vor allem die hoch verschuldeten südeuropäischen Staaten Griechenland, Italien und Spanien haben in den letzten Jahren die Bereitschaft Chinas zu Infrastrukturinvestitionen bereitwillig akzeptiert. Derzeit engagiert sich das Reich der Mitte auf dem Westbalkan, wie ein Arena-Analyse-Teilnehmer erinnert: *„Die Rolle Chinas in Südosteuropa ist ein Thema, das zu wenig beleuchtet wird. Interessant ist in diesem Zusammenhang insbesondere die Rolle Chinas in Serbien, wo das Land Sicherheitskräfte ausbildet. Die Tatsache, dass die Beitrittsgespräche mit Albanien und Nordmazedonien wieder verschoben wurden, könnte dem chinesischen Einfluss in der Region zuträglich sein.“*

Ohne Zweifel haben viele der chinesischen Direktinvestitionen und Infrastrukturfinanzierungen nicht kurzfristige Erträge im Blick, sondern den langfristigen strategischen Nutzen. In erster Linie geht es um die Sicherung von Handelswegen. Die dahinterliegende Strategie wurde von der chinesischen Staatsführung auch ganz bereitwillig offengelegt, nämlich als Projekt mit dem Titel „One Belt, One Road“ – im Westen meist „Neue Seidenstraße“ genannt. Unter diesem Titel wird zum Beispiel eine 1200 Kilometer lange Autobahn quer durch Chinas Westen über das Karakorum-Gebirge nach Pakistan gebaut. Als Ergänzung dazu entsteht am südlichen Ende Pakistans ein riesiger Frachthafen, strategisch günstig am Eingang zum

Persischen Golf bei der Stadt Gwadar gelegen. Erbaut wird der Container Terminal durch die eigens dafür gegründete China Overseas Ports Holding Company.

Chinesische Staatsbetriebe haben weltweit Beteiligungen an Containerterminals erworben, so zum Beispiel 49% an der französischen Hafengesellschaft Terminal Link, die entsprechende Anlagen in Marseille, Le Havre und Dunkirk betreibt, außerdem in Antwerpen, in Miami und in Houston. Seit 2018 gehört auch Brasiliens zweitgrößter Hafen in Paranaguá einem chinesischen Konsortium. Die China COSCO Shipping Corporation, ebenfalls ein volkseigenes Unternehmen, besitzt zwei Drittel des Hafens von Piräus in Griechenland sowie 51% des Hafens von Valencia in Spanien. Von Genua bis Rotterdam wurden in nahezu allen größeren europäischen Häfen in den letzten Jahren mit chinesischer Finanzierung zumindest einzelne Terminals ausgebaut oder modernisiert.

Die EU sowie die einzelnen EU-Staaten haben noch keine wirklich zu Ende gedachte Strategie für den Umgang mit China. Die wirtschaftlichen Beziehungen werden sich allen Prognosen zufolge weiter intensivieren. Dass die chinesischen Direktinvestitionen in Europa seit Jahren stark zurückgehen, liegt wohl eher daran, dass China insgesamt das Tempo der Expansion etwas zurückgenommen hat, nachdem erste Anzeichen einer Selbstüberforderung sichtbar wurden.

Die USA betrachten chinesische Direktinvestitionen inzwischen meist als potenziell feindseligen Akt. So wurde der Telekom-Konzern Huawei in den USA vom Bieterverfahren für das 5G-Mobilfunknetz ausgeschlossen, gleichzeitig setzt die Trump-Administration andere Länder unter Druck, damit diese ebenfalls Huawei den Zutritt zu ihrer digitalen Infrastruktur verweigern. Die erwähnte COSCO Shipping Corporation musste „aus Gründen der nationalen Sicherheit“ ihre Anteile am Hafen von Long Beach bei Los Angeles verkaufen.

In Europa geht es weniger um Fragen der Staatssicherheit als um die Angst vor geistiger Piraterie. Innovative oder forschungsintensive Unternehmen in Schlüsselbranchen der Digitalwirtschaft, aber auch in der Biotechnologie oder der Robotertechnik, sollen nicht von chinesischen Firmen übernommen werden – so lautet mittlerweile ein informeller Konsens innerhalb der EU. Deutschland erließ in diesem Sinn schon 2017 eine Verordnung, wonach die Regierung bei Vorliegen nationaler Interessen den Einstieg von Nicht-EU-Firmen bei deutschen Unternehmen verbieten kann. Konkret hatte Deutschland dabei nur ein einziges Nicht-EU-Land im Blick, nämlich China.

Die Rolle der USA

Der zweite zentrale Faktor für die Einschätzung der künftigen globalen Machtarchitektur besteht im Paradigmenwechsel der Außen- und Außenwirtschaftspolitik der USA. In einem Beitrag zur Arena Analyse heißt es: *„Die USA schauen wie zuletzt in den 1930er-Jahren wieder verstärkt nach*

6. Die Mächtigen von morgen

innen und sind zunehmend weniger bereit, die Rolle des militärischen und politischen Schirmherrn der westlichen Wirtschafts- und Militärordnung wahrzunehmen.“

Die Analogie zu 1930 lässt allerdings einen wesentlichen Unterschied außer Acht: Das Motto, das Präsident Donald Trump so gerne zitiert, lautet „America first“ und nicht „America alone“. Die USA haben sich nicht im eigentlichen Sinn zurückgezogen, also nicht wirklich auf Einfluss in diversen Weltteilen verzichtet, sondern lediglich die multilaterale Herangehensweise durch eine unilaterale ersetzt. Wir mussten erleben, dass die Administration in Washington ohne Bedenken aus dem Pariser Klima-Abkommen aussteigt, dass sie Truppen aus einem Krisengebiet wie Nordsyrien abzieht, ohne einen Gedanken an die Konsequenzen zu verschwenden, oder das Problem des Handelsdefizits gegenüber China auf eine Weise löst, bei der das gesamte System des Welthandels unter die Räder kommt. Aus einem Beitrag zur Arena Analyse: *„Mit dem Slogan ‚America first‘ hat Trump gleich einmal begonnen, bestehende und geplante multilaterale Abkommen zu kündigen (TPP, TTIP, Klimaabkommen, Iran-Atom-Deal, NAFTA wurde zu USMCA). Gleichzeitig fachte er mit mehreren Ländern (China, EU) und Sektoren (Aluminium und Stahl) Handelskriege an.“*

Eine Analyse des Washingtoner Think Tanks *Quincy Institute for Responsible Statecraft* kommt zum Ergebnis: „Trump hat den Welthandel zum sicherheitspolitischen Nullsummenspiel umdefiniert und damit eine von nachdrücklichem Geiz bestimmte Einstellung zu den Wirtschaftsbeziehungen mit Handelspartnern etabliert.“

Welche Folgen könnte diese Entwicklung für die Zukunft haben?

Ein Blick auf die innenpolitische Situation in den USA muss zu dem Schluss kommen, dass diese Politik wohl noch länger fortgeführt werden dürfte. Nicht nur bestehen realistische Chancen, dass Trump im Herbst wiedergewählt wird, es zeigt sich auch, dass die eigenbrötlerische Politik weit über die Gruppe der Trump-Wähler hinaus auf Sympathien stößt, auch unter den noch recht unsicheren möglichen Gegenkandidaten der Demokraten (Joe Biden? Bernie Sanders?) bekennt sich niemand sonderlich lautstark zum Multilateralismus.

Ein weiteres mögliches Szenario geht allerdings davon aus, dass die USA zwar ihre Rolle als Weltpolizist dauerhaft aufgeben (in diesem Punkt sind ironischerweise die hohen Militärs die letzten dezidierten Befürworter), hingegen mit ihrem Kollisionskurs in der Wirtschaftspolitik an inneren Widersprüchen scheitern werden. Denn die Politik der einseitigen Interessensdurchsetzung bringt nicht zu vernachlässigende Nachteile mit sich. Die Wirtschaft, auch die eines großen Landes, profitiert langfristig nie von Handelshemmnissen, so sehr auch einzelne Branchen kurzfristig Vorteile ziehen, wenn die Waren der ausländischen Konkurrenz durch Zölle verteuert werden. Der Handelskrieg, den Donald Trump mit China entfachte und der zu einem Wettlauf der wechselseitigen Einfuhrzölle führte, hat im Jahr 2019

die Exporte Chinas in die USA um 10,7% einbrechen lassen. Im gleichen Zeitraum gingen aber die Ausfuhren der USA nach China um 26,4% zurück.

Wer den Handel mit anderen Ländern erschwert, nimmt überdies in Kauf, dass der eigene Einfluss auf die Weltwirtschaft insgesamt abnimmt. Schwellenländer wie Indien, Brasilien oder Südafrika werden weiter Handelsverträge abschließen, aber eben notfalls ohne Einschluss der USA, wenn deren Abschottungspolitik den Handel mit Amerika nicht interessant genug macht. China, Japan und die EU stehen als Alternativen zur Verfügung. Die Seidenstraßen-Initiative Chinas umfasst auch mehr als 50 (überwiegend bilaterale) Handelsabkommen.

Ein analoges Schicksal könnte dem Dollar als internationale Leitwährung bevorstehen. Da dieser immer als bevorzugte Währung für internationale Transaktionen gilt, liefert er den USA einen wirksamen Hebel, um einseitig verhängten Sanktionen (wie zum Beispiel gegen den Iran) auch gegenüber Unternehmen aus Drittländern durchzusetzen. Diese Abhängigkeit von unilateral verhängten Verboten oder Vorschriften macht den Dollar natürlich deutlich weniger attraktiv, wodurch sich der Bedeutungsverlust der einstmals unangefochten wichtigsten Währung der Welt weiter beschleunigt.

Die Ära der Pax americana in der Weltwirtschaft könnte sich so auf paradoxe Weise in ihr Gegenteil verkehren. Die 75 Jahre dauernde globale Vorherrschaft der USA gründete ja nicht nur auf der militärischen Macht der Atombomben und der kulturellen Hegemonie von Popmusik und Hollywood-Kino, sondern auch auf der Verlässlichkeit von multilateralen Organisationen, die ursprünglich auf Betreiben der USA gegründet wurden, wie der WTO oder der Weltbank. Die Idee, internationale Beziehungen auf der Basis einer Art von Rechtsstaatlichkeit aufzubauen, die auf völkerrechtlichen Abkommen beruht und von übernationalen Organisationen überwacht wird, hat sich aber mittlerweile durchgesetzt. Gerade kleinere Staaten können nicht wirklich glücklich sein, wenn stattdessen wieder das Prinzip „Das Recht ist da, wo die Macht ist“ die internationale Politik dominiert. So wird eine Entwicklung eingeleitet, bei der Handelsbeziehungen zu den USA immer weniger lukrativ werden – wegen der Zölle und wegen des unkontrollierbaren Risikos unilateraler Entscheidungen. Alternativ werden Handelszonen unter Ausschluss der USA entstehen, in denen die ursprünglichen multilateralen Prinzipien weiter gelten.

Und Europa?

Die Ära des Multilateralismus wurde in den letzten Jahren mehrmals totgesagt. Tatsächlich sind nicht nur Institutionen wie die WTO, die UNO insgesamt und der Internationale Gerichtshof geschwächt. Das Pariser Klima-Abkommen wurde, wie erwähnt, von den USA gekündigt, ebenso die Mitarbeit in weniger bekannten, aber nicht minder bedeutenden

6. Die Mächtigen von morgen

Programmen wie dem International Fund for Agricultural Development oder dem Global Agriculture and Food Security Program.

Die Zusammenarbeit der Staatengemeinschaft zur Bewältigung globaler Probleme stagniert oder nimmt sogar ab, gerade in einer Zeit wo die Liste der nur gemeinsam bewältigbaren Herausforderungen immer länger wird: Klimawandel, Beschränkung von Nuklearwaffen, Kampf gegen Drogenhandel und organisierte Kriminalität, Kampf gegen tödliche übertragbare Krankheiten.

In Europa wurde die Gefahr erkannt, die eine Erosion des übernationalen institutionellen Rahmens bedeutet. Deutschland und Frankreich haben deshalb im April 2019 eine „Allianz für Multilateralismus“ gegründet, der sich im September am Rande der UNO-Vollversammlung 50 Länder anschlossen. Ziel ist es, die bestehenden internationalen Institutionen zu reformieren und zu modernisieren. Außerdem sollen gemeinsame Initiativen genau dort gestartet werden, wo es „an Regierungsführung fehlt bzw. mangelt“, wie das Gründungsdokument diplomatisch formuliert. Ob damit auch Hilfe für Failed States und der Kampf gegen Terror gemeint ist, blieb offen. Jedenfalls soll die Allianz eine Plattform für die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in vielen Feldern bieten, konkret genannt wurden etwa Frauenrechte, Digitale Medien und Demokratie, Sicherheit im Cyberspace oder Letale Autonome Waffensysteme (vulgo Killer-Roboter).

Die Handlungsfähigkeit der EU als internationaler Player steht natürlich ebenfalls auf der Liste der Einflussfaktoren, die bei der Beurteilung der künftigen Weltordnung berücksichtigt werden müssen. Auf den ersten Blick hat sich am gewohnten Brüsseler Wechselspiel zwischen zentralistischen und zentrifugalen Kräften wenig geändert, außer dass durch den Austritt Großbritanniens ein starker Befürworter einer politisch schwachen Union weggefallen ist. Ob der Brexit Europa stärkt oder schwächt, ist übrigens unter Expert*innen umstritten. „Seit dem Beitritt des UK vor 47 Jahren haben die Briten fast jeden Schritt der Vertiefung blockiert oder verzögert, nicht zuletzt auch die Arbeit an einer EU-Verteidigungsstrategie“, schreibt etwa das in US-Nachrichtenportal Politico in seiner Europa-Ausgabe.

Ein Arena-Analyse-Experte weist jedoch darauf hin, dass zumindest auf der symbolischen Ebene Europa geschwächt wurde: *„Die EU erlebt durch den Brexit zum ersten Mal einen Rückschritt in der europäischen Integration. Bisher hat sich die EWG zur EG und EU immer nur erweitert und gleichzeitig vertieft: von der Zollunion in den sechziger Jahren, zum Binnenmarkt und zur Währungsunion in den neunziger Jahren mit dem Euro 2002.“* Immerhin verliert die EU ihre zweitgrößte Volkswirtschaft (nach Deutschland) mit zuletzt rund 16% des Bruttonationaleinkommens. Wobei es aber natürlich von der Art der künftigen Handelsbeziehungen abhängen wird, ob das ein rein statistischer Verlust ist, oder ob es zu realen Behinderungen in den Wirtschaftsbeziehungen samt sinkender Wertschöpfung kommt.

Jedenfalls, so ein Arena-Analyse-Beitrag, wird *„die EU nach dem Austritt Großbritanniens ganz neu aussehen: sie wird ökonomisch und politisch, aber*

auch militärpolitisch geschwächt sein. Selbst wenn alle restlichen Balkanstaaten irgendwann in die EU aufgenommen werden sein sollten, können sie den Verlust des Gewichts Großbritanniens kaum aufwiegen.“

Sehr wohl könnte die EU aber an Macht und Einfluss auf die internationale Politik gewinnen, indem sie eine stärkere Rolle einfach beansprucht – jetzt wo der große Bremser Großbritannien weg ist: *„Die weitere Segmentierung, wo jeder Mitgliedsstaat bei irgendeinem anderen Thema einen Sonderweg gehen will, das hat keine Zukunft. Die EU muss mehr Europa wagen, das heißt konkret es muss sich langsam zu den Vereinigten Staaten von Europa (VSE) weiterentwickeln. Nur so ist sie den globalen Herausforderungen gewachsen.“*

Der französische Präsident Emmanuel Macron würde diesen Satz wohl bereitwillig unterschreiben, seine Initiative für eine international stärkere EU, vor allem eine, die sich auch militärisch selbst behaupten kann, ist bisher aber auf wenig Echo gestoßen.

Die EU-Kommission sieht sich bereits jetzt als starke globale Kraft. In seiner Abschiedsrede wies der bis Ende 2019 amtierende Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker darauf hin, dass die EU der treibende Initiator der Sustainable Development Ziele der UNO war und in der Handelsbilanz fast aller Nationen als größter Wirtschaftspartner aufscheint. Junckers Nachfolgerin Ursula von der Leyen kündigte an, die „Europäische Kommission in eine geopolitische Kommission“ verwandeln zu wollen.

Tatsächlich kann die EU vor allem dort mit starken Auftritten punkten, wo sie aufgrund des Vertrags von Lissabon unabhängig von den Mitgliedsstaaten zuständig ist. Auf Ebene des Rats (also der Versammlung der Mitgliedsländer) ist es nach wie vor nahezu unmöglich, gemeinsame Positionen zu internationalen Entwicklungen zu formulieren. In der Praxis kommt es dann sehr oft zu halbherzigen Aktionen, denen sich nicht alle anschließen. Zum Beispiel haben nach der Ermordung von Yulia und Sergei Skripal durch den russischen Geheimdienst auf britischem Boden 19 EU-Staaten russische Diplomaten ausgewiesen, akkordiert und gleichzeitig. Eine gemeinsame Verurteilung Russlands durch die EU wurde jedoch von den anderen 9 (unter ihnen Österreich) verhindert.

Bisher waren Appelle an die inzwischen nur mehr 27 Mitgliedsstaaten zur gemeinsamen Außenpolitik vor allem durch den Wunsch getragen, halbwegs auf gleicher Augenhöhe mit dabei zu sein, wenn die Weltmächte Entscheidungen treffen. „If you are not at the table, you will be on the menu“ (Wenn du nicht mit am Tisch sitzt, dann stehst du auf der Speisekarte), besagt eine zynische Diplomaten-Weisheit. Inzwischen wurde dieser Zugang durch die Idee erweitert, das Vakuum zu nutzen, das durch die teils isolationistische, teils inkonsistente Politik der USA entsteht. Stabilität und Nachhaltigkeit kann nicht nur durch militärische Schutzschirme und globale Abkommen geschaffen werden, sondern auch durch konkrete Zusammenarbeit auf Ebene von Unternehmen, Organisationen und Einzelpersonen. Wenn die EU diese Art von Kooperation verstärkt, dann

6. Die Mächtigen von morgen

gestaltet sie damit eine Welt, in der die europäischen Werte und Standards im Alltag gelebt werden.

Ein Beitrag zur Arena Analyse hebt deshalb die Bedeutung von Abkommen (vor allem Handelsabkommen) hervor, mit denen ein Rahmen für diese Art von Zusammenarbeit geschaffen wird, aus denen dauerhafte Verflechtungen im positiven Sinn entstehen. In Ermangelung militärischer Macht bleibt der EU auch gar keine andere Möglichkeit: *„Wenn wir in Europa multilaterale Abkommen (Stichwort TTIP, Mercosur) ablehnen, werden wir keine Standards mehr setzen können.“*

7. Für immer jung

Schon seit längerem gilt das Feld der Medizin als eines, wo besonders große wissenschaftliche und technologische Umwälzungen im Gange sind. Die Genforschung und die Molekularbiologie haben Möglichkeiten für neue Behandlungsmethoden eröffnet, von denen viele bereits kurz vor der praktischen Anwendbarkeit stehen. Krankheiten können künftig vielleicht geheilt werden, indem die Bausteine von krankmachenden Zellen verändert werden. Viren werden durch künstlich hergestellte Antikörper bekämpft. Kranke Organe werden gegen neue ersetzt, die nicht von Spender*innen stammen, sondern aus Stammzellen im Labor aufgebaut wurden und daher ohne Abstoßungsreaktion verpflanzt werden können.

Das Gesundheitswesen wird sich also in den nächsten Jahren in vielen Bereichen grundlegend verändern. Die Teilnehmer*innen der Arena Analyse haben in ihren Beiträgen vor allem einen Aspekt der medizinischen Revolution näher behandelt, nämlich die Auswirkungen der Digitalisierung. Sie wird zum einen die Organisation des Gesundheitswesens verändern, vor allem durch ein besseres Management der Leistungen und der Zugänglichkeit zu den jeweils nötigen Behandlungen. Verändert werden aber auch Diagnose und Therapie durch Automatisierung und Künstliche Intelligenz. Drittens aber werden gerade im medizinischen Bereich das Geschäftsmodell des Sammelns und Auswertens von Daten und der Handel mit Daten besondere Möglichkeiten bieten – oder aber besondere Gefahren bringen, je nachdem, wie die Gesellschaft damit umgeht. Eine Teilnehmerin der Arena Analyse warnt daher: *„Die Digitalisierung wird den Gesundheitsbereich verändern. Sie bietet enorme Chancen, birgt aber auch hohe Risiken und wird viele Irrwege und Fehlentwicklungen mit einschleppen.“*

Ein paar Felder, in denen die Veränderungen durch digitale Technologien in Gesundheitseinrichtungen bereits spürbar sind, wiewohl sie noch sehr am Beginn der Entwicklung stehen:

- ▶ Das Management von Wartezeiten in Ambulanzen und niedergelassenen Ordinationen wird vereinfacht, und zwar durch vergleichsweise simple Einrichtungen wie Anmelde-Apps oder die Verständigung per SMS, wie viele Minuten es noch dauert, bis man drankommt.
- ▶ Die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Abteilungen in Krankenhäusern beschleunigt und vereinfacht sich durch digitalen Datenaustausch.
- ▶ Ärzt*innen unterschiedlicher Fächer, oder aber Spezialist*innen aus räumlich weit auseinanderliegenden Kliniken arbeiten bei Diagnose und Behandlung zusammen – vom Datenaustausch bis zu interdisziplinären Teambesprechungen via Videokonferenz.
- ▶ Ferndiagnosen und Fernbehandlungen werden zunehmen – vorausgesetzt, sie werden erlaubt, was in Österreich derzeit nicht der Fall ist. In anderen Ländern sind virtuelle Arztbesuche via Skype bereits

Alltag. Es gibt Versuche, zum Beispiel Sanitäter*innen mit einer Body-Kamera auszustatten, sodass sie bei Bedarf einen Notarzt/eine Notärztin um Rat fragen können, die den Einsatz auf ihrem Bildschirm mitverfolgen und Anweisungen geben.

Gesundheit als Verhaltensprinzip

Eine der umfassendsten Studien über die Gesundheit der Weltbevölkerung ist der Bericht *The Global Burden of Disease*, erstellt von der Harvard School of Public Health gemeinsam mit der Weltgesundheitsorganisation WHO und der Weltbank. Die dort erhobenen Zahlen zeigen, dass die Lebenserwartung seit 1950 kontinuierlich ansteigt. Sie klettert auch weiter nach oben, allerdings nicht überall. In den letzten drei Jahren ist der statistische Gesamtwert in den USA und in Großbritannien leicht gesunken. Der Grund dafür liegt, salopp gesagt, in den schlechten Ernährungsgewohnheiten einzelner, meist einkommensschwächerer Bevölkerungsgruppen. Angehörige dieser Gruppen rauchen auch öfter und betreiben weniger Sport. Dieses Phänomen hat also nichts mit dem bekannten Arm-Reich-Gegensatz zu tun, wonach Menschen in ärmeren Ländern eine niedrigere – aber insgesamt steigende – Lebenserwartung haben als Menschen in Europa und den USA. Vielmehr geht es darum, dass in einem Land die bereits hohe Lebenserwartung für manche Bevölkerungsgruppen sinkt.

Die Ursache ist eine ungesunde Lebensweise. Das lässt sich auch an der Mortalitätsrate ablesen. Von 56 Millionen natürlichen Todesfällen im Jahr 2017 entfiel mehr als die Hälfte auf vier Todesursachen, die alle überwiegend mit dem Lebensstil zu tun haben, nämlich: hoher Blutdruck, Rauchen, hohe Blutzuckerwerte und Übergewicht.

Somit gewinnt eine fast hundert Jahre alte Idee neue Bedeutung, nämlich die Erziehung zu einem gesunden Alltagsverhalten. Mehr Bewegung, mehr Sport, aufs Gewicht achten, eine ausgewogene Ernährung, nicht zuletzt regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen – davon träumt die Volksmedizin schon, seit es den Begriff gibt. Generationen von Gesundheitsminister*innen haben bereits nationale Gesundheitspläne verabschiedet, in denen alle diese Faktoren angekündigt und gefördert wurden.

Jetzt aber entstehen völlig neue Möglichkeiten für die verhaltensorientierte Gesundheitsvorsorge durch die sogenannten Wearables, also kleine elektronische Diagnosegeräte, die Daten über die Körperaktivität sammeln. Der Schrittzähler auf dem Smartphone und die Fitnessarmbänder sind da nur der Anfang. Die meisten Geräte sehen aus wie Armbanduhren, manche sind auch Pflaster, die auf die Haut geklebt werden. Im Inneren enthalten sie zum Beispiel Sensoren, die den Puls messen und ein EKG schreiben können, oder sie überwachen den Glukose-Haushalt von Diabetiker*innen. Ein noch in Entwicklung befindliches Asthma-Armband misst Herzschlag und Sauerstoffgehalt im Blut und vergleicht diese Daten mit

Umwelt-Messdaten. So sollen Asthma-Attacken vorhergesagt werden können.

Zu den Arm- und Fußbändern oder Pflastern gehören jeweils Apps auf dem Computer, mit denen die Daten ausgewertet und von den Träger*innen nachgelesen werden können, samt Empfehlungen für künftiges besseres Verhalten. Im Englischen hat sich bereits der etwas ironische Begriff „Quantified self“ eingebürgert: Der Mensch macht sich selbst zur Datensammlung, eine App erstellt ihm jeden Abend sein ganz persönliches Bulletin und verrät, ob er ausreichend auf seine Gesundheit geachtet hat. Vom Armband ist es nur ein kleiner Schritt zu Geräten, die auch Körperflüssigkeiten wie Schweiß, Speichel, aber auch Harn oder Blut analysieren. „Vielleicht“, so merkt ein Arena-Analyse-Beitrag sarkastisch an, „sagt uns bald schon ein Knopf im Ohr, wann wir für heute genug Kalorien zu uns genommen haben, oder ob wir uns bei unserem Cholesterinspiegel das weiche Ei zum Frühstück noch gönnen dürfen“.

Die Ermahnung, gesund zu leben, entfaltet wesentlich mehr Wirkung, wenn unbestechliche Fakten die Möglichkeiten zum Selbstbetrug beseitigen. Die kleinen Geräte sind im Übrigen gute Beispiele für das im Kapitel „Zukunft der Demokratie“ beschriebene Prinzip des Nudging, denn sie liefern immer dann, wenn es darauf ankommt, den nötigen kleinen Schubs, damit die vorhandenen guten Vorsätze auch in konkretes Verhalten umgemünzt werden.

Tragbare Datensammler werden somit helfen, den berühmten inneren Schweinehund zu besiegen, gleichzeitig aber liefern sie auch Hypochondern ungeahnte neue Betätigungsfelder. Weshalb ein anderer Teilnehmer die Zwiespältigkeit der Entwicklung hervorhebt: *„Wir erleben die Entstehung einer neuen Kultur (oder Unkultur) der ständigen Selbstbeobachtung. Wie viele Schritte habe ich heute gemacht? Wie viel ist das im Vergleich zum Wochendurchschnitt? Wie viele Stunden Schlaf hatte ich? Was habe ich gegessen? Wie sind mein Blutdruck und mein Herzrhythmus?“*

Wie das Beispiel der Diabetiker*innen und der Asthmatiker*innen zeigt, sind Wearables nicht nur für die persönliche Fitness oder für besonders gesundheitsbewusste Selbstopimierer*innen geeignet, sondern auch für die Überwachung von chronisch Kranken. Es genügt, die Armbänder aus dem Sportgeschäft gegen präzise geeichte, medizindiagnostisch verlässliche Geräte zu tauschen und die gemessenen Daten nicht an eine App, sondern an den Computer der zuständigen Hausärzt*innen oder eines Krankenhauses zu übermitteln. Dort wacht ein Algorithmus darüber, dass die Werte im unbedenklichen Bereich bleiben und reagiert, falls es zu Ausschlägen kommt. Wenn nötig, ruft dann ein Arzt oder eine Ärztin die überwachte Person an und gibt entsprechende Anweisungen, die von „Setzen Sie sich hin, bis Ihr Blutdruck wieder normal ist“ bis zu „Nehmen Sie umgehen eine von den gelben Pillen“ reichen können.

Gesundheitsdaten als Business

Eine weiteres naheliegendes Anwendungsfeld für die Daten der Wearables liegt bei der Präventionsmedizin im engeren Sinn. Wenn Menschen alle zwei Jahre zur obligaten Gesundenuntersuchung gehen, können die Ärzt*innen nicht nur auf die üblichen Labordaten zugreifen, sondern auch auf buchstäblich Millionen von Messwerten, die an 730 Tagen 24 Stunden lang erhoben wurden. Zu den aktuellen Diagnosewerten des Patienten oder der Patientin kommen Querschnittsdaten über den gesamten Verlauf seit der letzten Untersuchung.

Vorausgesetzt, die befasste Gesundheitseinrichtung kann überhaupt über diese Daten verfügen. Denn derzeit landen sie – anonymisiert und geschützt, aber weitgehend unwidersprochen – bei den Geräteanbietern und deren Partnern, also im Wesentlichen wieder bei Apple, Google, Amazon und Alibaba. Was im Kapitel über die Digitalisierung zu den Zukunftsaussichten der Big Data Analysen gesagt wurde, gilt für den Gesundheitsbereich in noch viel höherem Ausmaß. Wenn weltweit Milliarden Menschen auch nur einfache Wearables tragen und auf diese Weise Billionen von Daten über Gesundheitszustände und Krankheitsverläufe gesammelt werden können, ergeben sich Möglichkeiten der Auswertung, die erst noch nur in Ansätzen erkannt werden. Erste Versuche gibt es zur Früherkennung drohender Pandemien, es liegt auch auf der Hand, dass große Datenmengen die Planung von Versorgungskapazitäten, die Entwicklung von Medikamenten, natürlich auch die Analyse von Märkten und Patient*innen-Bedürfnissen erleichtern.

Es wird aber auch möglich sein, personalisierte Vorhersagen zu individuellen Risiken zu erstellen, indem einfach ein konkretes Krankheitsbild mit mehreren Millionen anderer verglichen wird. Diagnosen und Therapieempfehlungen werden genauer, wenn sie vorab mit Millionen ähnlicher Fälle und deren Verlauf abgeglichen werden können.

Die Frage, wem diese Daten gehören und wer sie wie und wofür verwenden darf, bleibt fürs Erste völlig ungeklärt. Alle Probleme rund um den Daten- und Persönlichkeitsschutz, die bei Big Data Analysen stets auftauchen, stellen sich im Zusammenhang mit der Gesundheit in noch größerer Schärfe. Die eigene Gesundheit will niemand öffentlich diskutiert wissen, da stellt schon die Auswertung von aggregierten Daten großer Gruppen einen Eingriff in die Privatsphäre dar. Wenn aber individuelle Daten umfassend ausgewertet werden und womöglich noch als Grundlage für die Behandlung eines Individuums dienen, dann ist der Schritt zur Orwell'schen Überwachungs-Dystopie schnell vollzogen: Theoretisch könnte die Krankenkasse (falls man sie nicht daran hindert) auch noch die Daten von der Kredit- und Bankomatkarte und von der Kunden-Rabattkarte der Supermarktkette heranziehen und so die Informationen über die Einkaufs- und Freizeitgewohnheiten mit den Diagnosedaten verknüpfen. Systeme der Künstlichen Intelligenz erstellen daraus eine Analyse über die individuellen Probleme und Gesundheitsgefahren, die dieser Mensch sich durch sein

Alltagsverhalten einhandelt. Das Ergebnis der Gesundenuntersuchung wäre dann eine detaillierte Anweisung, wie sich dieser Mensch in den nächsten zwei Jahren zu verhalten hat, wenn er vermeiden will, dass er in eine höhere Risikoklasse mit höheren Versicherungsbeiträgen eingestuft wird.

Möglich wäre natürlich auch, dass alle im obigen Beispiel genannten Daten zwar gesammelt werden, aber im alleinigen Eigentum und der alleinigen Verfügungsgewalt der betroffenen Person stehen, die stets allein entscheiden darf, wie die Daten genutzt werden. Das ist das Konzept des „Digitalen Zwillinges“: Jeder Mensch besitzt einen umfassenden Satz von Gesundheits- und Lifestyle-Daten, die ihn gewissermaßen in seiner Vollständigkeit darstellen und die Grundlage für sämtliche denkbaren Analysen oder auch Therapien bilden können – aber eben nur auf ausdrückliche Aufforderung durch den/die Datenbesitzer*in.

Ganz offensichtlich wird es in naher Zukunft wichtig sein, nicht in technologische oder faktische Abhängigkeit von großen Anbietern zu geraten, warnt ein Teilnehmer der Arena Analyse: *„Die EU und Österreich müssen den Zugriff auf die Schlüsseltechnologien behalten und jederzeit imstande sein, eine Health Cloud oder eine sichere Datensammlung einrichten zu können, ehe die Daten alle zu globalen Playern abwandern.“*

Computer und Roboter am Krankenbett

Die digitalen Technologien bringen auch neue Hardware. Operationsroboter und Pflegeroboter machen bereits seit einigen Jahren Schlagzeilen, werden nach den ersten praktischen Erfahrungen aber kaum so eingesetzt werden, wie es die Hersteller in ihren kühnen Zukunftsvisionen darstellen, nämlich als Auftakt zu einer vollautomatisierten Patient*innenbetreuung. Tatsächlich werden diese Geräte die bisher an diesen Stellen tätigen Menschen nicht ersetzen, sondern unterstützen. Zum Beispiel können Roboter bei der Mobilisierung von bettlägerigen Patient*innen hilfreiche Dienste leisten, beim Hochheben oder als Gehhilfen, auch bei der Überwachung von hilfsbedürftigen Personen in der Nacht. Chirurg*innen nehmen ebenfalls bereits die Dienste von Maschinen in Anspruch, die sehr präzise Schnitte auf Anweisung und unter der Überwachung des verantwortlichen Operators durchführen.

Ein Experte der Arena Analyse beschreibt das derzeit aktuelle Paradigma so: *„Ärzte werden nicht durch Computer ersetzt, aber Ärzte ohne Computer werden Ärzten mit Computern Platz machen. Roboter werden keine Pfleger oder Pflegerinnen ersetzen, aber sie werden an deren Seite arbeiten und ihnen die Arbeit erleichtern.“*

Zum Erleichtern der Arbeit gehört dabei sehr wohl auch der Einsatz von Sensorik, Diagnostik und Datenanalyse. Ein Operationscomputer wird während eines Eingriffs die Möglichkeit haben, den aktuellen Fall mit Tausenden oder gar Millionen ähnlichen Eingriffen aus der für ihn zugänglichen Datenbank zu vergleichen. So können Entscheidungen in

7. Für immer jung

Zweifelsfällen schneller und genauer getroffen werden. Pflegeroboter können Bedürfnisse von Patient*innen ebenfalls genauer erkennen, wenn sie mit Daten über den Zustand der Betreuten gefüttert werden und diese mit anderen verknüpfen.

Die Künstliche Intelligenz wird so zu einem integrierten Bestandteil medizinischer Geräte.

Die hier beschriebenen Entwicklungen sind in der Praxis unterschiedlich weit gediehen und zum größeren Teil umstritten. Die Arena-Analyse-Expert*innen kommen daher zum Schluss, dass dieses Feld in Österreich und auch auf EU-Ebene unbedingt aktiv vorangetrieben werden muss. Pläne in dieser Richtung lassen sich auch aus dem Regierungsprogramm 2020-2024 ablesen. Dabei geht es zum einen um Forschung und Entwicklung, zum anderen um die politische Diskussion der vielen ungelösten Fragen rund um die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse und die Anwendung der neuen Technologien – rechtliche, gesellschaftspolitische und ethische Fragen, die eines Tages in Form von Problemen über uns hereinbrechen, wenn sie nicht rechtzeitig behandelt und gelöst werden.

„Österreich sollte bei dieser Entwicklung aktiv vorne dabei sein“, schreibt ein Teilnehmer, „die Digitalisierung im Gesundheitsbereich bietet viele Chancen für den Medizin- und Forschungsstandort Österreich und zudem neue Möglichkeiten für das Gesundheitssystem. Wir müssen diese Umwälzungen aktiv gestalten, bevor sie uns von außen aufgezwungen werden.“

8. So what? Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Die größte Gefahr bei allen Analysen von bevorstehenden oder beginnenden Entwicklungen liegt immer darin, dass man es beim Analysieren belässt. So groß der Erkenntnisgewinn auch sein mag, der sich daraus ergibt, dass man Beobachtungen zu einem großen Bild zusammenfügt und dieses dann konsequent zu Ende denkt – wirklichen Wert hat die Sache erst, wenn man danach auch die richtigen Konsequenzen zieht. Um es in eine medizinische Analogie zu kleiden: Auf Anamnese und Diagnose muss immer auch eine Therapie folgen.

Was also sollen Unternehmen und Organisationen aus den Einsichten der Arena-Analyse-Expert*innen lernen? Wie reagieren Unternehmen und Organisationen ganz konkret auf die Aussicht, dass sich das Umfeld, in dem sie tätig sein wollen, in den nächsten Jahren verändern wird? Welche Konsequenzen für das eigene Handeln lassen sich ableiten?

Veränderungen gestalten statt erdulden

Die gewichtigste Vorhersage betrifft ohne Zweifel die Tatsache der Veränderung an sich. Wer auf der sicheren Seite sein will, sollte davon ausgehen, dass sich Europa im Allgemeinen und Österreich im Besonderen sehr gründlich verändern werden. Die Welt des Jahres 2030 wird sich ganz entscheidend von der des Jahres 2020 unterscheiden, die Unterschiede werden viel größer sein als die zwischen 2020 und 2010. Die meisten dieser Veränderungen sind gewollt, und dies nicht nur von progressiv nach vorne drängenden Hitzköpfen. Ganz im Gegenteil: Wer wünscht, dass die europäische Wohlstandsgesellschaft ihren Lebensstil im Wesentlichen beibehalten kann, muss massiv daran interessiert sein, die Grundlagen dafür zu schaffen. Das Bonmot „Es muss sich vieles ändern, damit alles so bleiben kann, wie es ist“ trifft die Lage genau, der Satz müsste ins 21. Jahrhundert übersetzt lauten: „Wir wollen so leben, wie bisher, nur nachhaltig“.

Daraus ergibt sich, dass Unternehmen und Organisationen den Wandel aktiv gestalten sollen. In den nächsten Jahren ist es nicht ratsam, erst einmal abzuwarten, was die anderen machen, denn eine versäumte und dann verspätet notwendige Transformation kann viel Geld kosten. Allerdings folgt das Kleingedruckte dazu in der Fußnote: Zu früh dran zu sein, kann auch teuer werden. Jeder grundlegende Wandel bedeutet immer auch, dass auf dem Weg zum Ziel falsche Abzweigungen genommen werden. Im schlimmsten Fall kann ein Early Adapter auf eine vielversprechende Technologie setzen, die dann leider doch nicht den Durchbruch schafft. Konkret kann das in der gegenwärtigen Situation alle möglichen Batterie-, Wasserstoff- oder sonstige Erfindungen betreffen, aber auch Digitalisierungsstrategien oder datenbasierte Geschäftsmodelle, denen vielleicht irgendwann strengere Datenschutzregeln die Grundlage entziehen.

Die Auflösung des Widerspruchs zwischen „früh dran sein“ und „nicht in die falsche Richtung vorpreschen“ besteht natürlich in der aktiven

8. So what? Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Mitgestaltung der Rahmenbedingungen. Klimapolitik war und ist immer noch stark durch die Expertisen von Fachleuten geprägt, was auch notwendig ist, da ja das jeweils Gewünschte auch technisch möglich sein soll. Fachleute neigen aber zu Einzellösungen in ihrem jeweiligen Spezialgebiet, dadurch kommt der Blick auf die Vernetztheit der Probleme zu kurz: Neue Mobilitätskonzepte können nicht ohne Einbeziehen der Wohn- und Siedlungspolitik erstellt werden, Energiepolitik ist immer auch Industrie-, Standort- und Raumordnungspolitik – und alle gemeinsam geben der Sozialpolitik neue Aufgaben vor.

Da wird also vieles zu besprechen und auszuverhandeln sein, das nicht in das Handlungsschema der traditionellen Interessensvertretungen passt. Unternehmen und Organisation sollten vielmehr selbst aktiv werden und sich ihren Platz in der politischen Arena sichern – besser, als nachträglich von den Zuschauerrängen hineinrufen zu müssen.

Lösungen suchen statt Interessen durchsetzen

Der Trend zu Partizipation und zur Nutzung von Crowd Wisdom, der im Kapitel „Zukunft der Demokratie“ beschrieben wurde, verändert auch die Art, wie Unternehmen und Organisationen ihre Anliegen künftig geltend machen. Das traditionelle Bild der Interessenvertretung geht davon aus, dass Wirtschaft und Politik zwei getrennte Subsysteme darstellen, die lediglich von außen aufeinander einwirken. Die Politiker*innen planen und machen Politik, die Wirtschaft (und die zivilgesellschaftlichen Organisationen) versuchen, diese Politik im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen.

Das Gegenbild lautet: Politik entsteht im Dialog. Politik ist ein Prozess, an dem Bürger*innen ebenso wie die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft von Anfang an aktiv teilnehmen können. Unternehmen und Organisationen werden sich deshalb künftig (und zum Teil schon heute) weniger darauf konzentrieren, Forderungen zu stellen, als Prozesse zur Lösungsfindung zu initiieren. Die laufende Beteiligung der Wirtschaft an den neu entstehenden Formen der demokratischen Mitwirkung (Online-Konsultationen, Grünbuch-Verfahren, Bürger*innen-Dialoge) wird künftig eine neue wichtige Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Politik darstellen.

Wenn Unternehmen bei Projekten der Bürgerbeteiligung aktiv werden, laufen sie allerdings Gefahr, als übermächtiger Störenfried wahrgenommen zu werden, der den Prozess für seine Zwecke missbrauchen will. Da kommt es ganz entscheidend auf die Art der Mitwirkung an. Das Unternehmen muss auf gleicher Augenhöhe mit den anderen auftreten und penibel auf Fairness wie auch Authentizität achten. Wie gut ein Unternehmen oder eine Organisation die neuen Instrumente beherrscht und auf diesem Feld trittsicher auftreten kann, wird zu einem Qualitätsmerkmal der Interessenvertretung werden.

Den Europäischen Frühling nutzen

Zerfällt Europa, wie das die Skeptiker*innen schon seit der Einführung des Euro laufend behaupten? Oder bricht jenes neue europäische Zeitalter an, auf das Menschen liberal-internationalistischer Gesinnung mindestens ebenso lang schon hoffen? Zweifellos wird die Wahrheit über die Zukunft der EU irgendwo in der Mitte liegen. In Fragen von starker innenpolitischer Mobilisationskraft – Migration, Landwirtschaftspolitik – wird in der Öffentlichkeit weiter das Bild der Uneinigkeit vorherrschen, passend illustriert durch Gruppenbilder von 27 Regierungschef*innen

auf irgendeinem der Gipfeltreffen des Rats, bei dem sie dann ohne Ergebnis auseinandergehen. Hingegen wird die EU als Institution – verkörpert durch die Kommission, das Parlament, aber auch durch den EU-Gerichtshof – auf dem internationalen Parkett künftig stärker auftreten, insbesondere was den Green Deal einerseits und den weltweiten Handel andererseits betrifft.

Eine dritte Entwicklung lässt sich beobachten, die ein wenig paradox anmutet. Denn sie ist einerseits dem Umstand geschuldet, dass sich die 27 EU-Mitgliedsstaaten nur selten rasch auf gemeinsames Handeln einigen können. Andererseits unterstreicht sie gerade die Notwendigkeit einer koordinierten Interessenspolitik. Innerhalb der EU entstehen nämlich mehr und mehr Netzwerke von Staaten mit gemeinsamen Anliegen. Das jüngste Beispiel dafür ist die 2019 gegründete Hanse 2.0, ein Zusammenschluss der drei Baltischen Staaten mit Skandinavien, Holland und Irland. Diese Länder sehen sich als wirtschaftsliberaler Klub innerhalb der EU und wollen ein wenig die verwaiste britische Rolle an sich ziehen.

Schon seit 2016 gibt es die „Drei Meere Initiative“, der 12 Staaten angehören. Sie wurde rund um gemeinsame Sicherheitsinteressen gegenüber Russland gegründet. Die „Drei Meere“ sind die Adria, das Schwarze Meer und das Baltikum, die Mitglieder umfassen sozusagen die Ostflanke der EU, von Kroatien über Rumänien und Polen bis Estland. Binnenländer wie Österreich, Ungarn, Tschechien und die Slowakei sind ebenfalls dabei.

Die Visegrád-Gruppe (Ungarn, Tschechien, Polen, Slowakei) wurde 1991 als Interessensgemeinschaft von kürzlich befreiten ex-kommunistischen Ländern gegründet und von Anfang an von Österreich als freundlichem Nachbarn unterstützt. Anfängliche Sicherheitsinteressen (es sollte noch 13 Jahre dauern, bis diese Länder in die NATO und in die EU aufgenommen wurden) wurden bald durch Ideen zur wirtschaftlichen, zivilgesellschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit mit dem Ziel der Schaffung einer mitteleuropäischen Wertegemeinschaft abgelöst. Man muss an diese ursprünglichen Zielsetzungen erinnern, denn seit einigen Jahren ist die Visegrád-Gruppe zu einer antiliberalen Zelle innerhalb der EU mutiert. Polen und Ungarn haben mittlerweile die Prinzipien der unabhängigen Gerichtsbarkeit und der Medienfreiheit so weit ausgehöhlt, dass sie als

8. So what? Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Beitrittskandidaten zur EU derzeit nicht in Frage kämen, wären sie nicht schon dabei. Tschechien und die Slowakei schneiden in internationalen Korruptions-Rankings regelmäßig schlecht ab. Dennoch geht von diesen Staaten ein nicht zu vernachlässigender Einfluss auf die europäische Politik aus, vor allem in der Migrationspolitik und in der generellen Opposition zu einer stärkeren Vertiefung der Union.

Im letzten Jahr war auch von einer Wiederbelebung des „Weimarer Dreiecks“ die Rede, das ebenfalls schon 1991 für den Austausch zwischen Deutschland, Frankreich und Polen geschaffen wurde, allerdings nur mehr auf dem Papier existiert. Solche Netzwerke werden in Zukunft innerhalb der EU, aber auch nach außen, eine größere Rolle spielen, meinen Expert*innen – einfach, weil sie dank gemeinsamer Interessen das schaffen, was dem EU-Rat verwehrt bleibt, nämlich ein einheitliches Auftreten.

Unternehmen und Organisationen mit internationalen Interessen werden also zusätzlich zu Brüssel künftig auch die Netzwerke im Auge behalten müssen. Im Gegenzug können diese auch für eigene Anliegen genutzt werden, falls sie zur jeweiligen Agenda passen. Die Sorge, dass europäische Politik schon bald nur mehr in Paris und Berlin gemacht wird, erweist sich vor diesem Hintergrund als unbegründet.

Daten sammeln – aber richtig

Begriffe wie „Datenkapitalismus“, „Dataismus“ oder „Überwachungs-Ökonomie“ lassen zweifelsfrei erkennen, dass die am schnellsten wachsende Branche der zwanziger Jahre nicht gerade mit großem Wohlwollen begrüßt wird. Umso wichtiger ist es, das eigene Unternehmen als „best in class“ zu positionieren, also als untadeligen Vertreter einer Herde, in der sich auch schwarze Schafe tummeln. Wer so eine Reputation im Daten-Business aufbauen will, muss an zwei Fronten Vertrauen schaffen: Erstens beim sicheren Schutz der gesammelten Informationen – die Kund*innen wollen sich verlassen können, dass niemand Zugriff auf die Daten erhält, die sie hinterlassen, weder durch Diebstahl noch irgendwelche Geschäfte, die zum Beispiel der Betreiber eines Webportals oder einer elektronischen Klientendatei damit machen will. Und zweitens bei der Verwendung der gesammelten Daten – die Bürger*innen wollen weder ausspioniert noch überwacht noch übervorteilt werden.

Ein kleiner Rückblick auf die größten Datendiebstähle der letzten Jahre zeigt, dass die Konsument*innen bisher viel Geduld aufgebracht haben, denn die betroffenen Firmen sind trotz allem immer noch im Geschäft:

- ▶ Im Februar 2015 wurden 80 Millionen Kundendaten der Anthem Inc. gestohlen, einem der größten Krankenversicherer der USA. Es handelte sich um Sozialversicherungsnummern, Wohnsitz- und E-Mail-Adressen sowie Gehaltsinformationen. Immerhin waren angeblich keine medizinischen Daten betroffen.

- ▶ Der Diebstahl von Sozialversicherungsnummern ist in den USA besonders schwerwiegend, denn dort dienen diese zur elektronischen Identifikation, man kann damit zum Beispiel auch Verträge abschließen. Weshalb auch der Diebstahl von 145,5 Millionen solcher Nummern aus dem Computer der Wirtschaftsauskunfts-Agentur (entspricht annähernd dem österreichischen Kreditschutzverband) Equifax als besonders schwerwiegend eingestuft wird.
- ▶ Im Jahr 2016 wurden zwei US-Fastfood-Ketten Ziele von Hackerangriffen, nämlich Wendy's (Burger-Restaurants) und Cicis (Pizza-Läden). Dabei wurden jeweils die Zugänge zu den Kassensystemen geknackt, wo immerhin auch Millionen von elektronischen Zahlungsvorgängen samt zugehörigen Kreditkartennummern gespeichert sind.
- ▶ Im September 2017 musste Yahoo den „größten Hackerangriff aller Zeiten“ eingestehen, der bereits 2013 stattgefunden hatte. Dabei waren die Konten von knapp einer Milliarde Yahoo-Usern illegal kopiert worden, gestohlen wurden E-Mail-Adressen, Telefonnummern, Geburtsdaten und verschlüsselte Passwörter.

In all diesen Fällen drang die Empörung über die Leaks, wie gesagt, nicht bis zu den Kund*innen durch, jedenfalls kam es kaum zu dauerhafter Abwanderung. Zwei andere Beispiele zeigen jedoch, dass manchmal auch die bloß theoretische Möglichkeit der missbräuchlichen Verwendung Widerstand auslösen kann. So konnte der Handelskonzern Rewe nur mit Mühe ein PR-Desaster im Zuge der Einführung seiner Jö-Karte verhindern: Sie war als großer Komfortgewinn für die Kund*innen gedacht – eine einzige praktische Rabattkarte für ein halbes Dutzend verschiedener Ladenketten. Tatsächlich ärgerten sich viele Konsument*innen darüber, dass ihr Einkaufsverhalten derart umfassend dokumentiert werden sollte, sie empörten sich über Medienberichte, wonach Rewe die von den Kund*innen eingesammelten Daten der gesamten Markenartikelindustrie verkaufen wollte, die mangelnde Transparenz über Punkte und ihren Wert tat ein Übriges.

Die Stromnetzbetreiber sehen sich schon länger mit (mitunter irrationalen anmutenden) Protesten gegen die Installation von sogenannten Intelligenten Stromzählern konfrontiert. Die neuen Messgeräte lesen den Stromverbrauch alle Viertelstunden ab, statt ihn nur übers Jahr zu addieren. So lassen sich Netzkapazitäten genauer planen, was vor allem im Hinblick auf die Energiewende große Vorteile bringt. Allerdings kann natürlich mit Hilfe solcher Messungen auch verfolgt werden, ob und wann jemand zu Hause war und wie viele Geräte er oder sie in Betrieb hatte. Und wie alle elektronischen Daten können auch diese theoretisch gespeichert werden – auch wenn das in der Praxis nur mit Zustimmung der Kund*innen möglich wäre. Intelligente Stromzähler könnten also von einer übelwollenden Obrigkeit zum Ausspionieren der Bürger*innen missbraucht werden, und das genügt vielen, um solche Geräte abzulehnen oder sogar ihren Einbau zu bekämpfen.

8. So what? Schlussfolgerungen und Empfehlungen

In diesem Spannungsfeld werden datensammelnde und datenverwertende Unternehmen künftig hohen Bedarf an technisch einwandfreien Lösungen und an entsprechend glaubwürdiger Kommunikation haben, um nicht verärgerte Konsument*innen zu hinterlassen.

Digitalisierung im Gesundheitswesen braucht dringend klare Spielregeln

Das Gesundheitswesen wird digital. Die Einrichtungen vernetzen sich stärker, gemeinsamer Zugriff auf Patient*innenendaten ersparen Mehrfachdiagnosen, Big Data und Künstliche Intelligenz helfen beim rascheren Erkennen von Krankheiten. Da viele dieser neuen Gesundheitstechnologien erst noch im Entstehen sind, tut sich hier ein gewaltiger Bedarf an Forschung und Innovation auf, ein weites Feld von Chancen für smarte Start-ups ebenso wie für große Anbieter von Diagnosetechnik, von Telekommunikationslösungen oder IT-Systemen.

Besser gesagt: Solche Chancen könnten sich auftun, denn noch sind die rechtlichen und politischen Fragen rund um den Einsatz dieser Techniken völlig ungelöst. In vielen Fällen verbieten bestehende Gesetze neue Anwendungen, manchmal ist unklar, ob und welche Zulassungen nötig wären, manchmal stehen auch standespolitische Interessen von Gesundheitsberufen oder die Interessen von wichtigen Institutionen im Gesundheitswesen (Krankenkassen, Bundesländer,...) der schönen neuen Cyberwelt entgegen.

Wie sich herausstellt, ist das zukunftssträchtige Feld der Digitalisierung im Gesundheitssystem also nicht so sehr ein Thema für Techniker, Mediziner und Gen-Biologen, sondern eins für die Politik, die sich aber bisher nicht als Treiber der nötigen Veränderungen in die erste Reihe stellen will. Es wird aber nötig sein, einen Dialogprozess unter den vielen Betroffenen zu initiieren, der sich zunächst eher grundsätzlich mit den ethisch-philosophischen und gesellschaftspolitischen Aspekten eines digitalen Gesundheitssystems befasst, auf dieser Grundlage aber rasch zu den konkreten politischen und rechtlichen Änderungen vorstößt, die nötig sind, damit Österreich diese Revolution aktiv mitgestalten kann. Die immer wieder zu hörende Position „Dieses Feld wird China besetzen, denn dort wird die Forschung nicht durch ethische Skrupel behindert“ reicht zur Bewältigung der Herausforderungen keinesfalls aus.

Literatur

Eubanks, Virginia; Automating Inequality: How High-Tech Tools Profile, Police and Punish the Poor; New York 2018

Kahnemann, Daniel; Schnelles Denken, langsames Denken, Princeton 2014

Naish, John ; Enough: Breaking Free from the World of More – London 2008

O’Neill, Cathy; Angriff der Algorithmen: Wie sie Wahlen manipulieren, Berufschancen zerstören und unsere Gesundheit gefährden; Deutsche Ausgabe 2017

Spiekermann, Sarah; Digitale Ethik: Ein Wertesystem für das 21. Jahrhundert, München 2019

Thaler, Richard; Nudge: Improving Decisions About Health, Wealth, and Happiness; London 2009

Thaler, Richard; Misbehaving: Was uns die Verhaltensökonomie über unsere Entscheidungen verrät, München 2018

Studien:

The Future Is Now – Global Sustainable Development Report 2019; Independent Group of Scientists, United Nations publication issued by the Department of Economic and Social Affairs

IPCC Special Report: Global Warming of 1,5 °C, zugänglich über die Website des IPCC, <https://www.ipcc.ch/sr15/download/>

Klimaschutzbericht – Analyse der Treibhausgas-Emissionen bis 2017; Umweltbundesamt GmbH, Wien, 2019, zugänglich über die Website www.umweltbundesamt.at

[Sachstandsbericht Mobilität und mögliche Zielpfade zur Erreichung der Klimaziele 2050 mit dem Zwischenziel 2030; Umweltbundesamt GmbH, Wien 2019](#), zugänglich über die Website www.umweltbundesamt.at

[Energiewende 2030: The Big Picture. Megatrends, Ziele, Strategien und eine 10-Punkte-Agenda für die zweite Phase der Energiewende; Agora Energiewende, Berlin 2017](#)

The Global Burden of Disease 2017, veröffentlicht im September 2019; zugänglich über <http://www.healthdata.org/gbd> oder über <https://www.thelancet.com/gbd>

Francesco Castelli, Drivers of migration: why do people move?; in: Journal of Travel Medicine, Volume 25, Issue 1, 2018

Oded Stark, Lukasz Byra; Can a Deportation Policy Backfire?; Bonn 2019

A World Dividing: The International Implications of the Sino-American Rift; Quincey Brief, November 2019; zugänglich über die Website <https://quincyinst.org/wp-content/uploads/2019/12/QUINCY-BRIEF-NO.-1-NOVEMBER-2019-CHAS-W-FREEMAN-JR.pdf>

Teilnehmerinnen, Teilnehmer und Danksagung

Wir danken den Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und ganz allgemein der Zivilgesellschaft für ihre Teilnahme und die hohe Qualität der zum Teil sehr umfangreichen Beiträge.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in alphabetischer Reihenfolge:

Dr. Johannes Attems, ehemaliger Vorstand der Oesterreichischen Kontrollbank

DDr. Wolfgang Bogensberger, Stellvertretender Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich

Univ.-Prof. Dr. Ulrich Brand, Professur für Internationale Politik, Stellvertretender Leiter am Institut für Politikwissenschaften, Universität Wien

em. Univ.-Prof. Mag. Dr. Fritz Breuss, Europainstitut der Wirtschaftsuniversität Wien und Projekt-Mitarbeiter im Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)

Mag.^a Barbara Coudenhove-Kalergi, MA, Abteilung Bildung & Gesellschaft, Industriellenvereinigung

Mag.^a Nora Deinhammer, Geschäftsführerin SOS-Kinderdorf

Mag.^a Brigitte Ederer, Industriemanagerin, ehemaliges Mitglied des Vorstands der Siemens AG, war als Politikerin u.a. EU-Staatssekretärin im österreichischen Bundeskanzleramt

Dr.ⁱⁿ Cornelia Ehmayer-Rosinak, Stadtpsychologin

Dr. Caspar Einem, ehemaliger Bundesminister für Inneres und für Verkehr, Vizepräsident des Europäischen Forums Alpbach, Vizepräsident des Kuratoriums des IHS, Aufsichtsratsvorsitzender der Gebrüder Weiss Holding AG

Dr. Claus Faber, Berater . Trainer . Coach, Wien und Linz

Mag.^a Gabriele Gerbasits, Senior Advisor IG Kultur Österreich

Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. h.c.mult. Martin Gerzabek, Universität für Bodenkultur, Wien

KR Mag. Julian Hadschieff, Vorstandsvorsitzender der PremiQaMed Holding, Wien

Dr. Friedrich Hinterberger, Vizepräsident des Club of Rome – Austrian Chapter

DI Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds, Wien

Dr. Karl Kienzl, Umweltbundesamt

Dr.ⁱⁿ Nicole Koenig, stellvertretende Direktorin des Jacques Delors Institute, Berlin

Dr. Christoph Konrath, Leiter Parlamentswissenschaftliche Grundsatzarbeit des Österreichischen Parlaments

Dr. Johannes Kopf, Vorstand AMS Österreich

Franz Kühmayer, Trendforscher, REFLECTIONS Research & Consulting

Dr.ⁱⁿ Eva Lichtenberger, Freie Journalistin, ehem. Abgeordnete zum Europäischen Parlament

DDr. Lorenz Lassnigg, Institut für Höhere Studien

Dr. Bernhard Marckhgott, LL.M., MIM, Prokurist, Leitung Konzernkommunikation, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich Aktiengesellschaft, Linz

Dr. Gottfried Marckhgott, ehemaliger Leiter des Dienstes Information und Öffentlichkeit, Parlamentsdirektion und Leiter der Marketingabteilung der Wirtschaftskammer Österreich

Mag.^a Irina Nalis-Neuner, Kommunikationsberaterin und Expertin für Organisationspsychologie

Mag. Christoph Neumayer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung

Dr. Willi Nowak, Geschäftsführer des VCÖ - Mobilität mit Zukunft, Wien

Verena Nowotny, M.A., Geschäftsführende Gesellschafterin Gaisberg Consulting, Wien

Dr. Ronald Pichler, Director Market Access & Governmental Affairs, AbbVie GmbH, Wien

Nina Poxleitner, MSc, Gründerin und Leiterin von More Than One Perspective

Dr. Wolfgang Preisinger, Geschäftsführer „Die Fabrikanten“, Linz

DI Dr. Christian Rakos, Geschäftsführer Pro Pellets Austria

Dr. Georg Reischauer, Institute for Strategic Management, Wirtschaftsuniversität Wien

Mag.^a Barbara Ruhsmann, Obfrau Forum Wohn-Bau-Politik

Dr. Walter Säckl, Generalsekretär des Österreichischen Reiseverbandes (ÖRV), Wien

Mag.^a Birgit Schatz, ehem. Abg.z.NR, Stabsstelle Public Affairs, SOS-Kinderdorf

Dr.ⁱⁿ Gabriele Schmid, Leiterin Bildungspolitik AK Wien

Mag. Georg Schöppl, Vorstand Österreichische Bundesforste

Dr.ⁱⁿ Heidi Schrodt, BildungGrenzenlos

Edward Strasser, CEO Innovation in Politics Institute

MMag.^a Agnes Streissler-Führer, Digitalisierungsbeauftragte und Mitglied der Bundesgeschäftsführung der Gewerkschaft der Privatangestellten GPA-djp

Univ.-Prof. Dr. Christian Swertz, Professor für Medienpädagogik am Institut für Bildungswissenschaft, Universität Wien

Dr. Reinhard Uhrig, Kampagnenleiter bei Global 2000

Jürgen Turek, M.A., Centrum für Angewandte Politikforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München

Dr. Johannes Webhofer, Politikwissenschaftler, Mitgründer meinparlament.at

em. o.Univ.-Prof. Dr. Dr.h.c. Em. Univ.Prof. Manfred Welan, Institut für Rechtswissenschaften, Universität für Bodenkultur, Wien

Bernhard Winkler, Autor

em. o. Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Ruth Wodak, Professorin für Sprachwissenschaften der Universität Wien und der Lancaster University

Autoren

Walter Osztovcics

ist Politikberater und Partner von Kovar & Partners. Er verfügt über langjährige Erfahrung als Politikjournalist, war Redakteur bei der Wirtschaftswoche und bei den österreichischen Zeitungen Kurier, Format und Wochenpresse.

Andreas Kovar

ist Partner von Kovar & Partners und seit zwanzig Jahren als Public Affairs-Berater für europäische und internationale Unternehmen tätig. Seine profunden Kenntnisse der Politik sammelte er als politischer Berater im österreichischen Nationalrat und im Europäischen Parlament.

Kovar & Partners
Dorotheergasse 7, A-1010 Wien
Tel.: +43 (0) 1 / 522922 0
www.publicaffairs.cc

Kovar & Partners ist ein Unternehmen
der Public Affairs Alliance
Wien – Berlin – Brüssel – Zürich
www.publicaffairsalliance.com

